



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2013

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.13d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zur Bundesrechnung

Zahlen im Überblick und Zusammenfassung
Kommentar zur Jahresrechnung
Jahresrechnung
Kennzahlen
Bundesbeschluss

Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen
Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
Infrastrukturfonds
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsthemen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

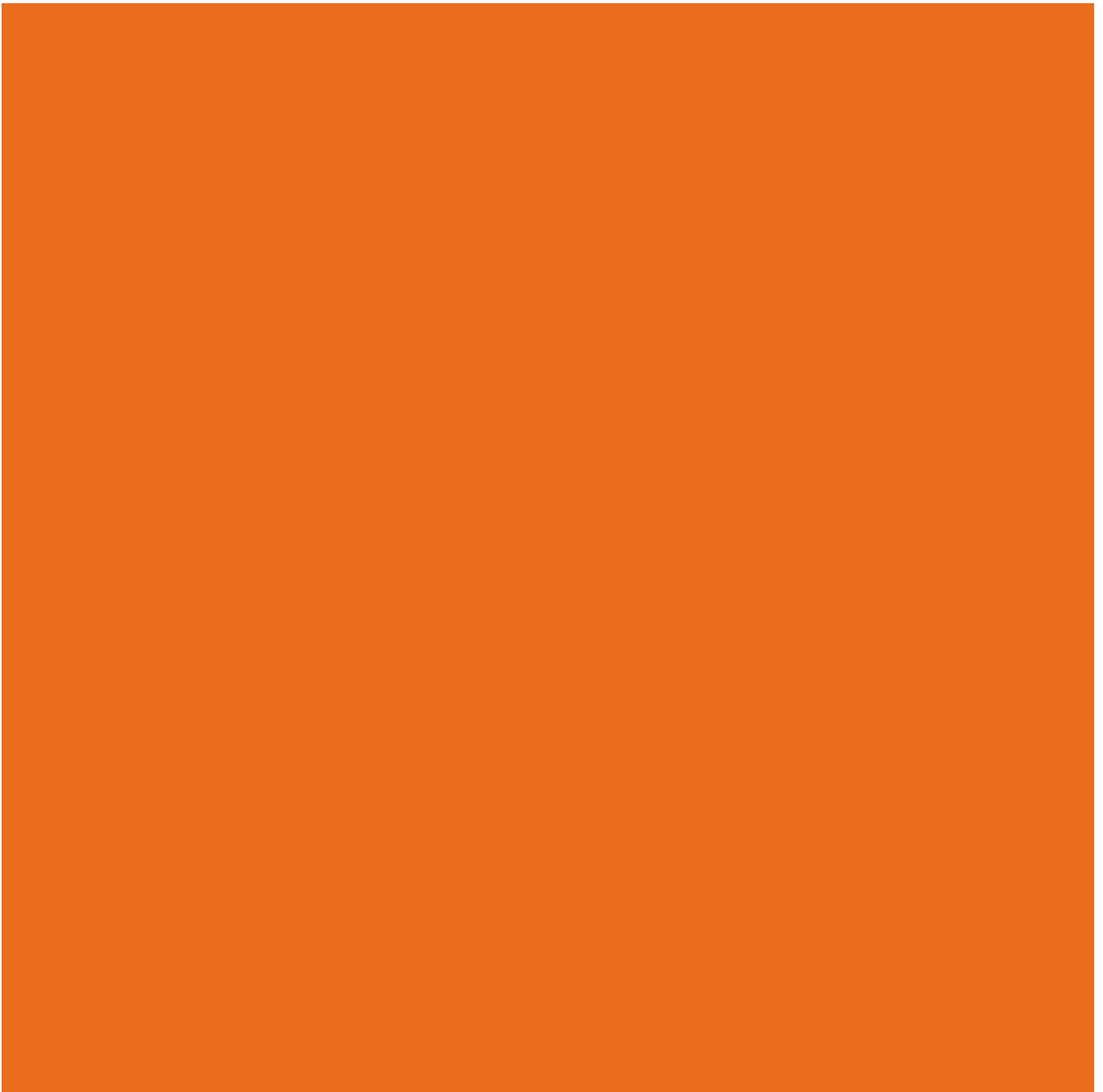
Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen	7
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	9
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	13
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	17
15 Mineralölsteuer	18
16 Schwerkverkehrsabgabe	19
17 Qualität der Einnahmenschätzungen	20
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	23
21 Soziale Wohlfahrt	25
22 Finanzen und Steuern	27
23 Verkehr	29
24 Bildung und Forschung	30
25 Landesverteidigung	31
26 Landwirtschaft und Ernährung	32
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	33
28 Übrige Aufgabengebiete	34
3 Querschnittsthemen	35
31 Personal	35
32 Investitionen	37
33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	41
34 Beratungsaufwand	43
35 Öffentlichkeitsarbeit	44
36 Bundestresorerie	46
37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	49
38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	53
39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	56
4 Stand der Aufgabenüberprüfung	57
Statistik	61
A Übersicht	63
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	63
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	64
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	65
B Finanzierungsrechnung	67
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	67
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	68
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	69
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	70
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	72
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	73

Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	74
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	76
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	77
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013	78
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012	79
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	80
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	82
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	83
C Erfolgsrechnung	85
C01 Ertrag nach Kontengruppen	85
C02 Aufwand nach Kontengruppen	86
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	88
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	89
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013	90
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012	91
D Bilanz	93
D01 Bilanz im Detail	93
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	96
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	99
D04 Kurz- und langfristige Schulden	102
E Bundestresorerie	103
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	103
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	104
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	105
E04 Nettozinslast	106
E05 Derivative Finanzinstrumente	106
F Personal	107
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	107
F02 Personalaufwand im Detail	108
F03 Höchstbezüge 2013 nach Lohnklassen	109

ZUSATZERLÄUTERUNGEN



Nur wenige Einnahmen konnten gegenüber dem Vorjahr zulegen. Von den zwei wichtigsten Steuern verzeichneten nur die Einnahmen der Mehrwertsteuer ein Wachstum, während diejenigen der direkten Bundessteuer stagnierten. Das starke Wachstum der Eingänge aus der Verrechnungssteuer, deren Ertrag im 2013 um 37,1 Prozent zulegen konnte, hat dazu geführt, dass alle übrigen wichtigen Einnahmen anteilmässig an Bedeutung verloren haben.

Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Ordentliche Einnahmen	62 997	64 479	65 032	2 034	3,2
Fiskaleinnahmen	58 788	60 474	60 838	2 050	3,5
Direkte Bundessteuer	18 342	18 993	18 353	11	0,1
Verrechnungssteuer	4 335	4 811	5 942	1 607	37,1
Stempelabgaben	2 136	2 200	2 143	7	0,3
Mehrwertsteuer	22 050	22 630	22 561	511	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	7 398	7 414	-129	-1,7
Mineralölsteuer	5 033	4 985	5 005	-27	-0,5
Tabaksteuer	2 397	2 301	2 295	-102	-4,2
Biersteuer	113	112	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 293	2 326	2 242	-52	-2,3
Automobilsteuer	412	375	369	-43	-10,5
Nationalstrassenabgabe	352	371	356	4	1,1
Schwerverkehrsabgabe	1 529	1 580	1 517	-12	-0,8
Zölle	1 044	995	1 059	15	1,5
Spielbankenabgabe	329	380	308	-22	-6,6
Lenkungsabgaben	716	738	816	100	13,9
Übrige Fiskaleinnahmen	-	3	-	-	-
Regalien und Konzessionen	938	907	922	-15	-1,6
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	267	248	242	-25	-9,4
Gewinnausschüttung SNB	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumschlages	87	91	93	6	7,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	218	203	220	2	0,9
Übrige Regalien und Konzessionen	33	32	34	2	4,8
Finanzeinnahmen	1 328	1 137	1 179	-150	-11,3
Zinseinnahmen	353	269	237	-116	-32,8
Beteiligungseinnahmen	867	867	853	-14	-1,7
Übrige Finanzeinnahmen	107	1	88	-19	-17,9
Übrige laufende Einnahmen	1 721	1 750	1 806	86	5,0
Entgelte	1 251	1 282	1 331	80	6,4
Wehrpflichtersatzabgabe	160	170	163	2	1,5
Gebühren	241	240	252	11	4,7
Rückerstattungen	130	124	134	3	2,7
EU Zinsbesteuerung	114	141	139	25	21,6
Übrige Entgelte	605	607	643	38	6,2
Verschiedene Einnahmen	469	468	475	6	1,3
Investitionseinnahmen	222	212	286	64	28,7

Die Mehrwertsteuer (Anteil: 34,7%) und die direkte Bundessteuer (Anteil: 28,2%) sind die wichtigsten Einnahmequellen des Bundes. Diese beiden Steuern machen für sich allein genommen etwa zwei Drittel der Bundeseinnahmen aus (siehe nachstehende Grafik). 2013 waren ihre Anteile an den Gesamteinnahmen jedoch rückläufig. Die Einnahmen aus der MWST stehen weitgehend unter dem Einfluss der nominellen BIP-Entwicklung; sie wiesen gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 2,3 Prozent auf. Der Ertrag der direkten Bundessteuer stagnierte dagegen trotz relativ günstiger Konjunkturlage praktisch, weil die Vorjahresbasis aufgrund besonderer Umstände ungewöhnlich hoch war.

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Ertrag aus der Verrechnungssteuer (Anteil: 9,1%) um 1,6 Milliarden (+37,1%) zu. Der Anteil dieser Steuer an den Gesamteinnahmen wuchs im Jahr 2013 um 2,2 Prozentpunkte. Die Einnahmen, zur Hauptsache durch den Rückkauf des Stabilisierungsfonds (StabFund) von der SNB durch die UBS beeinflusst, nahmen um mehr als 800 Millionen zu, während die Rückerstattungen um ca. 750 Millionen sanken. Der Ertrag aus der Mineralölsteuer (Anteil: 7,7%) verzeichnete einen Rückgang um 0,5 Prozent; er erklärt sich hauptsächlich mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71) per 1.7.2012.

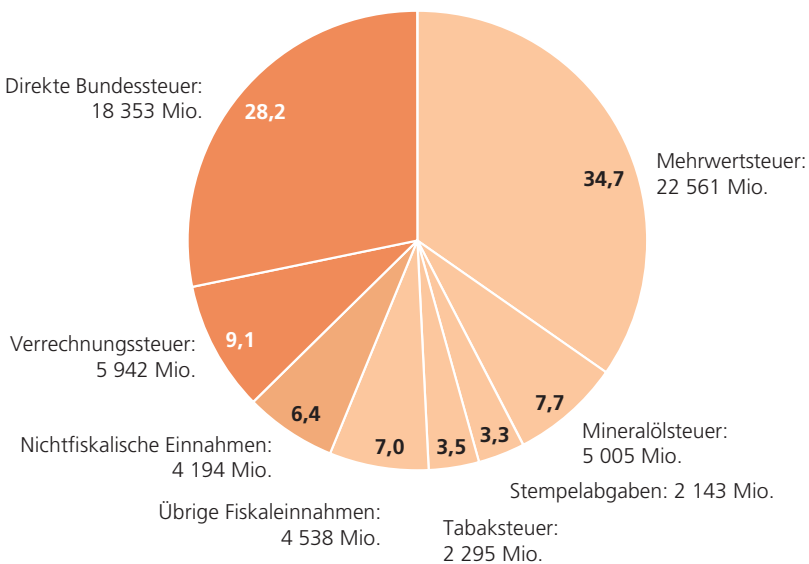
Die Einnahmen aus der *Tabaksteuer* (Anteil: 3,5%) verringerten sich 2013 um 4,2 Prozent. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine Erhöhung des Steuersatzes und die Entwicklung von Ersatzprodukten, namentlich der elektronischen Zigarette, zurückzuführen. 2013 stagnierten die Einnahmen aus den *Stempelabgaben* (Anteil: 3,3%) praktisch (+0,3%). Der von der günstigen Entwicklung des Börsenhandels im Jahre 2013 beeinflusste Ertrag aus der Umsatzabgabe sowie derjenige aus der Abgabe auf Versicherungsprämien entwickelten sich positiv (+19,9% bzw. +3,6%). Hingegen nahmen die Einnahmen aus der Emissionsabgabe um 48,5 Prozent ab, was zum einen durch die Abschaffung dieser Steuer auf Eigenkapital im März 2012 sowie durch die fehlende Schaffung von neuem Kapital im Jahre 2013 bedingt ist.

Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: *Übrige Fiskaleinnahmen* (Anteil: 7,0%) und *nichtfiskalische Einnahmen* (Anteil: 6,4%). Das Gewicht der ersteren stagnierte praktisch, während letztere unter anderem wegen dem sinkenden Anteil der Finanzeinnahmen eine Abnahme um 0,3 Prozentpunkte verzeichneten.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

Einnahmen 2013 Anteile in %

Ordentliche Einnahmen



Der Anteil der Verrechnungssteuer an den Gesamteinnahmen hat 2013 zu Lasten aller übrigen Einnahmenkategorien zugenommen. Die MWST und die direkte Bundessteuer bleiben die zwei wichtigsten Steuern, deren Erträge mit 62,9 Prozent immer noch fast zwei Drittel der Bundeseinnahmen ausmachen.

11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Direkte Bundessteuer	18 342	18 993	18 353	11	0,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	29,1	29,5	28,2		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 659	9 047	8 769	110	1,3
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 834	10 126	9 734	-100	-1,0
Pauschale Steueranrechnung	-152	-180	-151	1	0,3

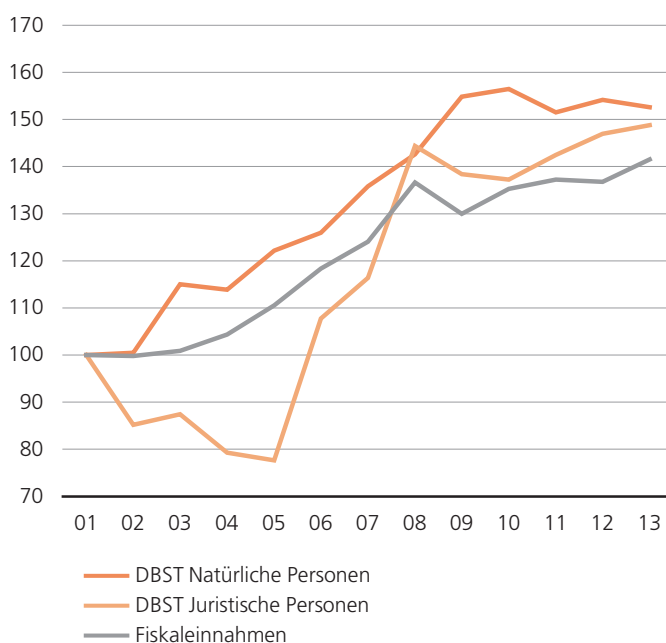
Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Bezugsverfahren: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung beziehungsweise dem nachfolgenden Eingang der direkten Bundessteuer bei den Kantonen vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema am Ende der Ziffer). Das Rechnungsjahr 2013 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2012. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleineren Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweiser

Vorausbezug). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr 2013 belaufen sich die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf 18,4 Milliarden. Der Budgetwert wurde um 640 Millionen verfehlt. Dies entspricht einem negativen Prognosefehler von 3,4 Prozent. Wie bereits im Vorjahr, wurden insbesondere die Eingänge aus früheren Steuerperioden deutlich überschätzt: Im Vergleich zum Voranschlag liegen die Einnahmen um 867 Millionen (-23,5%) tiefer. Rückblickend zeigt sich, dass sich die Unternehmensgewinne und Haushaltseinkommen vor allem in den Steuerperioden 2010 und 2011 weniger dynamisch entwickelt haben als erwartet. Hingegen wurden die

Direkte Bundessteuer

Indexiert; 2001=100



Sowohl die Gewinnsteuern als auch die Einkommenssteuern haben sich in den letzten Jahren dynamischer entwickelt als die Fiskaleinnahmen, wobei die Gewinnsteuern eine hohe Volatilität aufweisen.

Einnahmen aufgrund der im Steuer- und Bemessungsjahr 2012 erzielten Einkommen und Gewinne relativ genau budgetiert: Der Voranschlagswert wurde lediglich um 16 Millionen (0,1 %) überschritten. Klar unterschätzt wurden die vorzeitig fälligen Beträge: Im Vergleich zum Budget resultieren Mehreinnahmen von 182 Millionen (9,6 %). Gegenüber der Vorjahresrechnung fällt das Wachstum der vorzeitig fälligen Beträge mit 13,5 Prozent bemerkenswert hoch aus. Da seit dem Jahr 2011 keine weiteren Kantone das System der Vorauszahlungen eingeführt haben, dürfte der starke Anstieg im Rechnungsjahr insbesondere auf eine Verhaltensänderung der Steuerpflichtigen zurückzuführen sein.

Mit dem System der Vorauszahlungen erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre provisorische Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr in mehreren Raten zu begleichen. Bis anhin machen die Kantone Waadt, Genf, Freiburg und Jura von diesem Instrument Gebrauch.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,1 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (151 Mio.), gehen an die Kantone.

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2011. Die Steuererklärung über die im Jahr 2012 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2013 (oder im Jahr 2014) ausgewertet.

12 Verrechnungssteuer

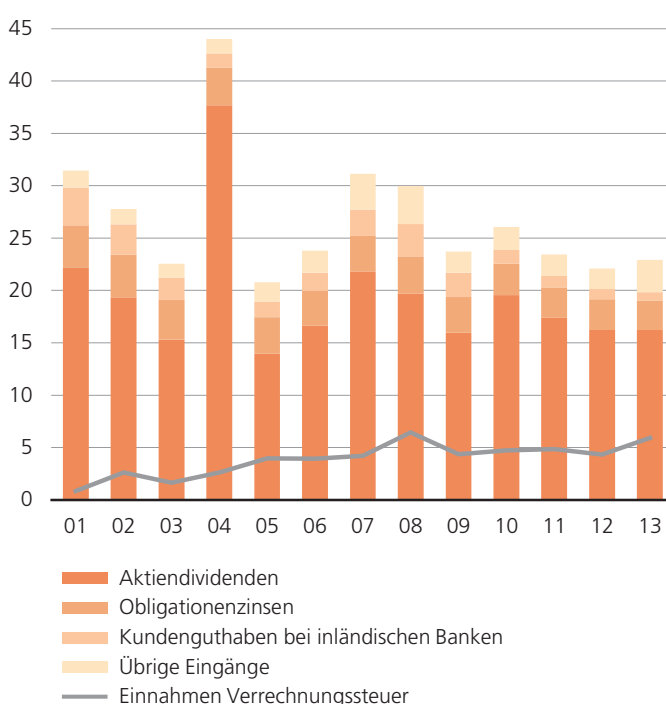
Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	4 335	4 811	5 942	1 607	37,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	6,9	7,5	9,1		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 324	4 800	5 920	1 596	36,9
Steuerrückbehalt USA	11	11	22	12	108,8

Der *Verrechnungssteuerertrag (Schweiz)* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen und den Rückerstattungen. Nach dem Rückgang im Jahr 2012 auf einen Betrag nahe an den mittelfristigen Trenderwartungen stieg er 2013 wieder stark an. Zum einen nahmen die Steuereingänge gegenüber dem Vorjahr zu. Hingegen nahmen die Rückerstattungsanträge nicht entsprechend zu, sondern ab, was beim Steuerertrag insgesamt zu einem starken Anstieg um 1,6 Milliarden (+36,9 %) führte, Debitorenverluste nicht eingerechnet. Dies entspricht einer Zunahme um mehr als ein Drittel in einem Rechnungsjahr, obwohl im Vorjahr ein Rückgang des Ertrags um beinahe 11,0 Prozent verzeichnet worden war. Der Anteil der Rückerstattungen an den Gesamteinnahmen fiel um 74,2 Prozent zurück, das heisst auf den seit vielen Jahren tiefsten verzeichneten Wert (im Vorjahr: 80,4 %). Das Jahresergebnis 2013 liegt deutlich über (+1,6 Mrd.) dem budgetierten Wert, der mit Hilfe einer exponentiellen Glättungsmethode berechnet wurde. Den Kantonen fliesst ein Anteil von zehn Prozent am Steuerertrag zu.

Eingänge 2013

Die Eingänge betragen 2013 22,9 Milliarden, stiegen gegenüber dem Vorjahr also um 0,8 Milliarden (+3,8 %). Die Aktiendividenden machen den Löwenanteil der Eingänge aus (16,2 Mrd.). Gegenüber dem im Jahre 2012 verzeichneten hohen Betrag blieben sie praktisch unverändert. Aufgrund der anhaltend sinkenden Zinssätze waren die Eingänge aus Obligationen, Kassenobligationen und Geldmarktpapieren (2,8 Mrd.) aufgrund tieferer Zinsen etwas rückläufig. Auch die Eingänge aus Kundenguthaben bei den Banken nahmen aufgrund des tiefen Zinsertrags ab. Ein wachsendes Volumen des Zinsertrags kam in den Genuss der 2010 eingeführten Steuerfreigrenze von 200 Franken. Die Einnahmen aus den anderen Investitionen (3,1 Mrd.) nahmen demgegenüber spürbar zu (+1,15 Mrd. oder +59,5 %). Dieser Anstieg ist das Ergebnis der Zunahme der Dividenden auf Anlagefondsanteilen um 772 Millionen (+42,4 %), von denen 510 Millionen aus der Auflösung des von der SNB geschaffenen Stabilisierungsfonds StabFunds stammen, aus der

Verrechnungssteuer in Mrd.
Einnahmen und Struktur der Eingänge



Nachdem die Eingänge zwei Jahre in Folge gesunken sind, haben sie dank der Kategorie «übrige Eingänge» wieder ein wenig zugenommen. Im Gegensatz dazu waren die Rückerstattungen unter dem Einfluss einer Abnahme der Rückerstattungen im Ausland im Ganzen genommen rückläufig. Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer, das heisst der Saldo zwischen Einnahmen und Rückerstattungen, fiel deshalb im Vergleich zu 2012 deutlich höher aus.

Zunahme der Einnahmen aus Lotteriegewinnen um 58 Millionen (+51,4 %) und schliesslich aus dem markanten Anstieg der Verzugszinsen von 32 Millionen im 2012 auf 323 Millionen im 2013 (+909,4 %).

Rückerstattungen 2013

Rückerstattungsersuche können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden, ein Teil davon frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird, oder innerhalb einer Frist von maximal 3 Jahren. Gestützt auf die verfügbaren Statistiken können die Rückerstattungen nur nach Kategorien von Anspruchsberechtigten eingeteilt werden.

2013 beliefen sich die Rückerstattungen lediglich auf 17,0 Milliarden (siehe Tabelle). Obwohl man angesichts der Mehreinnahmen logischerweise das Gegenteil erwarten würde, verzeichneten sie gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um fast 0,8 Milliarden (-4,2 %). Ursache dieses Rückgangs sind die Rückerstattungen an im Ausland ansässige Personen (-1,4 Mrd. oder -33,8 %). Demgegenüber nahmen die Rückerstattungen an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz zu (+500 Mio. oder +6,2 %); die Zunahme entspricht praktisch der gesamten Summe, die im Rahmen der Auflösung des Stabilisierungsfonds der SNB zurückerstattet wurde. Die Rückerstattungen an natürliche Personen in der Schweiz haben, wenn auch in etwas geringerem Masse, ebenfalls zugenommen (+221 Mio., d.h. +4,1 %).

Budgetierungsmethode

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer unterliegen jedes Jahr starken Schwankungen, und zwar wegen punktuellen, von

Natur aus unvorhersehbaren Einflüssen, aber auch aufgrund der Besonderheiten dieser Steuer. Zunächst leitet sich der Ertrag dieser Steuer aus einer Differenz ab, nämlich dem Abzug der Rückerstattungen, die auf Anfrage erfolgen, von den höchst volatilen Eingängen. Vor allem wird die Entwicklung dieser Steuer aber jedes Jahr dadurch beeinflusst, wie weit die Verbuchung der Eingänge und die Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsersuche zeitlich auseinanderliegen. Nicht parallel verlaufende Variationen in der Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen können grosse Schwankungen verursachen.

Angesichts der Unmöglichkeit, die zahlreichen Faktoren, welche die Volatilität der Steuer verursachen, in der Budgetprognose zu berücksichtigen, wurde der Voranschlag 2013 zum zweiten Jahr in Folge mit Hilfe einer exponentiellen Glättungsmethode erstellt. Die gewählte Technik gibt den neueren Ergebnissen gegenüber den weiter zurückliegenden Resultaten relativ mehr Gewicht. Sie ist demnach reaktiver und eignet sich besser dafür, einem allfälligen Grundtrend nach oben Rechnung zu tragen. Trotzdem ist eine Zunahme um mehr als Drittel des Steuerertrags in einem einzigen Rechnungsjahr, wie dies 2013 der Fall war, nicht vorhersehbar. Das Ergebnis 2013 überstieg deshalb den budgetierten Betrag von 4,8 Milliarden deutlich. Das Ergebnis 2012 hingegen lag sehr nahe am budgetierten Betrag.

In Zukunft sind angesichts der hohen Volatilität der Verrechnungssteuer bedeutende Abweichungen gegenüber dem Budget – und zwar sowohl grosse Überschüsse wie grosse Einbussen – zu erwarten. Die Einnahmen dürften jedoch über mehrere Jahre im Durchschnitt nahe am mittelfristigen Trend liegen, wie er nach der bei der Budgetierung verwendeten Glättungsmethode ermittelt wurde.

Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Eingänge	20 791	23 818	31 152	29 980	23 702	26 056	23 449	22 081	22 923
Veränderung in %	-52,8	14,6	30,8	-3,8	-20,9	9,9	-10,0	-5,8	3,8
Rückerstattungen	16 811	19 891	26 941	23 534	19 329	21 342	18 600	17 757	17 004
Veränderung in %	-59,4	18,3	35,4	-12,6	-17,9	10,4	-12,8	-4,5	-4,2
Bund	10 051	13 713	19 690	16 140	11 249	12 211	9 809	8 052	8 552
Kantone	3 074	3 374	3 277	4 042	4 683	5 693	5 271	5 349	5 570
DBA	3 686	2 804	3 974	3 351	3 397	3 439	3 521	4 356	2 881
Verrechnungssteuer (Schweiz)	3 979	3 927	4 211	6 446	4 373	4 714	4 849	4 324	5 920
Veränderung in %	51,9	-1,3	7,2	53,1	-32,2	7,8	2,9	-10,8	36,9
Rückerstattungsquote in %	80,9	83,5	86,5	78,5	81,6	81,9	79,3	80,4	74,2

13 Stempelabgaben

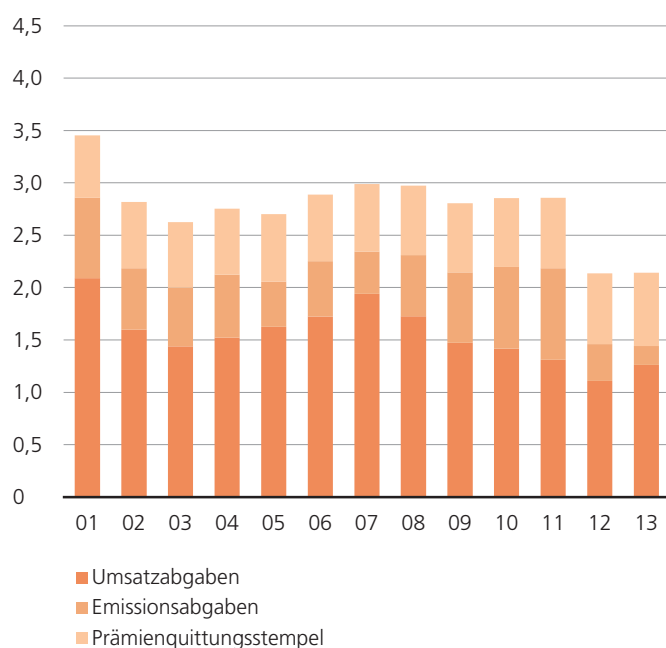
Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Stempelabgaben	2 136	2 200	2 143	7	0,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,4	3,4	3,3		
Emissionsabgabe	353	275	182	-171	-48,5
Umsatzabgabe	1 107	1 240	1 262	154	13,9
Inländische Wertpapiere	162	190	174	11	7,1
Ausländische Wertpapiere	945	1 050	1 088	143	15,1
Prämienquittungsstempel und Übrige	675	685	700	25	3,6

Die Erträge aus den Stempelabgaben stagnierten 2013 gegenüber dem Vorjahr praktisch und erreichten den budgetierten Betrag nicht. Während die Einnahmen aus der Emissionsabgabe einen Rückgang verzeichneten, nahmen diejenigen aus der Umsatzabgabe und aus dem Prämienquittungsstempel zu.

Emissionsabgabe

Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital (Anlehensobligationen, Kassenobligationen, Geldmarktpapiere) wurde per 1.3.2012 im Rahmen der Grossbankenregelung «too big to fail» abgeschafft. Der 2013 verzeichnete Ertrag aus der Emissionsabgabe stammt

demnach ausschliesslich aus der Schaffung von Eigenkapital (Beteiligungsrechten), d.h. im Wesentlichen von Aktienkapital. Der Rückgang der Einnahmen aus der Emissionsabgabe um 171 Millionen (-48,5 %) im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich im Wesentlichen mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital im März 2012 sowie mit der fehlenden Schaffung von neuem Kapital im Jahr 2013. Die Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital ist eine sehr volatile Einkommensquelle, denn ihr Ertrag entwickelt sich abhängig von der Anzahl neu gegründeter Unternehmen und je nach Refinanzierungsbedarf der bestehenden Unternehmen, insbesondere im Bankenbereich.

Stempelabgaben in Mrd.

Die Entwicklung bei den Stempelabgaben ist stark von den Umsatzabgaben geprägt, auf die über die Hälfte dieser Abgaben entfällt. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 sank deren Ertrag mehrere Jahre in Folge, bevor er 2013 wieder anstieg. Dank dieser Entwicklung konnte der Einnahmerückgang bei der Emissionsabgabe teilweise aufgefangen werden; sie ist auch die Hauptursache für die Zunahme des Gesamtertrags der Stempelabgaben im Jahr 2013.

Von einem – allerdings schwächeren – Rückgang ging auch der Voranschlag aus. Der Wegfall der Stempelabgabe auf der Emission von Fremdkapital war zwar berücksichtigt worden, nicht aber der Rückgang des Ertrags aus der Emission von Fremdkapital, von dem erwartet wurde, dass er stabil bleibe.

Umsatzabgabe

Die Umsatzabgabe macht über die Hälfte der gesamten Stempelabgaben aus und beeinflusst deren Entwicklung demzufolge sehr stark. Nachdem der Ertrag aus der Umsatzabgabe 5 Jahre lang wegen der Finanzkrise rückläufig war, verzeichnete er im Jahr 2013 eine Zunahme um 154 Millionen, d.h. um 13,9 Prozent. Diese Entwicklung schlägt sich sowohl bei den in- wie bei den ausländischen Wertpapieren nieder; sie ist in erster Linie auf

die günstige Entwicklung an den Börsenmärkten zurückzuführen. Über 80 Prozent des Ertrags aus den Umsatzabgaben entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren.

Die Höhe dieser Einnahmen liegt ebenfalls leicht über dem budgetierten Wert (+22 Mio.); der Voranschlag war ebenfalls von einer – allerdings vorsichtigeren – Erholung der Finanzmärkte ausgegangen.

Prämienquittungsstempel

Der steigende Trend beim Prämienquittungsstempel verlängerte sich, so dass dessen Erträge gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme verzeichneten.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Mehrwertsteuer	22 050	22 630	22 561	511	2,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	35,0	35,1	34,7		
Allgemeine Bundesmittel	16 985	17 430	17 389	405	2,4
Zweckgebundene Mittel	5 065	5 200	5 172	107	2,1
Krankenversicherung 5%	896	920	915	19	2,1
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 288	2 340	2 337	48	2,1
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	469	480	479	10	2,1
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	1 103	1 130	1 126	23	2,1
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	309	330	315	7	2,1

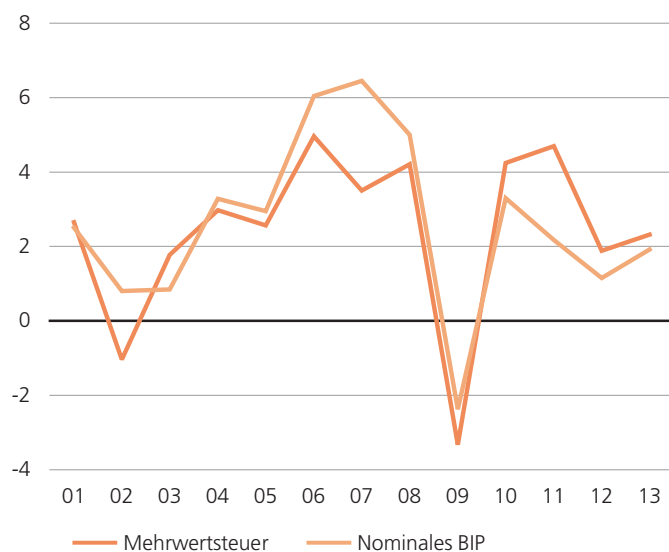
Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 22,6 Milliarden um 511 Millionen oder 2,3 Prozent höher als in der Vorjahresrechnung. Ein kleiner Teil dieser Zunahme ist auf eine Änderung der Kontierungspraxis im Rechnungsjahr 2013 zurückzuführen, wodurch das Einnahmenwachstum um rund 45 Millionen verzerrt wird (vgl. Band 1 Ziff. 62/4). Korrigiert um diesen Faktor beträgt das Wachstum noch 2,1 Prozent. Dies entspricht in etwa dem nominalen BIP-Wachstum von 1,9 Prozent im Jahr 2013.

Wie die untenstehende Grafik verdeutlicht, ist das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen grundsätzlich eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Aus diesem Grund werden auch die Prognosen für das nominale BIP als Grundlage für die Schätzung der Mehrwertsteuereinnahmen verwendet. Allerdings werden die Einnahmen der Mehrwertsteuer nie perfekt dem Wirtschaftswachstum folgen, dies deshalb, weil

die Steuerbasis der Mehrwertsteuer durch das BIP nur unvollständig abgebildet wird. Zudem entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. Die Steuer wird in der Regel 60 Tage nach einer abgelaufenen Abrechnungsperiode fällig. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres und nicht – wie das jährliche BIP – alleine aus dem Rechnungsjahr.

Im Vergleich zum Voranschlag erreichte das Rechnungsergebnis nahezu eine Punktlandung: Der Budgetwert wurde um lediglich 69 Millionen oder 0,3 Prozent unterschritten. Dass die Einnahmenprognose derart genau ausgefallen ist, zeugt von der äusserst stabilen konjunkturellen Entwicklung. So wurde bei der Ausarbeitung des Voranschlags 2013 mit einem nominalen BIP-Wachstum von 1,9 Prozent gerechnet.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in %



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft (die Ausreisser in den Jahren 2011 und 2012 sind auf die Erhöhung der MWSt-Sätze zugunsten der IV zurückzuführen).

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Mineralölsteuern	5 033	4 985	5 005	-27	-0,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,0	7,7	7,7		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 005	2 980	2 988	-17	-0,6
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 007	1 985	1 994	-13	-0,6
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	20	23	3	14,0

Mit einem Minus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen bei der Mineralölsteuer leicht rückläufig. Trotz positivem Wirtschaftswachstum und neuerlicher Zunahme der immatrikulierten Strassenmotorfahrzeugen dürfte die neue CO₂-Gesetzgebung dämpfend gewirkt haben.

Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den Mineralölsteuern sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer, der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer und die Wirtschaftsentwicklung. Unklar ist der Einfluss des Franken/Eurokurses im Rechnungsjahr 2013.

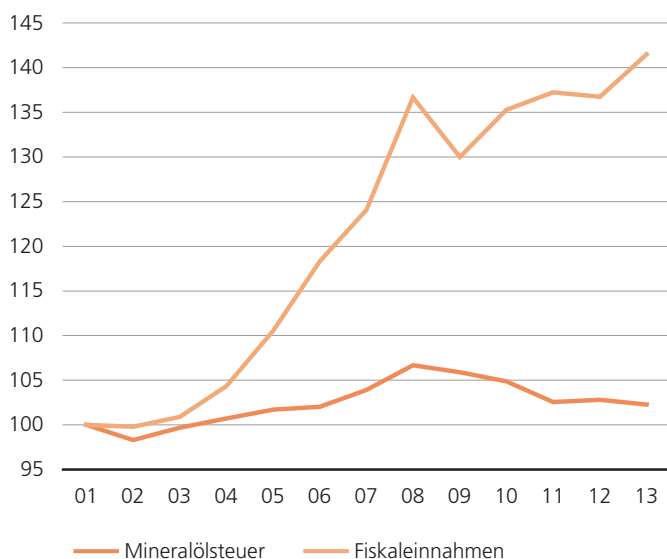
- 2013 waren knapp 5,7 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 1,6 Prozent zugenommen. 2013 wurden insgesamt 402 117 Neuwagen (-6,7% ggü. Vorjahr) verkauft.

- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.

- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Auch über den ganzen Fahrzeugpark gesehen, sinkt der durchschnittliche Treibstoffverbrauch seit längerem kontinuierlich. Er betrug im Jahr 2012 noch 6,21 l/100 km (bei CO₂-Emissionen von im Mittel 151 g/km). In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden durchschnittlichen Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen. Mit der seit dem 1.7.2012 wirksamen Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71) orientieren sich die CO₂-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften. Bis 2015 sind diese auf 130 g/km zu senken. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer dürften damit mittelfristig weiterhin rückläufig sein.

Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indexiert; 2001=100



Die Entwicklung der Einnahmen der Mineralölsteuer ist sehr verhalten; seit dem Jahr 2008 ist sie gar rückläufig. Daher nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen am Bundeshaushalt stetig ab.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 529	1 580	1 517	-12	-0,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,5	2,3		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	711	932	897	185	26,0
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	283	90	90	-193	-68,2
Kantonsanteile	497	511	493	-4	-0,8
Übrige	37	46	37	0	-0,3

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) liegen um 12 Millionen oder 0,8 Prozent unter dem Vorjahreswert, obwohl die abgabepflichtige Verkehrsleistung leicht zugenommen hat. Verantwortlich für diese Entwicklung sind in erster Linie die Einnahmehausfälle, die aus der Erneuerung des Fahrzeugparks resultieren. Der Rückgang ist bei den ausländischen Fahrzeugen (-1,8 %) ausgeprägter als bei den inländischen Fahrzeugen (-0,3 %).

Die Umstellung des Fahrzeugparks auf emissionsärmere und damit weniger stark besteuerte Fahrzeuge ist im vergangenen Jahr weiter fortgeschritten. Im Jahresdurchschnitt ist der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der Verkehrsleistung (gemessen in Bruttotonnenkilometern) auf 16 Prozent gesunken (2012: 21 %, 2011: 29 %). Der Anteil der häufigsten Klasse, der EURO 5-Fahrzeuge, ist von 69 auf 72 Prozent angestiegen. Auch der Anteil der EURO 6-Fahrzeuge, die seit dem 1.7.2012 eine Tarifiermässigung von 10 Prozent erhalten, hat sich von knapp 1 auf 4 Prozent erhöht. Insgesamt ergeben sich aus dem vermehrten Einsatz von emissionsärmeren Fahrzeugen Mindereinnahmen von etwas über 20 Millionen.

Diese Mindereinnahmen werden durch die zusätzlichen Einnahmen aus der leicht höheren Verkehrsleistung sowie der Tarifiermässigung an die Teuerung nur teilweise kompensiert:

- Die Verkehrsleistung, die der Abgabe unterliegt, hat lediglich um 0,3 Prozent zugelegt. Der Zuwachs liegt deutlich unter der aktuellen Schätzung des realen BIP-Wachstums (+2,0 %), das für die Schätzung der Einnahmen aus der LSVA herangezogen wird. Die nach wie vor schwierige Konjunkturlage in Europa spielt dabei auch eine gewisse Rolle. Zudem kann von der Veränderung der Verkehrsleistung nicht abgeleitet werden, dass sich die transportierte Menge im gleichen Ausmass verändert, denn die LSVA bemisst sich unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs.

- Der LSVA-Tarif wurde am 1.7.2012 an die Teuerung angepasst. Im Jahr 2013 wurden somit erstmals alle Monate mit dem neuen Tarif abgerechnet, womit sich im Vergleich zum Vorjahr etwas höhere Einnahmen ergeben. Die Berücksichtigung der Teuerung ist nach Artikel 42 des Landverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU alle zwei Jahre vorgesehen. Die Tarifiermässigung betrug 0,97 Prozent. Der Wert beruht auf der Entwicklung der Konsumentenpreise in der Schweiz von April 2009 bis März 2011.

Gegenüber dem Voranschlag sind die Einnahmen aus der LSVA um 4,0 Prozent tiefer ausgefallen als erwartet. Zum einen beruhte der Voranschlag auf einer Schätzung für das Jahr 2012, die sich im Nachhinein als zu hoch herausstellte. Zum anderen ist die Umstellung auf emissionsärmere Fahrzeuge rascher erfolgt als angenommen.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Seit 2011 verbleibt ein Teil davon im allgemeinen Haushalt. Diese Mittel werden (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmten Mitteln zugewiesen. Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Budget die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur zu erhöhen.

17 Qualität der Einnamenschätzungen

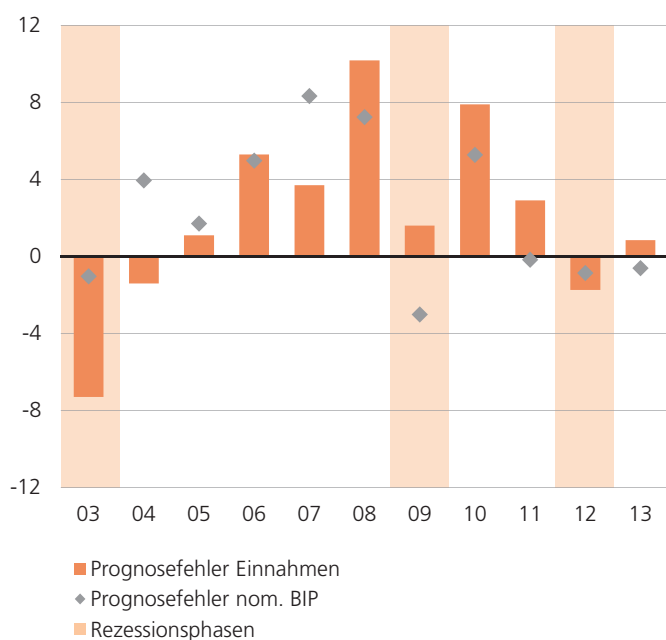
Die Qualität der Einnamenschätzungen im Voranschlag 2013 kann positiv beurteilt werden. Bei den wichtigsten Fiskaleinnahmen fällt der absolute Prognosefehler tiefer aus als im durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Insgesamt hat sich der durchschnittliche absolute Prognosefehler seit dem Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr von 4,3 auf 4,0 Prozent verringert.

Prognosefehler im zeitlichen Verlauf

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind beziehungsweise dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen haben. Ein negativer Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt.

Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert. Die Qualität der Einnamenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei steht sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien im Fokus. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden.

Prognosefehler der ordentlichen Einnahmen in %
der Einnahmen resp. des nom. BIP gemäss VA



Die Prognosefehler der Einnahmen weisen ein konjunkturelles Muster auf: In einer Wachstumsschwäche oder Rezession (rot hinterlegt) sind sie negativ (2003, 2012) oder – so im Jahr 2009 – deutlich geringer als in den Jahren des Aufschwungs davor und danach. In konjunkturell günstigeren Zeiten hingegen sind die Prognosefehler im betrachteten Zeitraum fast durchwegs positiv.

Prognosefehler nach Einnahmenart

Um die Qualität der Einnahmenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der *durchschnittliche absolute Prognosefehler* als einfaches Mass. Seit Einführung der Schuldenbremse beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 4,0 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 4,0 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren im selben Zeitraum die Schätzungen der *Mineralölsteuereinnahmen* am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 1,5 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der *Mehrwertsteuereinnahmen* mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 1,7 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnahmenschätzungen der *direkten Bundessteuer* (3,8 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen etwas besser ausfällt, sind bei den *Stempelabgaben* und insbesondere bei der *Verrechnungssteuer* deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 8,4 Prozent beziehungsweise 39,9 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen.

Konjunkturelles Muster der Prognosefehler

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Wachstumsschwäche oder Rezession befand, also in Phasen, in denen sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandproduktes unter ihrem langfristigen Potenzial – oder im Fall der Rezession sogar im negativen Bereich – lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen

während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch seit Einführung der Schuldenbremse annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 15,1 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 640 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 2,4 Prozent. Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2003 durchschnittlich um 2,4 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, das heisst die Einnahmen wurden nicht systematisch über- oder unterschätzt.

Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2013) respektive der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnahmenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,70 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnahmenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.

Im Jahr 2013 gab der Bund insgesamt 63,7 Milliarden aus, 3,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Die wichtigsten Wachstumstreiber – mit hohen Zuwachsraten – waren die Aufgabengebiete Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit, Landesverteidigung und Finanzen und Steuern.

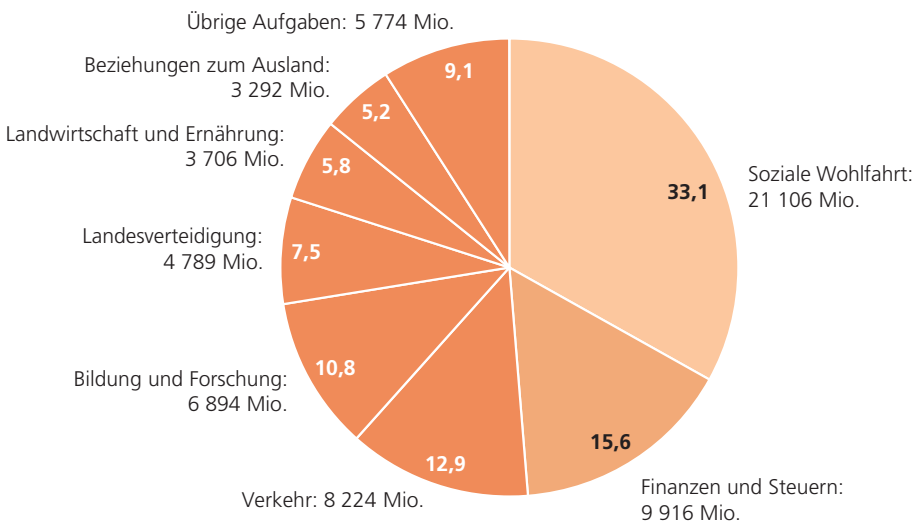
Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	61 736	64 929	63 700	1 964	3,2
Δ in % Vorjahr	-1,0	5,2	3,2		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 501	2 640	2 489	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	961	1 087	1 053	92	9,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 979	3 294	3 292	312	10,5
Landesverteidigung	4 428	4 808	4 789	362	8,2
Bildung und Forschung	6 664	6 972	6 894	229	3,4
Kultur und Freizeit	450	484	502	52	11,6
Gesundheit	212	229	219	7	3,2
Soziale Wohlfahrt	20 668	21 568	21 106	438	2,1
Verkehr	8 130	8 614	8 224	94	1,2
Umwelt und Raumordnung	1 132	1 060	1 007	-125	-11,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 711	3 718	3 706	-5	-0,1
Wirtschaft	519	533	505	-14	-2,6
Finanzen und Steuern	9 380	9 921	9 916	536	5,7

Die Gesamtausgaben des Bundes lagen 2013 um knapp 2 Milliarden höher als in der *Rechnung 2012* (+3,2 %). Rund die Hälfte des Zuwachses entfällt auf die beiden grössten Aufgabengebiete, die Soziale Wohlfahrt (+2,1 %, v.a. Bundesbeitrag an die AHV)

sowie Finanzen und Steuern (+5,7 %, v.a. tiefere Agios und höhere Debitorenverluste). Auch die Ausgaben für die Landesverteidigung (+8,2 %), die Beziehungen zum Ausland (+10,5 %) sowie die Bildung und Forschung (+3,4 %) sind 2013 stark gewachsen.

Ausgaben nach Aufgabengebieten 2013 Anteile in % Ordentliche Ausgaben



Jene zwei Aufgabengebiete, in denen kurzfristig am wenigsten Spielraum besteht – soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern – binden knapp die Hälfte der Ausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihr Anteil insgesamt konstant geblieben; allerdings ergab sich eine Verlagerung hin zu Finanzen und Steuern.

Zwei kleinere Aufgabengebiete weisen aufgrund von einmaligen Effekten sehr hohe Wachstumsraten auf: Bei der Ordnung und öffentlichen Sicherheit (+9,6 %) schlägt insbesondere die neue Versicherungslösung für die Finanzierung der vorzeitigen Pensionierungen beim Grenzwachtkorps (GWK) zu Buche, bei der Kultur und Freizeit (+11,6 %) wurden im Bereich Jugend und Sport Nachzahlungen für Kurse aus dem Jahr 2012 geleistet. Umgekehrt ist die Wachstumsrate in der Umwelt und Raumordnung stark negativ (-11,1 %), weil die Ausgaben im Zusammenhang mit der Rückverteilung der CO₂-Abgabe tiefer ausfielen als 2012.

Die Ausgaben blieben rund 1,2 Milliarden (1,9 %) unter dem *Voranschlag 2013*, wobei die grössten Budgetunterschreitungen bei der Sozialen Wohlfahrt (AHV, IV, Migration) und beim Verkehr (Nationalstrassen, Verlagerung, FinöV) anfielen.

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Die Struktur der ordentlichen Ausgaben des Bundes ist über die Zeit gesehen relativ stabil. So nehmen die beiden Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt (2013: 33,1 % der Ausgaben) sowie Finanzen und Steuern (15,6 %), in denen die Ausgaben als stark gebunden gelten, seit einigen Jahren zusammen knapp die Hälfte des Haushalts in Anspruch. Unter den anderen Aufgabengebieten können Trends beobachtet werden. So nehmen die Anteile der Ausgaben für Bildung und Forschung (10,8 %) und für die Beziehungen zum Ausland (5,2 %) seit Jahren zu, während der Anteil der Landwirtschaft (5,8 %) stetig zurückgeht.

21 Soziale Wohlfahrt

Ein Drittel der gesamten Bundesausgaben entfällt auf die Soziale Wohlfahrt. Die Hälfte davon, 10,6 Milliarden, fliesst in die Altersversicherung. Hier zeigte sich 2013 die zunehmende Belastung des Bundes durch die demografische Entwicklung. Weil die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der Bundesbeiträge an die Sozialversicherungen im Berichtsjahr rückläufig waren, musste diese Belastung mit allgemeinen Bundesmitteln aufgefangen werden.

Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Soziale Wohlfahrt	20 668	21 568	21 106	438	2,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,5	33,2	33,1		
Altersversicherung	10 339	10 714	10 621	282	2,7
Invalidenversicherung	4 821	5 022	4 873	52	1,1
Krankenversicherung	2 186	2 271	2 215	28	1,3
Ergänzungsleistungen	1 366	1 441	1 389	23	1,7
Militärversicherung	213	224	217	4	2,0
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	456	464	476	21	4,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	80	110	95	15	18,8
Migration	1 145	1 252	1 159	14	1,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	61	69	59	-2	-3,0

Die Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt nahmen 2013 um 2,1 Prozent auf über 21 Milliarden zu. Zur Hälfte entfielen sie auf das Aufgabengebiet der *Altersversicherung*. Hier leistet der Bund zur Hauptsache drei Zahlungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV):

- Erstens zahlt der Bund einen Beitrag 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben. 2013 erhöhte sich dieser Beitrag um 3 Prozent auf 7,82 Milliarden (+225 Mio.). Der Anstieg wurde zu gut zwei Dritteln durch die demografische Entwicklung verursacht; der Rest ergab sich als Folge der Anfang 2013 vorgenommenen Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung.
- Zweitens überweist der Bund 83 Prozent der Erträge aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV direkt an die Versicherung. Hier kam es im Einklang mit der Entwicklung der Mehrwertsteuererträge zu einer Zunahme von 56 Millionen auf 2,32 Milliarden (+2,5 %).
- Drittens erhält die AHV die Erträge der Spielbankenabgabe, die 2013 um 5 Millionen auf 376 Millionen zurückgingen.

Im Bereich der *Invalidenversicherung* (IV) bestehen die Ausgaben des Bundes hauptsächlich aus dem Bundesbeitrag an die IV sowie den Zahlungen im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung:

- Der Bundesbeitrag an die IV betrug bis Ende 2013 37,7 Prozent der IV-Gesamtausgaben. Dank den Reformmassnahmen weist die IV derzeit eine stagnierende Ausgabenentwicklung auf; die Zahlung des Bundes erhöhte sich entsprechend primär infolge

der Rentenanpassung um 0,9 Prozent (+30 Mio.) auf 3,53 Milliarden. Ab 2014 ist für den Bundesbeitrag nicht mehr die Ausgabenentwicklung der IV ausschlaggebend, sondern der Beitrag wird an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt.

- Gemäss der IV-Zusatzfinanzierung erhält die IV bis 2017 die Erträge aus der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent. Diese Erträge nahmen 2013 um 2,5 Prozent (+27 Mio.) auf 1,12 Milliarden zu. Weiter übernimmt der Bund die Schuldzinsen der IV. Hier ergab sich dank der rückläufigen Verschuldung der IV ein Rückgang von 3,9 Prozent (-7 Mio.).

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zahlt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung aufgewendet wird (jährliche EL). Der Rest sowie die EL für Krankheits- und Behinderungskosten werden von den Kantonen übernommen. Die Bundesbeiträge teilen sich je etwa zur Hälfte auf EL zur AHV sowie EL zur IV auf. Im Rechnungsjahr erhöhten sie sich insgesamt um 1,7 Prozent. Einerseits wurde bei den EL zur AHV in Folge der demografischen Entwicklung ein Plus von 24 Millionen verzeichnet (+ 3,7% auf 669 Mio.). Andererseits kam es bei den EL zur IV angesichts rückläufiger Fallzahlen zu einem Rückgang von 1,8 Millionen (-0,3% auf 685 Mio.). Die Entschädigung der Kantone für den Vollzugaufwand betrug 2013 34,5 Millionen.

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent der Erträge des Mehrwertsteuerprozents zu Gunsten der AHV

zur Verfügung. Diese Einnahmequellen waren im Berichtsjahr insgesamt rückläufig: Die Erträge aus der Tabakbesteuerung verringerten sich um 102 Millionen (-4,3 %) auf 2,3 Milliarden und jene aus der Alkoholbesteuerung waren um 25 Millionen rückläufig (-9,4 % auf 242 Mio.). Einzig der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent wies ein Plus auf und kletterte um 12 Millionen auf 475 Millionen. Insgesamt konnte mit diesen zweckgebundenen Einnahmen ein Anteil von 23,3 Prozent der Bundesbeiträge an die Sozialversicherungen (einschliesslich IV-Zinsen) abgedeckt werden; 2012 waren es noch 24,7 Prozent gewesen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Sie legten 2013 um rund 28 Millionen oder 1,3 Prozent zu. Dieses vergleichsweise tiefe Wachstum ist auf den unterdurchschnittlichen Anstieg der Gesundheitskosten respektive der Durchschnittsprämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes beläuft sich auf 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Die Aufwendungen des Bundes hierfür sind zum Teil zweckfinanziert. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) werden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2013 rund 915 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen aus der LSVa für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs rund 90 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind etwa 46 Prozent der Bundesausgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 4 Millionen oder 2,0 Prozent zu. Diese Entwicklung ist vor allem auf die gestiegenen Behandlungskosten zurückzuführen.

Bei der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* nehmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um rund 21 Millionen (+4,5 %) zu. Die Zunahme in diesem Bereich ist vorwiegend durch die Erhöhung des Bundesbeitrags an die ALV bedingt. Für diese Entwicklung gibt es zwei Gründe: erstens das stete

Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme (+14 Mio), zweitens die Auszahlung der Schlussrechnung für 2012 (+7 Mio). Die arbeitsmarktlichen Massnahmen der 3. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen kamen Ende 2012 zum Abschluss. Die Ausgaben verringerten sich 2013 dementsprechend um rund 1,5 Millionen.

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2013 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (62 %) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (31 %). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 15 Millionen oder etwa 19 Prozent zu. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die gegenüber dem Vorjahr stark erhöhten Wohnbaudarlehen (+22,5 Mio.) zurückzuführen. Im Jahr 2012 wurden letztmals die vorgezogenen Investitionen im Rahmen der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen 2009 kompensiert.

Die Ausgaben im Bereich der *Migration* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent (14 Mio.). Die Mehrbelastung ist insbesondere auf die internationale Zusammenarbeit im Migrationsbereich zurückzuführen. Neben dem erhöhten Beitrag an den Aussengrenzenfonds musste 2013 auch eine Korrekturzahlung für die Beiträge der vorangegangenen Jahre 2010–2013 geleistet werden. Ein namhafter Mehrbedarf fiel zudem bei den Betriebsausgaben der Empfangs- und Verfahrenszentren an, einerseits für die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten und der damit verbundenen Bereitstellung und dem Rückbau von kurz- und mittelfristig nutzbaren Unterkünften, andererseits auch im Zusammenhang mit der per Ende 2013 erfolgten Bereitstellung des Testzentrums Zürich.

Im Bereich *Soziale Hilfe und Fürsorge* gehen die Ausgaben leicht zurück (-2 Mio.; -3,0 %): Die Mittelaufstockungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung (+2,4 Mio.) werden überkompensiert durch Minderausgaben im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (-4,0 Mio.). Der Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2013 verschiedene Gesuche die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllten oder zurückgezogen wurden.

22 Finanzen und Steuern

2013 entfielen auf diesen Aufgabenbereich 15,6 Prozent der gesamten ordentlichen Ausgaben, gegenüber 15,2 Prozent im Vorjahr. Zum einen ist diese leichte Steigerung weitgehend das Ergebnis der starken Zunahme bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung, die ihrerseits durch den markanten Rückgang der Agios auf Anleihen bedingt ist. Zum andern erklärt sie sich durch das Einnahmenwachstum bei der Verrechnungssteuer, aber auch durch die höheren, den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen zugeschriebenen Debitorenverluste.

Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Finanzen und Steuern	9 380	9 921	9 916	536	5,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	15,2	15,3	15,6		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 375	4 456	4 574	199	4,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	1 904	2 288	2 164	260	13,7
Finanzausgleich	3 102	3 178	3 178	76	2,5

Verrechnungssteuerbedingtes Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen

Das Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+199 Mio. oder +4,5%) ist in erster Linie auf das Wachstum der Anteile Dritter an der *Verrechnungssteuer* (+105,4 Mio. oder +24,7%) und auf die höheren *Debitorenverluste* bei derselben Steuer zurückzuführen. Letztere verzeichneten wegen einer ausserordentlichen zusätzlichen Einbusse im Laufe des Rechnungsjahres eine Zunahme um 169 Millionen gegenüber dem Vorjahr (vgl. Band 2B, Kredit 605/ E1100.0115). Die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer hingegen weisen einen Rückgang um 72 Millionen (-28,6%) gegenüber dem Vorjahr auf; sie tragen damit zu einem geringeren Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen bei.

Schuldenlast auf dem Weg der Normalisierung dank Abnahme der Agios auf Anleihen

Die starken Zunahme der Zinsbelastung bei der Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung (+13,7%) erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass die Agios auf Anleihen deutlich weniger zur Verringerung der Zinslast beitrugen als im Vorjahr. 2013 belief sich der Bestand der Agios auf 469 Millionen oder 499 Millionen weniger (-51%) als im Vorjahr. Dafür gibt es zwei Ursachen: zum einen der leichte Anstieg der (langfristigen) Zinssätze und zum andern die Portfeuilleumschichtung bei den Anleihen (Erhöhung des Volumens von Obligationen mit einem kleineren und demnach marktgerechteren Coupon). Es ist zu beachten, dass das im Jahr 2012 verzeichnete hohe Ergebnis bei den Agios (968 Mio.) lediglich eine Ausnahme bildete und sich das Ergebnis 2013 durchaus im Mittel der letzten vier Jahre bewegt (rund 500 Mio.). Agiobereinigt verzeichnen die Ausgaben für Passivzinsen gegenüber dem Vorjahr sogar einen leichten Rückgang um 196 Millionen (-7%). Die generelle Zunahme der Schuldenlast steht somit im Gegensatz zum effektiven Rückgang des Zinsaufwands bei fast allen anderen Finanzpositionen, der durch einen geringeren Finanzierungsbedarf aufgrund der guten Finanzierungsergebnisse der Vorjahre bedingt ist. Der

Rückgang der Agios – der gleichbedeutend mit einer Verringerung der Zinslast ist – hat die Auswirkungen der sinkenden Zinslast der *Anleihen* (-85 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen im 2013 im Umfang von 6,9 Mrd.) völlig zunichte gemacht. Dies gilt auch für die Entlastung um 73 Millionen gegenüber 2012 aufgrund der Mehrbelastungen im Vorjahr bei der *Verrechnungssteuer wegen Anleihen*, die ursprünglich mit einem Disagio emittiert worden waren und 2012 fällig wurden. Da es 2013 keine derartigen Anleihen fällig wurden, musste kein entsprechender Aufwand verbucht werden. Der Rückgang der Agios dämpfte noch weitere Reduktionen geringeren Ausmasses insbesondere bei den Ausgaben für Zinsswaps (-24 Mio.) aufgrund auslaufender Swapverträge sowie bei den Währungsverlusten (-14 Mio.) infolge einer geringeren Wechselkursvolatilität. Die Kursverluste betreffen Fremdwährungskonten. Einnahmen oder Belastungen aus diesen Konten werden im Laufe des Rechnungsjahres verbucht (FHG, Art. 35). Die Ausgaben für *Kommissionen, Abgaben und Gebühren* der Bundestresorerie verzeichnen wegen der Abschaffung per 1.3.2012 der Stempelsteuer auf Fremdkapital einen deutlichen Rückgang (-42 Mio.), weil dadurch die Emissionskosten auf Anleihen und auf Geldmarktbuchforderungen wegfallen. Zur Erinnerung: Die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie sind im Zeitpunkt der Ausgabe geschuldet.

Leichter Zuwachs der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2013 war das zweite Rechnungsjahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Instrumente des Finanzausgleichs beliefen sich auf insgesamt 3178 Millionen. Gegenüber 2012 sind sie um 76 Millionen (+2,5%) gestiegen. Der Beitrag des Bundes an den *vertikalen Ressourcenausgleich* betrug 2208 Millionen, was einem Wachstum um 88 Millionen (+4,1%) gegenüber 2012 entspricht. Diese Zunahme resultiert zum einen aus der nachträglichen Berichtigung der unkorrekten Festlegung des Al-

pha-Faktors für 2012 (+11,7 Mio.). Er dient der Ermittlung des Anteils am steuerbaren Vermögen, der in das Ressourcenpotenzial Eingang finden muss. Zum andern resultierte die Zunahme aus der Steigerung des Ressourcenpotenzials um 3 % (+76,2 Mio.). Der Beitrag des Bundes an den *Lastenausgleich* beträgt 730 Millionen (365 Mio. für den geografisch-topografischen und 365 Mio. für den soziodemografischen Lastenausgleich). Aufgrund des

sinkenden Preisniveaus (-1 % gegenüber der im April 2012 verzeichneten Teuerung) ging dieser Betrag gegenüber 2012 um 7,4 Millionen zurück. Der *Härteausgleich* (239 Mio.) schliesslich fiel 2013 tiefer aus als 2012, weil der Kanton Schaffhausen seinen Anspruch auf den Härteausgleich verlor, da er 2013 ins Lager der ressourcenstarken Kantone wechseln konnte.

Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer, der Verrechnungssteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der 2008 in Kraft getretene neue Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen, von denen zwei mehr Gewicht haben: der Ressourcen- und der Lastenausgleich (Ausgleich geografisch-topografischer und soziodemografisch bedingter Überbelastung). Dank Härteausgleich als drittem Element lassen sich Härtefälle bei den Kantonen beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleich vermeiden; der Härteausgleich bleibt bis längstens 2036 in Kraft. Die Höhe des Härteausgleichs bleibt bis 2015 unverändert, danach wird die fragliche Summe jährlich um 5 Prozent gekürzt. Die Bundesbeiträge an die Instrumente des Finanzausgleichs werden jährlich an die Wirtschaftslage angepasst. Die Beiträge 2013 wurden beim Ressourcenausgleich an die Entwicklung des Ressourcenpotenzials bzw. beim Lastenausgleich an die Teuerung angepasst.

23 Verkehr

Die Bundesausgaben im Verkehrsbereich stiegen 2013 moderat um 1,2 Prozent. Während der Strassenverkehr infolge der weitgehenden Fertigstellung der dringlichen Vorhaben des Agglomerationsverkehrs einen Rückgang von 1,2 Prozent verzeichnete, führten höhere Einlagen in den FinöV-Fonds beim öffentlichen Verkehr zu einer Zunahme um 2,6 Prozent.

Verkehr

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Verkehr	8 130	8 614	8 224	94	1,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,2	13,3	12,9		
Strassenverkehr	2 841	3 001	2 806	-34	-1,2
Öffentlicher Verkehr	5 129	5 420	5 262	133	2,6
Luftfahrt	160	193	156	-4	-2,8

Strassenverkehr

Für den Strassenverkehr wurden gegenüber dem Vorjahr 34 Millionen respektive 1,2 Prozent weniger aufgewendet:

- Die Ausgaben für die Nationalstrassen stiegen um 25 Millionen respektive 1,2 Prozent: Einerseits nahmen die für Nationalstrassen bestimmten Mittel der Einlage in den Infrastrukturfonds um 119 Millionen zu. Andererseits sanken die zulasten der Rechnung des Bundes verbuchten Ausgaben für Nationalstrassen infolge Projektverzögerungen und Vergabeerfolgen um 92 Millionen.
- Nachdem im Vorjahr bei den übrigen Strassen eine Ausgabenspitze zu verzeichnen war, gingen die aus dem Infrastrukturfonds geleisteten Beiträge an Strassenvorhaben im Agglomerationsverkehr um rund 60 Millionen resp. 45 Prozent zurück. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die weitgehende Fertigstellung der sogenannten dringlichen Projekte.

Öffentlicher Verkehr

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr, worunter auch die Ausgaben für die Bahninfrastrukturen sowie den Schienengüterverkehr subsumiert werden, verzeichneten ein Wachstum von 133 Millionen respektive 2,6 Prozent.

- Die Beiträge an den Bau, den Betrieb und den Unterhalt der Bahninfrastruktur sanken um 116 Millionen. Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit der Revision des Trassenpreissystems, welche per 1.1.2013 eine Erhöhung der Trassenpreise zur Folge hatte. Aufgrund gestiegener Erlöse aus dem Trassenverkauf konnten die Beiträge für den Betrieb und den Unterhalt des Schienennetzes um 230 Millionen reduziert werden. Demgegenüber sind die Aufwendungen für den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur (+79 Mio.) sowie die Ausgaben für schienengebundene Projekte (+42 Mio.) des Agglomerationsverkehrs angestiegen.

- Die Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte stiegen gegenüber dem Vorjahr um 205 Millionen. Dies liegt hauptsächlich an der um 185 Millionen höheren Einlage aus den Erträgen der LSVA. Zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten externen Kosten (vgl. Art. 85 Abs. 2 BV) wurde ein deutlich geringerer Teil der LSVA-Einnahmen im Bundeshaushalt zurückbehalten (90 Mio. im Vergleich zu 283 Mio. im Jahr 2012). Zudem haben auch die Einlagen aus der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen.
- Für die Güterverkehrsverlagerung wurden 13 Millionen mehr aufgewendet als im Vorjahr. Die abgeltungsberechtigten Fahrten im kombinierten Verkehr stiegen im Vergleich zum Vorjahr, in dem es zu mehreren Streckenunterbrüchen kam, wieder an.
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr verzeichneten im Vergleich zu 2012 eine Zunahme von 3,6 Prozent (+31 Mio.), was insbesondere auf die Finanzierung des steigenden Abschreibungsaufwands aus der Erneuerung des Eisenbahnrollmaterials zurückzuführen ist.

Luftfahrt

Die Ausgaben für die Luftfahrt sinken gegenüber dem Vorjahr leicht um 4 Millionen (-2,8%). Grund ist die Ersatzbeschaffung eines Helikopters der Schweizerischen Unfalluntersuchungsstelle im Jahr 2012. Die aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr finanzierten Ausgaben liegen beinahe gleich hoch wie im Vorjahr.

Verkehrsausgaben gemäss Staatsrechnung

Die Ausgabenentwicklung beim Verkehr wird massgeblich beeinflusst durch die Ausgaben der Verkehrsfonds. Ziffer 32 gibt einen Überblick über die entsprechenden gesamthaften Investitionen gemäss Staatsrechnung, das heisst Bundesrechnung inklusive Sonderrechnungen.

24 Bildung und Forschung

Die Ausgaben für Bildung und Forschung haben gegenüber dem Vorjahr entsprechend den Entscheiden des Parlaments zur BFI-Botschaft 2013–2016 (Bildung, Forschung und Innovation; BBI 2012 3099) um 3,4 Prozent zugenommen. Ein Grossteil der zusätzlichen Mittel (+147 Mio.) wurde für die Forschung aufgewendet.

Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Bildung und Forschung	6 664	6 972	6 894	229	3,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,8	10,7	10,8		
Berufsbildung	844	884	845	2	0,2
Hochschulen	1 923	2 016	2 001	78	4,1
Grundlagenforschung	2 536	2 627	2 608	72	2,9
Angewandte Forschung	1 334	1 413	1 408	75	5,6
Übriges Bildungswesen	28	32	31	2	8,6

Anhaltendes Wachstum im Aufgabengebiet Bildung und Forschung

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben des Aufgabengebiets Bildung und Forschung um 3,4 Prozent (+229 Mio.). Schwerpunktmässig wurden diese zusätzlichen Mittel für die Forschung (+147 Mio.) ausgegeben. Bei der Bildung betrug der Zuwachs 82 Millionen. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Bildung – darunter fallen die Beiträge an die Hochschulen, die Beiträge an die Berufsbildung sowie diejenigen für das übrige Bildungswesen – auf 2877 Millionen. Für die Forschung (angewandte und Grundlagenforschung) wurden 4016 Millionen aufgewendet.

Beitragsziel bei der Berufsbildung gehalten

Die Ausgaben für die *Berufsbildung* stabilisierten sich auf dem Niveau des Vorjahres. Damit kann der im Berufsbildungsgesetz (BBG; SR 412.10) als Richtgrösse definierte Bundesbeitrag von einem Viertel an den Kosten der Berufsbildung gehalten werden. Während die Pauschalbeiträge an die Kantone gegenüber dem Vorjahr leicht sanken (-2 Mio.), stiegen die Innovations- und Projektbeiträge um 2 Millionen an.

Steigende Ausgaben für die Hochschulen

Die Beiträge an die *Hochschulen* stiegen um 4,1 Prozent (+78 Mio.) und damit stärker als das gesamte Aufgabengebiet. Die zusätzlichen Mittel verteilen sich gleichmässig auf die Bundeshochschulen (+27 Mio.), die kantonalen Hochschulen (+29 Mio.) und die Fachhochschulen (+23 Mio.). Dem Bereich *Hochschulen* wird derjenige Beitrag an den ETH-Bereich zugeordnet, welcher für die Lehre eingesetzt wird. Diese Mittel machen rund 26 Prozent (671 Mio.) des gesamten Bundesbeitrags an den ETH-Bereich aus. Den Grossteil der Ausgaben für die kantonalen Hochschulen respektive für die Fachhochschulen (zu 79,6% bzw. 89,9%) richtet der Bund in Form von Grundbeiträgen an die Kantone respektive an die Träger aus.

Ausbau der Forschungsförderung

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen *Grundlagenforschung* und *angewandter Forschung* unterschieden. Der *Grundlagenforschung* zugeordnet werden namentlich die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Schweizerischen Akademien der Wissenschaften (907 Mio.) sowie der Grossteil des Beitrags an den ETH-Bereich (1517 Mio.; entspricht rund 59% des gesamten Bundesbeitrags an den ETH-Bereich). Das Wachstum von 2,9 Prozent (+72 Mio.) erklärt sich namentlich durch die höheren Beiträge an den SNF (+27 Mio.), den Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich (+20 Mio.) sowie durch höhere Beiträge an die EU-Forschungsprogramme (+10 Mio.).

90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsprogramme (505 Mio.) werden der *angewandten Forschung* zugeordnet. Ausserdem werden ihr ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich (374 Mio.; dies entspricht rund 15% des gesamten Bundesbeitrags an den ETH-Bereich) und an die Europäische Weltraumorganisation ESA (135 Mio.) sowie die Förderbeiträge der Kommission für Technologie und Innovation (KTI, 126 Mio.) zugerechnet. Die Zunahme um 75 Millionen (+5,6%) erklärt sich hauptsächlich durch Mehrausgaben für die EU-Forschungsprogramme (+92 Mio.). Diesen stehen Minderausgaben von 20 Millionen bei den Förderbeiträgen der KTI gegenüber.

Das Aufgabengebiet in Beziehung zur BFI Botschaft

Der überwiegende Teil (90%) der Ausgaben im Aufgabenbereich Bildung und Forschung wird entweder im Rahmen der BFI-Botschaft oder der Botschaft über die Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen beantragt. Diese Ausgaben wachsen gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent (+273 Mio.). Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu diesen Krediten weitere forschungs- und bildungsrelevante Ausgaben. Dazu gehören beispielsweise die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen im Bereich Bildung und Forschung (86 Mio.), die Mietaufwendungen von Institutionen des Bundes (ETH/EHB; 307 Mio.) sowie der Eigenaufwand des Bundes für Bildungs- und Forschungszwecke (242 Mio.).

25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Der grösste Teil des Anstiegs von 8,2 Prozent lässt sich auf einmalige Aufwände für die Überführung des heutigen Systems der vorzeitigen Pensionierung des Militärpersonals in eine Versicherungslösung erklären. Ferner verzeichnen insbesondere die Investitionsausgaben und der Personalbestand im zivilen Bereich eine Erhöhung.

Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Landesverteidigung	4 428	4 808	4 789	362	8,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,2	7,4	7,5		
Militärische Landesverteidigung	4 306	4 684	4 665	359	8,3
Nationale Sicherheitskooperation	122	124	124	2	1,9

Die Ausgaben für die Landesverteidigung haben sich gegenüber dem Vorjahr um 362 Millionen erhöht. Dafür sind vor allem die folgenden Gründe verantwortlich:

- Der Personalaufwand stieg um rund 200 Millionen. Wichtiger Posten war dabei die neue Lösung zur Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung von Berufsmilitärs. Bisher fand die Abgeltung der besonderen Leistungen erst am Ende der jeweiligen Berufskarriere statt (Vorruhestandsurlaub). Neu wurde eine Versicherungslösung geschaffen, die zum einen eine Einmalzahlung zur Abgeltung bereits geleisteter Dienste (155 Mio.), zum anderen höhere Sparbeiträge (10 Mio.) erforderte. Ferner wurde der Anstellungsstopp, welcher das VBS im Jahr 2010 beschlossen hatte, in Anbetracht der Konkretisierung der Weiterentwicklung der Armee gelockert. Entsprechend verzeichnete der Verteidigungsbereich per Ende 2013 im Vergleich zum Vorjahr 220 zusätzliche Stellen. Die Zunahme hat fast vollumfänglich im zivilen Bereich stattgefunden und brachte zusätzliche Aufwendungen von rund 35 Millionen mit sich.
- Bei den Investitionen im Immobilienbereich wurde der bewilligte Kredit um rund 55 Millionen überschritten: Teils konnten Reserven aufgelöst werden (rund 30 Mio.); es kam aber auch zu einer Kreditüberschreitung.
- Bei der Verteidigung wurde rund 65 Millionen mehr investiert. Die zwei Hauptgründe sind die Beschaffung des Business Jets Falcon 900 für den Lufttransportdienst des Bundes (rund 30 Mio.) und die Erhöhung der Brenn- und Treibstoffvorräte.

- Die Ausgaben für die internationale militärische Kooperation und Friedenserhaltung nahmen verbuchungsbedingt um 40 Millionen zu: Die Beiträge der Schweiz an die UNO werden nicht periodengerecht abgerechnet, was zu hohen jährlichen Unterschieden führt.

Die Ausgaben für die Nationale Sicherheitskooperation wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen (+1,9%). Vornehmlich ist dies auf das Projekt POLYALERT zurückzuführen: Bis Ende 2015 ersetzt der Bund das System zur Alarmierung der Bevölkerung.

Im Vergleich zum Voranschlag fielen Minderausgaben von 19 Millionen an. Unter Ausklammerung der mittels eines Nachtragskredits eingeholten Mittel für die einmalige Einlage zugunsten des Militärpersonals und der Kreditüberschreitung im Immobilienbereich sind jedoch wie im Vorjahr Kreditreste von rund 230 Millionen angefallen. Bedeutsame Minderausgaben resultierten bei den Rüstungs- und bei den Betriebsausgaben: Die veranschlagten Mittel wurden um je rund 90 Millionen unterschritten. Hauptgründe dafür sind Verzögerungen von Rüstungsbeschaffungsprojekten sowie tiefere Preise bei den Lebensmitteln und den Unterkünften.

Ungünstige Entwicklung der Betriebsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung lag das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 69 zu 31 Prozent. Die Armee hat sich damit erneut weiter vom mittelfristigen Ziel entfernt, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung blieben mit gut 3,7 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Ein leichter Anstieg der Ausgaben im Bereich Produktion und Absatz wurde in den übrigen Bereichen kompensiert.

Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 711	3 718	3 706	-5	-0,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,0	5,7	5,8		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	192	194	189	-3	-1,4
Produktion und Absatz	440	458	450	10	2,3
Direktzahlungen	2 809	2 794	2 799	-10	-0,4
Übrige Ausgaben	270	272	268	-2	-0,7

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung werden nach Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes grösstenteils über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat die Zahlungsrahmen für die Jahre 2012 und 2013 wie folgt festgelegt: Direktzahlungen 5625 Millionen, Produktion und Absatz 909,5 Millionen sowie Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 388 Millionen.

Die als *allgemeine und ökologische Direktzahlungen* ausbezahlten Subventionen machen mit 2799 Millionen gut drei Viertel der Agrarausgaben aus. Bei rund 56 500 Landwirtschaftsbetrieben wurden im letzten Jahr durchschnittlich knapp 50 000 Franken an Direktzahlungen pro Betrieb ausgerichtet. Der Grossteil dieser Mittel (2150 Mio.) ist in Form von allgemeinen Direktzahlungen in die Landwirtschaftsbetriebe geflossen. Die verbleibenden Mittel (648 Mio.) wurden als ökologische Direktzahlungen entrichtet. Im Vergleich zum letzten Jahr sind die Ausgaben für die Direktzahlungen insgesamt weitgehend stabil geblieben. Es hat indessen eine leichte Verschiebung zugunsten der ökologischen Direktzahlungen stattgefunden (+13,5 Mio.), dies unter anderem aufgrund einer verstärkten Beteiligung der Landwirtschaftsbetriebe an den Tierwohlprogrammen (RAUS und BTS).

Der Bereich *Produktion und Absatz* setzt sich aus Ausgaben für Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus und der Absatzförderung zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen in diesem Bereich mit 450 Millionen leicht gestiegen (+2,3 %). Die Zunahme ist in erster Linie auf eine ausserordentliche Massnahme für die Deklassierung von Wein (AOC) zurückzuführen, welche das Parlament im Dezember 2012 beschlossen hat. Zudem hat das Parlament im Juni 2013 zusätzliche Mittel für die Überschussverwertung von Birnensaftkonzentrat gesprochen,

die bei den allgemeinen Direktzahlungen kompensiert wurden. Schliesslich sind auch die Ausgaben für die Zulagen an die Milchwirtschaft und für die Absatzförderung leicht gewachsen.

Die Aufwendungen für die *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen (-1,4 %). Mit dem Voranschlag 2013 wurden die Mittel für die landwirtschaftliche Strukturverbesserung zulasten der Investitionshilfen um 3 Millionen aufgestockt. Diese Mittel wurden um 2,2 Millionen nicht ausgeschöpft, da die schlechte Witterung im ersten Halbjahr 2013 teilweise zu starken Verzögerungen von baulichen Investitionen vor allem im Berg- und Sömmerungsgebiet führte. Durch den mangelnden Baufortschritt konnten in der Folge weniger ausgeführte Arbeiten in Rechnung gestellt werden. Minderausgaben von 0,3 Millionen gegenüber dem Vorjahr waren ebenfalls bei der Betriebshilfe zu verzeichnen, dies aufgrund der geringeren Anzahl Gesuche. Die Nachfrage nach Umschuldungen ist derzeit aufgrund des tiefen Zinsniveaus auf dem Fremdkapitalmarkt und einer grosszügigen Kreditpolitik der Banken gering.

Die ausserhalb der Zahlungsrahmen gesteuerten *Übrigen Ausgaben* setzen sich aus den Bereichen Verwaltung und Forschung zusammen. Hinzu kommen Ausgaben für den Vollzug, die Kontrolle und den Pflanzenschutz. Ebenfalls in diese Kategorie fallen die Familienzulagen für die Landwirtschaft (77,5 Mio.) und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte im Rahmen des «Schoggi-Gesetzes» (70 Mio.). Die *Übrigen Ausgaben* blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (-0,7 %). Im Gegensatz zum letzten Jahr wurden 2013 die Ausfuhrbeiträge wiederum für 12 Monate abgerechnet, was zu einem Mehraufwand von 6 Millionen führte. Dieser wurde insbesondere durch Minderaufwendungen bei den Familienzulagen für die Landwirtschaft (-7 Mio.) überkompensiert.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Der Aufgabenbereich Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen Ausgabenzuwachs von 10,5 Prozent (+312 Mio.). Er weist damit im bundesweiten Vergleich die zweithöchste Wachstumsrate auf (nach Kultur und Freizeit). Hauptursache für den Anstieg waren der Erweiterungsbeitrag an die EU, die Entwicklungszusammenarbeit und die Einmalzahlung an die PUBLICA für die Vorruhestandslösung für besondere Personalkategorien des EDA.

Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 979	3 294	3 292	312	10,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,8	5,1	5,2		
Politische Beziehungen	713	748	789	76	10,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 106	2 280	2 290	185	8,8
Wirtschaftliche Beziehungen	160	266	212	52	32,4

Starker Anstieg bei politischen Beziehungen wegen Vorruhestandslösung

Die Ausgaben im Bereich *Politische Beziehungen* verzeichneten gegenüber der Vorjahresrechnung einen Zuwachs von 10,6 Prozent (+76 Mio.). Knapp die Hälfte davon (33 Mio.) entstand durch eine Einmalzahlung an die Vorsorgeeinrichtung des Bundes (PUBLICA), die im Rahmen der Schaffung einer Versicherungslösung zur Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung besonderer Personalkategorien erfolgte. Weitere Faktoren für den Anstieg der Ausgaben waren die höheren Beiträge der Schweiz an die UNO im Zusammenhang mit den friedenserhaltenden Missionen (+17 Mio.), höhere Personalausgaben unter anderem aufgrund der Integration der Direktion für europäische Angelegenheiten (früher: Integrationsbüro) ins EDA (+15 Mio.), die Renovation des UNO-Sitzes in Genf (+13 Mio.) sowie der höhere Betriebsaufwand (+11 Mio.). Etwas gedämpft wurde das Wachstum durch den Umstand, dass im Rechnungsjahr keine Baudarlehen an internationale Organisationen über die Immobilienstiftung FIPOI gewährt wurden (-25 Mio.).

Ausbau der Entwicklungshilfe zur Erreichung der APD-Quote von 0,5 Prozent

Die Ausgaben für die *Entwicklungshilfe* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 8,8 Prozent (+185 Mio.) an. Damit befindet sich dieser Bereich weiterhin auf dem durch das Parlament vorgegebenen Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent bis 2015. Am stärksten wuchsen die Ausgaben für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (+85 Mio.), gefolgt von der Humanitären Hilfe (+51 Mio.), den Beiträgen an multilaterale Organisationen (+24 Mio.) und der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (+23 Mio.). Innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit fielen erstmals

die über die SIFEM AG gewährten Darlehen und Beteiligungen in Entwicklungsländern und osteuropäischen Staaten weg (-30 Mio.), da die SIFEM AG seit 2013 ihre Geschäftstätigkeit ohne zusätzliche Bundesdarlehen finanziert. Die dadurch freigewordenen Mittel wurden durch das SECO für einen verstärkten Ausbau der Aktivitäten in Süd- und Ostländern eingesetzt (+55 Mio.).

Wachstum beim EU-Erweiterungsbeitrag trotz Projektverzögerungen

Der Anstieg der Ausgaben für die *Wirtschaftlichen Beziehungen* um 32,4 Prozent (+52 Mio.) im Vergleich zum Vorjahr ist eine Folge des stark zunehmenden Beitrags an die Erweiterung der EU: Die Mehrausgaben von SECO und DEZA für entsprechende Projekte betragen gegenüber dem Vorjahr 58 Millionen. Wie in den Vorjahren unterschritten diese Ausgaben jedoch die budgetierten Werte (um 77 Mio.), was auf anhaltende Projektverzögerungen zurückzuführen ist. Nicht mehr Teil der Ausgaben für die *Wirtschaftlichen Beziehungen* ist der Beitrag an die Internationale Atomenergieagentur (-5 Mio.), welcher neu den *übrigen Aufgabengebieten (Wirtschaft)* zugeordnet ist.

APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche den Anteil der APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) bezeichnet und oft für internationale Vergleiche verwendet wird.

28 Übrige Aufgabengebiete

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt stabil geblieben (-1 Mio.). Diverse Aufgabengebiete sind von Sondereffekten geprägt, die sich aber in der Summe neutralisieren. Gegenüber den Gesamtausgaben des Bundes sinkt der Anteil der übrigen Aufgabengebiete von 9,4 Prozent im Jahr 2012 auf noch 9,1 Prozent 2013.

Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Übrige Aufgabengebiete	5 775	6 034	5 774	-1	0,0
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,3	9,1		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 501	2 640	2 489	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	961	1 087	1 053	92	9,6
Kultur und Freizeit	450	484	502	52	11,6
Gesundheit	212	229	219	7	3,2
Umwelt und Raumordnung	1 132	1 060	1 007	-125	-11,1
Wirtschaft	519	533	505	-14	-2,6

Im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* haben die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 13 Millionen abgenommen (-0,5 %). Für die Departementsführung (-17 Mio.; Sondereffekt im Zusammenhang mit einem Informatikvorhaben) und für den Bereich Informatik (-18 Mio.; u.a. wegen eines tieferen Budgets des BIT) wurden weniger Mittel eingesetzt als im Vorjahr. Demgegenüber nahmen die Ausgaben im Bereich Bauten und Logistik um 17 Millionen zu. Diese Mehrausgaben im Bereich der zivilen Bauten stehen im Zusammenhang mit dem Kauf einer Liegenschaft an der Monbijoustrasse 118-120/Morillonstrasse durch das BBL.

Die Ausgaben für *Ordnung und öffentliche Sicherheit* stiegen um 92 Millionen (+9,6 %). Die Zunahme erklärt sich insbesondere durch Mehrausgaben im Rahmen der Schaffung einer Versicherungslösung für die Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung von Angehörigen des Grenzwachtkorps (+52 Mio.) sowie durch Mehrausgaben in den Bereichen Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug (+37 Mio.; u.a. Gegenbuchung des oben genannten Sondereffekts bei der Departementsführung), Straf- und Massnahmenvollzug (+6 Mio.; höhere Baubeiträge) sowie für die Gerichte (+2 Mio.).

Für *Kultur und Freizeit* wurden gegenüber dem Vorjahr 52 Millionen zusätzlich ausgegeben (+11,6 %). Die Mehrausgaben sind hauptsächlich auf den Bereich Sport zurückzuführen (+47 Mio.), in welchem der Systemwechsel für die Entschädigungen für J+S-Aktivitäten (das neue Sportförderungsgesetz trat per 1.10.2012 in Kraft) im Jahr 2013 einmalig zu einem Mehraufwand geführt hat (+42 Mio.). Ferner wuchsen auch die Beiträge im Rahmen des nationalen Sportanlagenkonzepts (+6 Mio.). Die Ausgaben im Bereich der Kultur nahmen um insgesamt 5 Millionen zu (+1,6 %).

Die Ausgaben im Bereich *Gesundheit* stiegen um 7 Millionen, was einem Wachstum von 3,2 Prozent entspricht. Der Mehraufwand ist insbesondere auf zusätzliche Ausgaben für die Tiergesundheit (+5 Mio.; u.a. Intensivierung der Tierseuchenbekämpfung) zurückzuführen.

Im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* (-125 Mio. bzw. -11,1 %) ist der Rückgang hauptsächlich der tieferen Rückverteilung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen geschuldet (-129 Mio.). Im Jahr 2011 wurden der Bevölkerung und der Wirtschaft mehr Mittel zurückverteilt als die Abgabe einbrachte. Diese Mehrausgaben wurden im Voranschlag 2013 kompensiert. Zudem musste die Rückverteilung um die (ebenfalls aus der CO₂-Abgabe finanzierte) Einlage in den neuen Technologiefonds (25 Mio.) gekürzt werden. Rückläufig sind auch die Ausgaben für den Hochwasserschutz (-32 Mio.), weil es bei verschiedenen Projekten zu Verzögerungen gekommen ist. Demgegenüber wuchsen die Ausgaben für die Abfallbeseitigung und für die übrige Umwelt um 31 respektive 10 Millionen an.

Schliesslich lagen die Ausgaben für das Aufgabengebiet *Wirtschaft* um 14 Millionen unter dem Vorjahresniveau (-2,6 %). Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur: Minderausgaben für das Gebäudesanierungsprogramm (-60 Mio. aufgrund der tieferen Erträge aus der CO₂-Abgabe im Jahr 2011), für die Standortförderung wegen der auslaufenden Massnahmen zur Bekämpfung der Frankenstärke (-5 Mio.) sowie für die Wirtschaftsordnung (-11 Mio.) stehen Mehrausgaben für eine Einlage in den neuen Technologiefonds (+25 Mio.; diese wird ebenfalls aus der CO₂-Abgabe finanziert) und für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 gegenüber.

31 Personal

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Personalaufwand um insgesamt 416 Millionen an (+8,2 %). In diesem Zuwachs ist die Einmaleinlage in die Pensionskasse PUBLICA für die besonderen Personalkategorien im Umfang von 250 Millionen enthalten. Unter Ausklammerung dieser Einlage beträgt der Zuwachs in der Rechnung 2013 gegenüber der letztjährigen Rechnung 3,3 Prozent (166 Mio.).

Mio CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Personalaufwand	5 060	5 379	5 476	416	8,2
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 940	5 239	5 345	405	8,2
Legislative	72	76	74	2	2,6
Entschädigungen für Parlamentarier	36	39	37	1	2,8
Personalaufwand	35	36	36	1	2,8
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–
Judikative	138	149	140	2	1,3
Bezüge Bundesrichter	39	40	40	1	1,5
Personalaufwand	98	108	99	1	1,1
Übriger Personalaufwand	1	2	1	0	18,3
Exekutive	4 621	4 788	4 752	131	2,8
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 493	4 634	4 616	123	2,7
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	60	73	64	4	6,6
Übriger Personalaufwand	61	76	67	5	9,0
Global- und Spezialkredite	57	163	322	266	470,1
Globalkredite	–	43	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	49	250	250	–
Arbeitgeberleistungen	57	71	72	16	27,6
Umstrukturierungen	53	63	58	5	9,9
Sozialplan	4	7	3	-2	-35,7
Vorruhestandsurlaub	48	56	55	7	14,2
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	120	140	131	10	8,7
Aufwand für befristet angestelltes Personal	120	140	131	10	8,7
Personalausgaben	5 070	5 379	5 459	389	7,7

Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2013 enthält die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt gemäss VLVA (SR 510.24), Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach BPV Art. 88f, BPV Art. 116c sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene.

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche mehrheitlich zentral im Eidgenössischen Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

Legislative

Der Personalaufwand der Legislative nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent zu, was in der Summe den Lohnmassnahmen und einem stellenseitigen Wachstum sowie höheren Entschädigungen für Parlamentsmitglieder entspricht.

Judikative

Der Personalaufwand der Judikative nahm gegenüber der Rechnung 2012 um 2 Millionen (+1,3 %) zu, was hälftig auf Lohnmassnahmen und auf stellenseitige Aufstockungen zurückzuführen ist.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber der Rechnung 2012 um 131 Millionen (+2,8 %) zu. Die Zunahme erklärt sich mit den Lohnmassnahmen (23 Mio.) und den stellenseitigen Aufstockungen. Einen Anstieg in der Höhe von 5 Millionen hat auch der übrige Personalaufwand erfahren.

Stellenbestand

Die stellenseitigen Aufstockungen in allen drei Gewalten infolge von Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen führen gegenüber der Rechnung 2012 zu einer Zunahme der Personalbezüge in der Grössenordnung von knapp 73 Millionen (+583 Vollzeiteinheiten). Zwei Drittel (+380 FTE) der stellenseitigen Aufstockungen sind auf das EDA und das VBS zurückzuführen. Beim EDA sind die Aufstockungen hauptsächlich beim Lokalpersonal des EDA angefallen, beim VBS grösstenteils in der Logistikkbasis der Armee (LBA). Die Aufstockungen im VBS gehen auf die Wiederbesetzung von Vakanzen zurück. Das VBS lockerte 2013 den selbst verordneten Stellenstopp.

Die weiteren Stellenaufstockungen fallen in den folgenden Aufgabengebieten an: Bei der Bundesanwaltschaft, beim EDI in den Bereichen Statistik, Gesundheit und MeteoSchweiz und beim EJPD vorwiegend im Migrationsbereich (BFM). Beim EFD erfolgten die stellenseitigen Aufstockungen vornehmlich bei der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS), beim WBF aufgrund der Aufhebung des Zulassungsverfahrens beim Zivildienst (ZIVI) und beim UVEK in den Bereichen Strasse, Energie und Umwelt. Annähernd die Hälfte der neuen Stellen ist nicht im Voranschlag 2013, sondern bereits in den Vorjahren beschlossen worden. Diese Stellen hatten entweder nicht besetzt werden können oder waren in den Vorjahren bewusst vakant geblieben (VBS).

Global- und Spezialkredite

Globalkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

Arbeitgeberbeiträge global

Die Arbeitgeberbeiträge wurden an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. In den Arbeitgeberbeiträgen global ist der Aufwand für die neue Versicherungslösung (Einmaleinlage in die Pensionskasse PUBLICA für die besonderen Personalkategorien) in der Höhe von 250 Millionen enthalten.

Arbeitgeberleistungen

Die Zunahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 16 Millionen ist auf die Erhöhung der Rückstellungen für die Ruhegehälter von Richterinnen und Richtern (13,6 Mio.) und Behörden (11,4 Mio.) zurückzuführen. Dagegen ist im Bereich der zentral eingestellten Überbrückungsrenten (Anteil des Arbeitgebers an der Finanzierung der Überbrückungsrenten nach Artikel 88f Bundespersonalverordnung) ein Rückgang von 7 Millionen zu verzeichnen. Dies begründet sich mit einer geringeren Anzahl vorzeitiger Pensionierungen. Auch der Aufwand für Arbeitgeberzusatzleistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen ging zurück (-1,6 Mio.), ebenso wie jener für die Berufsinvalidität (-0,3 Mio.).

Umstrukturierungen

Die Nettoszunahme im Umfang von knapp 5 Millionen ist dem Vorruhestandsurlaub nach Artikel 34 BPV zuzuschreiben. Diese Kosten haben gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen zugenommen und sind mit der Zunahme der Anzahl Personen, welche in den Vorruhestand übergetreten sind, zu erklären. Demgegenüber steht ein Aufwandrückgang von 2 Millionen bei den Sozialplankosten, da weniger Personen nach Sozialplan pensioniert wurden.

Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nimmt um rund 10 Millionen (+8,7 %) zu. Diese Zunahme ist auf Aufstockungen beim EDA, EFD, WBF und UVEK zurückzuführen.

Personalausgaben versus Personalaufwand

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit Veränderungen von Rückstellungen für Ruhegehälter für Magistratspersonen und für Ferien- und Überzeitguthaben.

32 Investitionen

Eine stabile Investitionstätigkeit des Bundes ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Zukunft. 2013 lag der Anteil der Investitionen an den gesamten ordentlichen Ausgaben des Bundes bei 11,6 %. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Investitionsausgaben in der Bundesrechnung (+5,7%) sowie in der – auch die Ausgabenentwicklung der Fonds berücksichtigenden – Staatsrechnung (+2,4%) an.

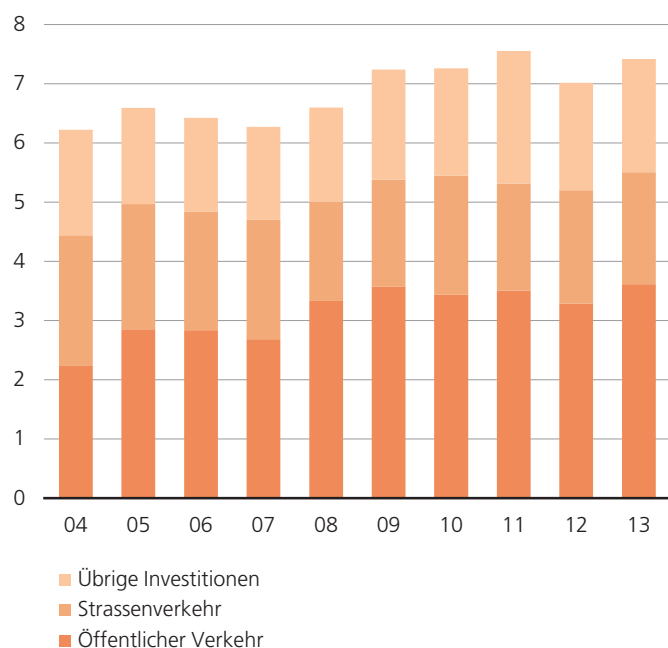
Investitionen in der Bundesrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Investitionsausgaben	7 014	7 810	7 415	401	5,7
Öffentlicher Verkehr	3 289	3 762	3 611	322	9,8
Strassenverkehr	1 912	2 032	1 895	-18	-0,9
Landesverteidigung	371	442	490	119	32,0
Umwelt und Raumordnung	337	371	299	-39	-11,5
Bildung und Forschung	245	353	310	65	26,5
Übrige Investitionen	859	849	811	-48	-5,6

Der Bund tätigte 2013 gemäss *Bundesrechnung* Investitionen von rund 7,4 Milliarden, rund 400 Millionen mehr als im Vorjahr. Das Wachstum lag mit 5,7 Prozent über jenem der Gesamtausgaben des Bundes (+3,2 %). Rund drei Viertel der Zunahme entfiel auf den Verkehrsbereich, was auch dessen Anteil an den Gesamtinvestitionen widerspiegelt. Die Zunahme der Investitionsausgaben ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Steigende Ausgaben für den Erhalt und den Ausbau der Bahninfrastruktur (+118 Mio.) sowie ein deutlicher Anstieg der Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (+205 Mio.) führen im Bereich des *öffentlichen Verkehrs* zu einem Wachstum von 9,8 Prozent (+322 Mio.) gegenüber dem Vorjahr.

Investitionen nach Aufgabengebieten in Mrd.



In den letzten zehn Jahren haben die Investitionen in den öffentlichen Verkehr deutlich zugenommen. Die Investitionen in den übrigen Aufgabengebieten blieben demgegenüber nominal in etwa auf demselben Niveau.

- Im Bereich *Landesverteidigung* führten zusätzliche Investitionen im Immobilienbereich (+56 Mio.), die Beschaffung eines neuen Bundesratsflugzeugs (+30 Mio.) sowie Treibstoffkäufe (+35 Mio.) zu einem Anstieg um knapp 120 Millionen.
- Die Zunahme der Investitionen im Aufgabengebiet *Bildung und Forschung* (+65 Mio.) ist primär auf Schwankungen in der Investitionsplanung des ETH-Bereichs zurückzuführen.

Abgeschwächt wurde das Wachstum durch einen Rückgang der Investitionstätigkeit in folgenden Aufgabengebieten:

- Im Bereich *Umweltschutz und Raumordnung* führten Projektverzögerungen zu rückläufigen Ausgaben für den Hochwasserschutz (-32 Mio.). Diese Verzögerungen sind auf Sparmassnahmen der Kantone und Gemeinden sowie auf hängige Bewilligungsverfahren zurückzuführen.
- Im *Strassenverkehr* führten Projektverzögerungen und Vergabeerfolge einerseits sowie eine höhere Einlage in den Infrastrukturfonds andererseits zu einem leichten Rückgang der Investitionstätigkeit (-18 Mio.).

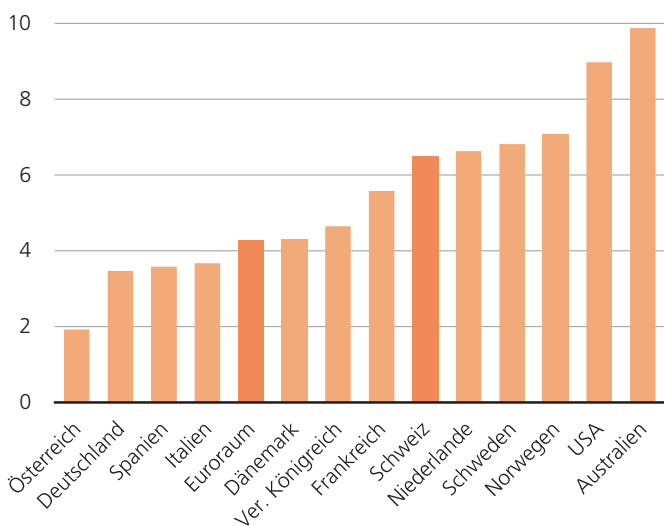
Investitionen – Begriff und Abgrenzung

Der Investitionsbegriff kann je nach Fragestellung unterschiedlich definiert werden. Während eine am Finanzhaushaltsrecht ausgerichtete Definition die Schaffung von Vermögenswerten zur Erfüllung von Verwaltungszwecken ins Zentrum rückt, umfasst eine volkswirtschaftliche Sichtweise auch Investitionen, die sich nicht ausschliesslich an der Beschaffung von Sachwerten orientiert (bspw. Investitionen in Humankapital). Während eine solche Definition in Bezug auf die wachstumsfördernden Effekte von Investitionen wichtige Erkenntnisse liefert, ergeben sich damit zahlreiche Abgrenzungsprobleme, die im Rahmen der Finanzberichterstattung nicht gelöst werden können. Daher beschränkt sich der hier angewandte Begriff auf das Finanzhaushaltsrecht und somit auf Investitionen gemäss Investitionsrechnung.

- Der Rückgang bei den *übrigen Aufgabengebieten* (-48 Mio.) ist das Ergebnis teils gegenläufiger Entwicklungen in verschiedenen Aufgabengebieten: Abnahmen zu verzeichnen sind namentlich bei den Internationalen Beziehungen (-52 Mio.; keine neue Darlehen für Gebäudeinvestitionen der internationalen Organisationen in Genf, Auslagerung SIFEM) sowie im Aufgabengebiet Energie (-32 Mio.; insb. Minderausgaben Gebäudesanierungsprogramm). Demgegenüber ist bei den Ausgaben für zivile Bauten des Bundes (Aufgabengebiet institutionelle und finanzielle Voraussetzungen) sowie bei der Förderung von gemeinnützigen Bauträgern (Soziale Wohlfahrt) ein Wachstum festzustellen (+15,6 resp. +22,5 Mio.).

Investitionsanteile ausgewählter Staaten 2012

in % der Ausgaben



In der Schweiz werden 6,5 Prozent der Ausgaben aller drei Staatsebenen für Investitionen aufgewendet. Im internationalen Vergleich (gemäss den letzten verfügbaren Zahlen zum Jahr 2012) belegt die Schweiz damit einen Platz im oberen Mittelfeld.

Investitionen in der Staatsrechnung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2012	
	2012	2013	2013	absolut	%
Investitionsausgaben Staatsrechnung	7 608	8 519	7 786	178	2,3
Investitionsausgaben Bundesrechnung netto	4 836	5 223	4 927	91	1,9
Investitionsausgaben Bundesrechnung	7 014	7 810	7 415	401	5,7
Einlage FinöV-Fonds	-1 282	-1 561	-1 487	-205	16,0
Einlage Infrastrukturfonds	-896	-1 026	-1 002	-106	11,8
Investitionsausgaben Sonderrechnungen	2 771	3 296	2 859	88	3,2
FinöV-Fonds	1 369	1 600	1 480	111	8,1
Infrastrukturfonds	1 184	1 428	1 142	-41	-3,5
ETH-Bereich	219	268	237	18	8,1

Mit knapp 7,8 Milliarden lagen die Investitionsausgaben gemäss *Staatsrechnung* im Jahr 2013 fast 400 Millionen über jenen der Bundesrechnung (7,4 Mrd.). Rund 37 Prozent der Investitionen tätigt der Bund über Sonderrechnungen.

Der Anstieg der Investitionsausgaben gegenüber 2012 (+178 Mio. resp. +2,3 %) ist zu etwa gleichen Teilen auf eine Zunahme der (bereinigten) Investitionen aus der Bundesrechnung und der Investitionen aus Sonderrechnungen zurückzuführen:

- Die Ausklammerung der Einlagen in den FinöV-Fonds und den IF, welche zusammen um rund 310 Millionen anstiegen im Vergleich zum Vorjahr, relativieren das zu Beginn dieser Ziffer ausgewiesene Investitionswachstum gemäss Bundesrechnung. Ohne Fondseinlagen gerechnet, stiegen die Investitionen gemäss Bundesrechnung noch um 1,9 Prozent oder 91 Millionen an. Der Zuwachs ist hauptsächlich auf die Landesverteidigung zurückzuführen.
- Die andere Hälfte der Zunahme geht auf die Sonderrechnungen zurück, mit einem Anstieg um 3,2 Prozent oder 88 Millionen. Am deutlichsten steigen die Entnahmen für Projekte aus dem FinöV-Fonds; diese lagen um 111 Millionen höher als im Vorjahr (+8,1 %). Ebenfalls eine Zunahme der Investitionen verzeichnet der ETH-Bereich mit einem Plus von 18 Millionen (+8,1 %). Die Investitionsausgaben aus dem IF reduzieren sich dagegen um rund 41 Millionen (-3,5 %).

Unterschiede zwischen Bundesrechnung und Staatsrechnung

Die Bundesrechnung vermittelt kein vollständiges Bild über die Investitionen des Bundes. Neben den direkten Ausgaben aus der Bundesrechnung tätigt der Bund auch Investitionen über die Sonderrechnungen (vgl. Band 4). Dabei handelt es sich um vom Parlament zu genehmigende Rechnungen, welche ausserhalb des Geltungsbereichs der Schuldenbremse geführt werden.

Über zwei dieser Sonderrechnungen, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) und den Infrastrukturfonds (IF), tätigt der Bund einen massgeblichen Teil seiner Investitionen. In der Bundesrechnung werden

Öffentlicher Verkehr

Im Teilaufgabengebiet öffentlicher Verkehr tätigt der Bund Investitionen über die Bundesrechnung sowie über den FinöV-Fonds und (in geringerem Ausmass) über den Infrastrukturfonds. Die Entnahmen aus dem FinöV-Fonds für Projekte können dabei die Fondseinlagen übersteigen, da sich der Fonds verschulden darf (Tresoreriedarlehen). Beim Infrastrukturfonds entspricht die dem öffentlichen Verkehr zugerechnete Fondseinlage den entsprechenden Fondsentnahmen.

Die so ergänzten Investitionsausgaben für den öffentlichen Verkehr (3605 Mio.) unterscheiden sich nur geringfügig von den in der Bundesrechnung ausgewiesenen (-6 Mio.). Dies liegt daran, dass sich im Rechnungsjahr die Projektentnahmen aus dem FinöV-Fonds zufälligerweise auf dem fast gleichen Niveau wie die Einlage bewegten.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Investitionen für den öffentlichen Verkehr auf der Ebene der Staatsrechnung um 229 Millionen (+6,8 %).

Strassenverkehr

Die Investitionen des Bundes zugunsten der Strasse stammen einerseits aus der Bundesrechnung, andererseits aus dem Infrastrukturfonds. Über die jährlichen Einlagen hinausgehende Fondsentnahmen können aus der Fondsreserve finanziert

diese Ausgaben nur im Umfang der Einlagen in diese Fonds erfasst. Ausschliesslich in der Sonderrechnung ausgewiesen werden die Investitionen des ETH-Bereichs, da der Finanzierungsbeitrag des Bundes vollständig in der Erfolgsrechnung figuriert (keine Aufteilung in laufende und investive Ausgaben).

In der Sicht der Staatsrechnung werden die Investitionsausgaben der Bundesrechnung um jene der Sonderrechnungen ergänzt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird die Bundesrechnung dabei um die Einlagen in die Fonds bereinigt.

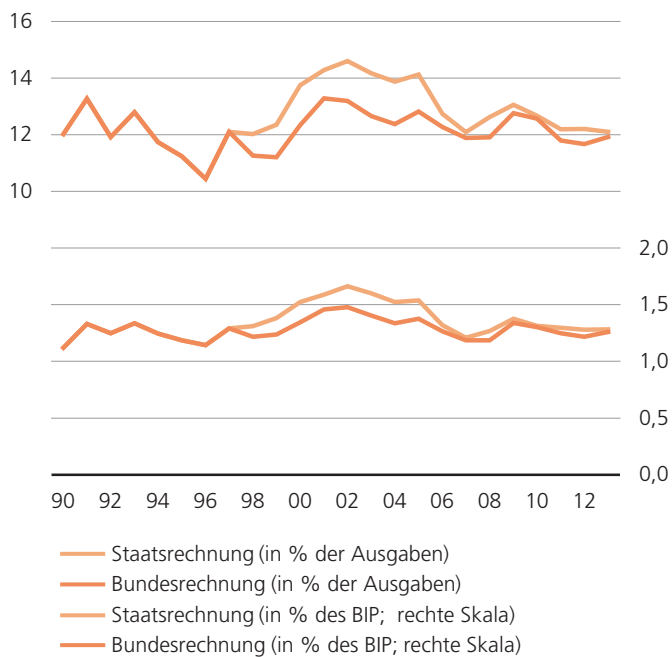
werden. Diese wurde in den Jahren 2008 (2600 Mio.) und 2011 (850 Mio.) mittels ausserordentlicher Einmaleinlagen geöfnet und kann für Investitionen in die Nationalstrassen und für Investitionsbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen eingesetzt werden.

2013 lag das Total der Investitionen aus Bundesrechnung und Infrastrukturfonds um 141 Millionen über demjenigen der Bundesrechnung. Diese Mehrinvestitionen des Infrastrukturfonds teilten sich auf die Nationalstrassen (+121 Mio.) und die Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (+20 Mio.) auf. Entsprechend wurde die Fondsreserve abgebaut.

Gegenüber dem Vorjahr liegen die Investitionen im Strassenbereich gesamthaft um 165 Millionen tiefer. Hauptgrund sind die Projektverzögerungen und Vergabeerfolge beim über die Bundesrechnung finanzierten Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen; sie führten zu einem Minderbedarf von 98 Millionen. Ein Rückgang von 59 Millionen war bei den aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Strassenprojekten im Agglomerationsbereich zu verzeichnen. Projektverzögerungen und Vergabeerfolge führten auch bei den aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Nationalstrassen zu einem Minderbedarf von 24 Millionen.

Entwicklung der Investitionsausgaben

(bereinigt, in % der ordentlichen Ausgaben resp. des BIP)



Unter Einschluss der Sonderrechnungen (jeweils obere Linie) ergaben sich vorübergehend deutlich höhere Investitionen, mit einer Spitze um das Jahr 2001 für die grossen Eisenbahn-Alpentransversalen (FinöV-Fonds). Abgesehen davon entwickeln sich die Investitionsausgaben relativ stabil. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 führte somit zu keiner Verdrängung der Investitionen.

33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Im Vergleich zur Rechnung 2012 stiegen die Ausgaben um 1 Million oder 0,1 Prozent.
Ein Grund für die beinahe konstanten IKT-Ausgaben sind die vom Bundesrat im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2012/2013 ergriffenen Sparmassnahmen.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	42	34	36	-6	-14,3
Ertrag aus Informatikleistungen	28	19	21	-7	-25,0
Übriger Ertrag	14	15	15	1	7,1
Aufwand	1 080	1 188	1 105	25	2,3
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	344	350	354	10	2,9
Sach- und Betriebsaufwand	625	726	640	15	2,4
Hardware Informatik	30	44	24	-6	-20,0
Software	44	35	54	10	22,7
Informatik Betrieb/Wartung	123	161	128	5	4,1
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	225	278	225	0	0,0
Telekommunikation	50	49	48	-2	-4,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	153	159	161	8	5,2
Abschreibungen	111	112	111	0	0,0
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	82	99	64	-18	-21,5
Investitionen Informatiksysteme	35	54	25	-10	-28,6
Investitionen Software	46	45	39	-7	-15,2
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	1	0	0	-1	-59,0
Ausgaben	916	1 039	917	1	0,1
Finanzierungswirksamer Aufwand	834	940	853	19	2,3
Investitionsausgaben	82	99	64	-18	-22,0

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2012 um 25 Millionen oder 2,3 Prozent zu. Der Anstieg lässt sich hauptsächlich mit folgenden Faktoren erklären:

- Mehraufwand von 10 Millionen für Software primär wegen Nachbeschaffungen von Software-Lizenzen bei der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB).
- Zunahme beim Personalaufwand der Leistungserbringer um 10 Millionen. Dieser Mehraufwand ist vor allem auf die Internalisierung von externen Mitarbeitern sowie die Übernahme von neuen Aufgaben bei der FUB zurückzuführen.
- Der übrige Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer steigt um 8 Millionen wegen Mehraufwendungen für die Unterbringung bei der FUB.

Dem steht ein Minderaufwand für Beschaffungen von Hardware von 6 Millionen gegenüber.

Betrachtet man die Entwicklung des Aufwands gegliedert nach *Aufwandarten*, so war das Wachstum auf folgende Faktoren zurückzuführen: Der Sach- und Betriebsaufwand stieg um 15 Millionen und der Personalaufwand um 10 Millionen. Die Abschreibungen verzeichneten keine Veränderungen.

Die Steigerung von 15 Millionen beim Sach- und Betriebsaufwand hat verschiedene Ursachen: Einerseits stiegen die Aufwendungen für die Beschaffung von Software und für den übrigen Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer um 18 Millionen und der Aufwand für Betrieb/Wartung um 5 Millionen. Andererseits wurde in den Bereichen Beschaffung von Hardware (-6 Mio.) und Telekommunikation (-2 Mio.) weniger ausgegeben.

Der *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer sank gegenüber der Rechnung 2012 um 6 Millionen, insbesondere weil das BIT weniger Leistungen für Externe erbrachte.

Die *Investitionsausgaben* nahmen um 18 Millionen (21,5 %) ab. Die Abnahme gegenüber der Vorperiode ist hauptsächlich auf Minderausgaben für Investitionen in Informatiksysteme (10 Mio.) und eine Reduktion bei den Investitionen in aktivierbare Software (7 Mio.) in folgenden Bereichen zurückzuführen:

- Beim BIT wurden 5 Millionen weniger für Server und Storage-Systeme ausgegeben.
- Die Eidg. Steuerverwaltung verzeichnete 4 Millionen Minderbedarf für aktivierbare Software (Abbruch Projekt INSIEME/Start Projekt FISCAL-IT).
- Beim ISC-EJPD führten Verzögerungen bei den Projekten Interception System Schweiz (ISS), Ablösung HP Nonstop-Plattform und Ablösung des Geschäftsverwaltungssystems zu einem Minderbedarf von 4 Millionen.

- Die FUB konnte ihre Investitionsausgaben um 2 Millionen senken, unter anderem weil die Investitionen in Server bei der Migration der Microsoft-Exchange-Umgebung durch den Einsatz neuer Technologien reduziert werden konnten.

- Beim EDA musste das Projekt Optimierung des Aussennetzes wegen der Reorganisation verschoben werden, was zu Minderausgaben von 2 Millionen führte.

Stabile IKT-Ausgaben

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die Ausgaben um 1 Million oder 0,1 Prozent zu. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (853 Mio.) und den Investitionsausgaben (64 Mio.). Diese Entwicklung ist zum grössten Teil auf die Umsetzung der Sparmassnahmen aus dem Konsolidierungsprogramm 2012/2013 zurückzuführen. Diese Sparmassnahmen erfordern eine konsequente Verbesserung der IKT-Effizienz. Mit der IKT-Strategie des Bundes 2012–2015 werden weitere Verbesserungen in diese Richtung umgesetzt.

Leistungsverrechnung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2013 auf 563 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für Swissmedic, den AHV-Fonds, Publica, das Paul Scherrer Institut, die FINMA, Kantone und Gemeinden). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 392 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (352 Mio.), ISC-EJPD (104 Mio.) und Informatik EDA (54 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCeco des WBF (25 Mio.).

Die *Leistungsbezügler* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezügler handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Zentrale Steuerung

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, zentrale IKT-Mittel und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

34 Beratungsaufwand

Der Bund wendete im vergangenen Jahr 235 Millionen für Beratungsdienstleistungen und Auftragsforschung auf, 5 Millionen mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte davon entfällt auf die Aufgabengebiete Energie, Umwelt, Verkehr und Gesundheit. Der Voranschlag wurde um knapp 58 Millionen (20 %) unterschritten.

Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Aufwand für Beratung und Auftragsforschung	230	294	235	5	2,4
Allgemeiner Beratungsaufwand	206	208	148	-57	-27,9
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	15	6	17	2	11,2
Kommissionen	9	8	9	0	3,4
Auftragsforschung	–	72	61	61	–
Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung	232	294	234	2	1,1

Die Einheiten mit den grössten Aufwänden im Bereich Beratung und Auftragsforschung waren das Bundesamt für Energie (47 Mio., v.a. EnergieSchweiz), das Bundesamt für Umwelt (29 Mio., Vollzug und Forschung), das Bundesamt für Strassen (22 Mio., v.a. Strassen- und Brückenforschung) und das Bundesamt für Gesundheit (21 Mio., Politikvorbereitung, Prävention, Forschung). Diese vier Verwaltungseinheiten zeichnen für gut die Hälfte des Aufwands des Bundes für Beratung und Auftragsforschung verantwortlich.

Höher als in der *Rechnung 2012* waren die Aufwände insbesondere beim Bundesamt für Veterinärwesen (+3 Mio.), beim Bundesamt für Migration (+3 Mio.), beim Bundesamt für Gesundheit (+2 Mio.), beim Bundesamt für Strassen (+2 Mio.) und beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (+2 Mio.). Rückläufig war der Beratungsaufwand demgegenüber bei der Schweizerischen Akkreditierungsstelle, beim Bundesamt für Informatik und beim Generalsekretariat des EFD (je -1 Mio.).

Der *Voranschlag 2013* wurde um 59 Millionen (20 %) unterschritten. Die grössten Abweichungen zum Voranschlag entstanden bei der Verteidigung (16 Mio.), beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation sowie beim Bundesamt für Strassen (je 7 Mio.), beim Bundesamt für Energie (5 Mio.) sowie beim GS VBS und beim Bundesamt für Sozialversicherungen (je 4 Mio.). Diese Budgetunterschreitungen sind indes mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Sie entstanden

teilweise durch Verzichts- und Priorisierungsmassnahmen (mit entsprechenden Kreditresten auf der Ebene der jeweiligen Voranschlagskredite), teilweise aber auch, weil die Mittel innerhalb des jeweiligen Voranschlagskredits (z.B. Globalbudgets) für andere Zwecke eingesetzt wurden (keine Kreditreste auf der Ebene der Voranschlagskredite).

Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung fallen Dienstleistungen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit);
- *die einen Beitrag an die Optimierung der Aufgabenerfüllung des Bundes leisten* (Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, Unterstützung bei der Durchführung von Programmen, etc.). Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

Seit 2013 wird innerhalb des Beratungsaufwands zwischen allgemeiner Beratungstätigkeit (Gutachten, Expertisen) und Auftragsforschung (u.a. Ressort-, Markt- oder Meinungsforschung) unterschieden.

35 Öffentlichkeitsarbeit

Der Gesamtaufwand der Departemente und der Bundeskanzlei für die Belange der Öffentlichkeitsarbeit ist 2013 leicht zurückgegangen, was primär auf gesunkene Sachkosten zurückzuführen ist. Der Aufwand für das Personal blieb unverändert. Der Anteil der Kosten für Kampagnen und Abstimmungsinformationen nahm zu.

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Total Kosten	80,6	80,0	-0,7	-0,8
Presse- und Informationsarbeit	29,9	28,7	-1,2	-3,9
Direktinformation	41,7	39,7	-2,0	-4,8
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	9,1	11,6	2,5	27,8

Die Departemente und die Bundeskanzlei verzeichneten im Jahr 2013 Aufwände in der Höhe von insgesamt 80 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit. Dies entspricht einem Rückgang von 0,7 Millionen bzw. 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit am gesamten Aufwand des Bundes beträgt 0,1 Prozent. Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 28,7 Millionen (35,9%) auf den Bereich *Presse- und Informationsarbeit*, 39,7 Millionen (49,6%) auf Kosten für *Direktinformation* und 11,6 Millionen (14,5%) auf *Präventionskampagnen* und *Abstimmungsinformationen*. Während die Aufwände für Presse- und Informationsarbeit und für Direktinformation rückläufig sind, stiegen die Kosten für Kampagnen und Abstimmungsinformationen deutlich an.

Kostenarten

Der Gesamtaufwand für *Personalkosten* der insgesamt 295 Vollzeitstellen (Vorjahr: 296) betrug im Berichtsjahr 51,0 Millionen (63,8% der Gesamtkosten), 0,2 Millionen weniger als im Vorjahr. Die *Sachkosten* beliefen sich auf 29,0 Millionen (36,2% der Gesamtkosten). Dies sind 0,4 Millionen weniger als im Vorjahr. Damit setzt sich die Entwicklung der letzten Jahre fort: Der Anteil an Eigenleistungen steigt, die Sachkosten gehen zurück.

Aktivitäten der Departemente

Die BK verzeichnete 2013 Aufwände von 8,5 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit, 0,5 Millionen bzw. 5,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang ist in erster Linie auf verminderte Kosten bei der Direktinformation zurückzuführen. Bedeutendster Aufwandsposten im Kommunikationsbudget der BK ist die Entschädigung für die Leistungen der Schweizerischen Depeschagentur (3,1 Mio.).

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2013	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
Total	80,0	8,5	6,9	14,3	4,4	13,8
Presse- und Informationsarbeit	28,7	4,4	1,6	3,5	2,5	4,9
Direktinformation	39,7	3,8	5,1	3,5	1,6	8,9
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,6	0,3	0,2	7,4	0,2	0,0
Fortsetzung Mio. CHF	EFD	WBF	UVEK	EAV	IF	
Total	10,7	10,6	9,7	0,6	0,4	
Presse- und Informationsarbeit	2,9	4,2	4,6	0,2	–	
Direktinformation	6,0	5,1	4,8	0,4	0,4	
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,8	1,3	0,4	–	–	

IF = Infrastrukturfonds

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2012		Total Rechnung 2013		Differenz zu 2012	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Total	80,6	100,0	80,0	100,0	-0,7	-0,8
BK	8,9	11,1	8,5	10,6	-0,5	-5,2
EDA	7,2	8,9	6,9	8,6	-0,3	-3,9
EDI	12,9	16,0	14,3	17,9	1,4	10,7
EJPD	4,2	5,3	4,4	5,5	0,1	2,8
VBS	13,5	16,7	13,8	17,3	0,4	2,8
EFD	10,7	13,3	10,7	13,4	-0,1	-0,5
WBF	10,3	12,8	10,6	13,3	0,3	2,7
UVEK	10,6	13,1	9,7	12,2	-0,9	-8,1
IB	0,8	1,0	–	–	–	–
EAV	0,8	0,9	0,6	0,7	-0,2	-23,2
IF	0,6	0,8	0,4	0,5	-0,2	-30,1

IB = Integrationsbüro EDAAWBF (wird ab 2013 vollständig unter EDA ausgewiesen)

IF = Infrastrukturfonds

Das EDA gab 2013 insgesamt 6,9 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit aus, 0,3 Millionen bzw. 3,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Infolge der vollständigen Eingliederung des ehemaligen Integrationsbüros (IB) als Direktion für europäische Angelegenheiten ins EDA stieg der Personalbestand um rund 4 auf 24,5 Stellen an, die Personalkosten stiegen entsprechend um rund 20 Prozent. Bei der DEZA gingen die Kosten auch 2013 um rund 1,0 Millionen zurück, weil weniger externe Grossanlässe durchgeführt wurden. Bei der DEZA entfällt der überwiegende Anteil des Aufwands auf Sachkosten, im übrigen EDA auf Personalkosten.

Das EDI verzeichnete 2013 gestiegene Kosten für die Kommunikation. Der Aufwand nahm um 1,4 Millionen bzw. 10,7 Prozent auf 14,3 Millionen zu. Die bedeutendsten Kostenfaktoren waren höhere Ausgaben bei den Sachkosten, insbesondere für Präventionskampagnen des BAG. Erstmals nach dem Departementswechsel wurden die Kosten des BVET beim EDI erfasst.

Das EJPD hat im vergangenen Jahr 4,4 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Davon entfielen 3,8 Millionen auf Personalkosten und 0,6 Millionen auf Sachkosten. Die Mehraufwendungen gegenüber dem Vorjahr betragen rund 0,1 Millionen bzw. 2,8 Prozent. Verursacht wurden diese namentlich durch die deutlich gestiegenen Sach- und Personalkosten (+34 %) im Zusammenhang mit zahlreichen Geschäften des BFM. Nicht mehr erfasst werden die Kosten des METAS, nachdem das Amt als neues Institut aus der zentralen Bundesverwaltung ausgegliedert worden ist.

Im VBS stiegen im Präsidentschaftsjahr die Gesamtkosten für die Kommunikation um 0,4 Millionen auf 13,8 Millionen. Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Millionen, insbesondere wegen Stellenreduktionen im Bereich Verteidigung und beim BABS. Demgegenüber nahmen die Sachkosten um 1,1 Millionen zu, vorwiegend im Bereich Verteidigung, beim BABS und bei swisstopo, welches im Berichtsjahr die Aktivitäten zum Jubiläum «175 Jahre swisstopo» betreute.

Die im EFD ermittelten Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit beliefen sich im Jahr 2013 auf 10,7 Millionen Franken (-0,5 %). Die Personalkosten weisen ein Total von 7,9 Millionen auf (-2,3 %). Die Sachkosten sind um 5,2 Prozent auf 2,7 Millionen gestiegen: einem Rückgang bei Swissmint stehen höhere Aufwendungen bei der Zollverwaltung und beim Informatiksteuerungsorgan des Bundes gegenüber. Weiterhin intensiv war im Berichtsjahr die Medienarbeit im Bereich internationaler Steuer- und Finanzfragen.

Im WBF beliefen sich die Gesamtkosten für die Öffentlichkeitsarbeit auf 10,6 Millionen, 0,3 Millionen beziehungsweise 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Mehrkosten entsprechen (auf Basis der Zahlen des Jahres 2012) per Saldo der Verschiebung des BVET ins EDI bzw. der Übernahme des BBT aus dem EDI ins neue Staatssekretariat für Bildung und Wissenschaft. Die Personalkosten betragen unverändert 7,4 Millionen. Der leichte Anstieg der Sachkosten um 0,25 Millionen hängt in erster Linie mit einem Filmprojekt der ZIVI zusammen.

Das UVEK verzeichnete erneut einen deutlichen Rückgang der Kommunikationskosten; diese betragen 9,7 Millionen, 0,9 Millionen respektive 8,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei unveränderten Personalkosten gingen die Sachkosten um rund 0,9 Millionen respektive um 23,5 Prozent zurück. Dies ist hauptsächlich auf Minderausgaben des ASTRA im Bereich Baustellen- und Projektinformationen zurückzuführen (-1 Mio. bzw. -25,5 %). Geringfügige Mehrkosten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verzeichnen das BAV und das BAKOM.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Infrastrukturfonds und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) gingen 2013 deutlich zurück. Bei der EAV entfielen insbesondere Mehraufwände, welche im Vorjahr im Zusammenhang mit dem 125-Jahr-Jubiläum angefallen sind.

36 Bundestresorerie

2012 lösten sich die Renditen von ihren historischen Tiefstständen, und eine gewisse Normalisierung der Zinssätze setzte ein. Die Rendite der 10-jährigen Anleihen stieg von 0,5 auf 1,1 Prozent. Die Geldmarkt-Buchforderungen rentierten nach wie vor negativ. Die Bundestresorerie nutzte das tiefe Zinsniveau und emittierte Anleihen mit langen Laufzeiten. Insgesamt wurden Anleihen im Umfang von 6,7 Milliarden mit einer mittleren Laufzeit von 17,6 Jahren zu durchschnittlich 1,02 Prozent platziert. Infolge tiefer Zinsen resultierten Agios im Betrag von 0,5 Milliarden.

Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Total	92 539	93 666	92 252	-1 414	-1,5
Geldmarkt	10 610	13 006	12 377	-629	-4,8
Geldmarktbuchforderungen	10 610	13 006	12 377	-629	-4,8
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
Kapitalmarkt	81 929	80 660	79 875	-784	-1,0
Öffentliche Anleihen	80 049	79 290	79 105	-184	-0,2
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 830	1 320	720	-600	-45,5
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Geld- und Kapitalmarkt

Die Verschuldung des Bundes am *Geld- und Kapitalmarkt* sank aufgrund des geringeren Mittelbedarfs um 1,4 Milliarden. Im Vorjahr war die Marktverschuldung wegen dem vorübergehenden Aufbau der Tresorieremittel um 1,1 Milliarden angestiegen. Diese Mittel dienten zur Rückzahlung einer fälligen Anleihe im Februar 2013.

Im Berichtsjahr hat die Bundestresorerie an insgesamt elf Auktionen 17 Anleihen platziert. Wie gewohnt wurden die Anleihen jeweils am zweiten Mittwoch jeden Monats emittiert, wobei im August keine Auktion stattfand. Die im November und Dezember 2012 emittierten Bundesanleihen wurden im Januar 2013 liberiert und zählten damit bereits zum Emissionsprogramm 2013. Analog dazu wird die im Dezember 2013 begebene Bundesanleihe, welche im Januar 2014 liberiert wurde, bereits dem Programm 2014 angerechnet. Aufgrund des geringeren Mittelbedarfs wurde erstmals ein optionaler Emissionstermin (Novemberauktion) nicht wahrgenommen und keine Anleihe platziert. Bei den Auktionen fiel die Wahl schwergewichtig auf lang laufende Anleihen. Die durchschnittliche Laufzeit der Emissionen betrug wie im Vorjahr 17,6 Jahre bei einer durchschnittlichen Rendite von 1,02 Prozent (2012: 0,85 %). Es wurde eine neue *Basisanleihe* (Fälligkeit: 2025) lanciert. Daneben wurden bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen können sukzessive grosse, liquide Anleihen aufgebaut werden, was den Handel am Sekundärmarkt stützt und die Preisbildung verbessert. Inklusive der platzierten Eigenquoten wurden im Jahr 2013 brutto insgesamt 6,7 Milliarden mittels Anleihen aufgenommen (2012: 7,8 Milliarden). Mit der Rückzahlung einer Anleihe von 6,9 Milliarden im Februar wurden die ausstehenden Anleihen um 0,2 Milliarden abgebaut (2012: Nettoreduktion

von 0,8 Mrd.). Per Ende 2013 sind 22 Bundesanleihen mit einem Nominalbetrag von insgesamt 79,1 Milliarden ausstehend (Ende 2012: 79,3 Mrd.). Zwei weisen einen Betrag von über sechs und drei einen von über fünf Milliarden auf.

Aufgrund des weiterhin sehr tiefen Zinsniveaus – die 10-jährige Eidgenössische Anleihe rentierte zwischen 0,5 und 1,1 Prozent – lagen die Coupons der aufgestockten Anleihen in der Regel über den entsprechenden Marktrenditen. Dadurch wurden die Anleihen (mit einer Ausnahme) zu Preisen über pari emittiert, was zu einem Agio von 0,5 Milliarden führte. Das vereinnahmte Agio bei der Emission einer Anleihe wird in der Erfolgsrechnung linear über deren Laufzeit abgeschrieben.

Die Geldbeschaffung mittels Geldmarkt-Buchforderungen wurde um 0,6 Milliarden reduziert; insgesamt waren am Jahresende 12,4 Milliarden ausstehend. Seit Ende August 2011 sind bei den Geldmarkt-Buchforderungen Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, d.h. für den Bund resultieren aus der Mittelaufnahme Zinseinnahmen. Die Käufer von Geldmarkt-Buchforderungen suchen Sicherheit und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Aber auch die besonderen Verhältnisse am Swapmarkt haben zu einer erhöhten ausländischen Nachfrage nach Geldmarkt-Buchforderungen geführt. Über das ganze Jahr rentierten die Geldmarkt-Buchforderungen im negativen Bereich. Die durchschnittliche Rendite betrug minus 0,11 Prozent.

Geldmarktkredite zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel wurden nicht eingesetzt.

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV liess ihre fälligen Festgeldanlagen auslaufen und erhöhte im Gegenzug aus Zinsüberlegungen den Bestand auf ihrem Depotkonto bei der EFV im gleichen Umfang. Dadurch reduzierten sich die Anlagen um 600 auf 720 Millionen per Ende 2013.

Unter der Rubrik übrige Festgeldschulden figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

Zinsentwicklung

Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider; dieser liegt Ende 2013 bei 2,31 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nach 2,47 Prozent im Vorjahr. Der Rückgang des Satzes ist auf die weiterhin tiefen Renditen bei den Anleiheemissionen und die negativen Renditen bei der Emission von Geldmarkt-Buchforderungen zurückzuführen.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Ende 2013 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 92,3 Milliarden (Vorjahr: 93,7 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

Tresoreriemittel

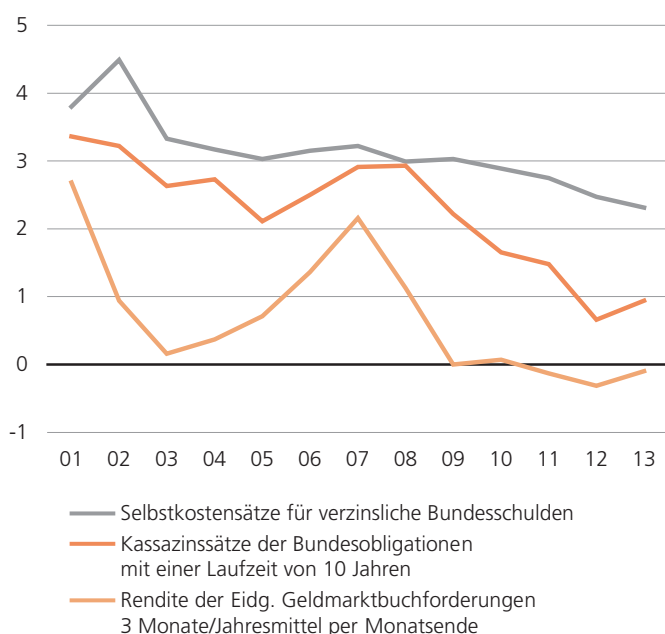
Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterliegen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonität der Gegenparteien einwandfrei ist. Um Klumpenrisiken zu vermeiden, werden die Mittel breit diversifiziert angelegt. Durch die Interventionen der Schweizerischen Nationalbank zur Durchsetzung des Mindestkurses von 1,20 Franken pro Euro blieb die Liquidität am Markt sehr hoch, wodurch die Tresoreriemittel mangels Nachfrage kurzfristig kaum mehr angelegt werden konnten. Die Gelder waren denn auch zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 12,2 Milliarden ausstehend (Ende 2012: 10,5 Mrd.).

Die Darlehen an den ALV-Fonds sanken per Ende 2013 von 5,0 auf 4,2 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende Jahr 1,54 Milliarden (Vorjahr: 0,89 Mrd.).

Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf der Verwaltungseinheiten an Devisen (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2013 hat die Bundestresorerie im

Entwicklung der Selbstkostensätze in %

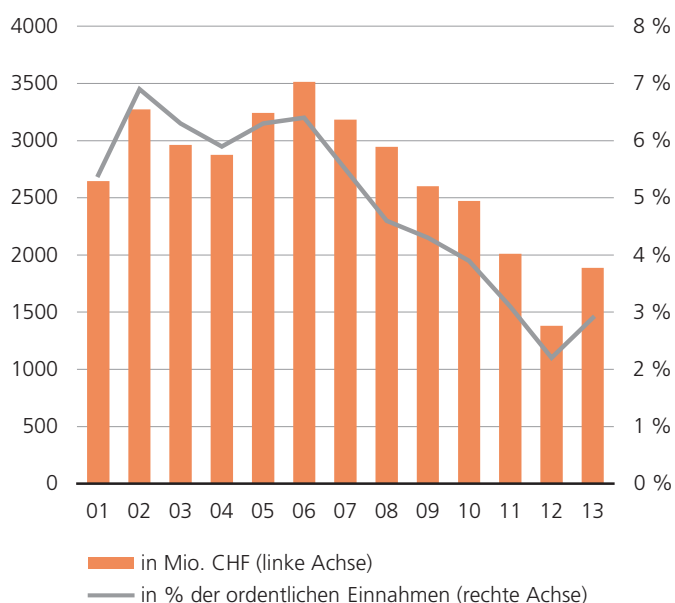


Die Selbstkostensätze für verzinsliche Bundesschulden (oberste Linie) reagieren träge auf die Zinsentwicklung, da in einem Jahr jeweils nur ein kleiner Teil der Schulden erneuert wird. Im Jahr 2013 reduzierten sie sich weiter, trotz leicht steigenden Zinsen.

Vorjahr 267 Millionen Euro beschafft. Weil in den letzten Jahren vermehrt ungeplante Eingänge an Euro zu verzeichnen waren, wurden nur 90 Prozent des eingestellten Bedarfs von 297 Millionen abgesichert. Beim US-Dollar wurde der ganze budgetierte Betrag von 466 Millionen beschafft. Im Jahr 2013 mussten aufgrund des höheren Bedarfs zusätzlich 118 Millionen Euro und 180 Millionen US-Dollar nachgekauft werden. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für insgesamt drei neue Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischer Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Im Bereich der Derivative reduzierten sich die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 72 Millionen auf 48 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 1,5 Milliarden Ende 2012 auf 1,1 Milliarden Ende 2013. Im Jahr 2013 wurden keine neuen Zinssatzswap-Verträge oder andere Zinsderivative abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps wurden zwischen 1995 und 2005 getätigt, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen sank aufgrund der kleineren Nettoposition von Payerswaps auf 125 Millionen.

Entwicklung der Nettozinslast in Mio. und % Einnahmen



Während die Zinsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Milliarden stiegen, reduzierten sich die Zinseinnahmen weiter. Damit erhöhte sich die Nettozinslast von 2,2 auf 2,9 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Durch die historisch tiefen Zinsen im 2012 war ein aussergewöhnlich hohes Agio vereinnahmt worden; dadurch war die Nettozinslast in jenem Jahr ausserordentlich tief ausgefallen.

37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Der Gesamtaufwand der FLAG-Verwaltungseinheiten stieg um 135 Millionen oder 2 Prozent. Grund sind die höheren Aufwände für die Instandsetzung und den Betrieb von Liegenschaften bei armasuisse Immobilien und die Bildung von Rückstellungen zur Abdeckung des Münzumschlages bei der swissmint. Der FLAG-Bereich wächst beim Personalaufwand gleich stark wie die übrige Bundesverwaltung.

Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 416	2 277	2 369	-46	-1,9
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 220	2 091	2 187	-33	-1,5
Regalien und Konzessionen	30	30	31	2	5,2
Übriger Ertrag	166	157	151	-15	-9,0
Ordentlicher Aufwand	5 503	5 819	5 638	135	2,4
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 130	4 182	4 228	98	2,4
Transferaufwand	1 367	1 544	1 331	-36	-2,7
Übriger Aufwand	6	93	79	73	1 241,9
Ausserordentlicher Ertrag	738	-	-	-738	-100,0
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	33	35	31	-2	-7,1
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	32	34	30	-2	-7,5
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	2,1
Ordentliche Investitionsausgaben	2 675	2 826	2 733	58	2,2
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 575	1 620	1 527	-48	-3,1
Investitionsbeiträge	172	181	180	9	5,0
Übrige Investitionen	928	1 026	1 026	98	10,5

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

Der *ordentliche Ertrag* sinkt gegenüber 2012 um 46 Millionen (-1,9 %). Der Rückgang verteilt sich zu zwei Drittel auf den *Funktionsertrag* und zu einem Drittel auf die *übrigen Erträge*. Die Einnahmen aus *Regalien und Konzessionen* lagen leicht über dem Vorjahresniveau. Für den Aufbau der Netze für die neue Mobilfunkgeneration wurden Richtfunkverbindungen eingesetzt, die erhöhte Einnahmen (+2 Mio.) generierten. Die Abnahme des *Funktionsertrages* lässt sich hauptsächlich durch folgende Faktoren erklären:

- Der finanzierungswirksame Anteil des Funktionsertrags macht mit 382 Millionen rund ein Fünftel aus. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 11 Millionen (+3 %), wenn der Einnahmefall (14 Mio.) durch die Auslagerung der Metas (Bundesamt für Metrologie) ausgeklammert wird. Hauptgrund dafür sind einerseits im Vergleich zum Vorjahr höhere Rückvergütungen der Ausgleichsfonds für Leistungen der Zentralen Ausgleichsstelle (+16 Mio.), höhere Abgaben für geleistete Zivildiensttage bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst (+3 Mio.) sowie Mehreinnahmen durch erhöhte Nachfrage im Bereich Unterkunft, Verpflegung und Leistungsdiagnostik beim Bundesamt für Sport (+2 Mio.). Andererseits gingen die Erträge aus Informatikleistungen (-6 Mio.) beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) infolge Fokussierung auf die Kernverwaltung erneut zurück.
- Fast 80 Prozent des Funktionsertrages (1734 Mio.) stammen aus der internen Leistungsverrechnung (LV). Der Ertragsrückgang um 55 Millionen (-3 %) resultiert hauptsächlich aus tieferen Liegenschaftserträgen bei armasuisse Immobilien (-24 Mio.) und tieferen Erträgen aus Informatikleistungen beim BIT und bei der IT EDA (-29 Mio.).
- Der nicht finanzierungswirksame Ertrag von 71 Millionen hat lediglich einen Anteil von 3 Prozent des Funktionsertrages. Die Rückstellungen für Umwelt- und Stilllegungskosten von armasuisse Immobilien wurden aufgrund von Ereignissen aus Vorperioden neu beurteilt. Sie konnten reduziert werden und haben im Vergleich zu 2012 so im Wesentlichen zur Erhöhung von 25 Millionen (+54 %) beigetragen.

FLAG

20 Einheiten werden mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (FLAG). Diese sind verantwortlich für rund ein Viertel des Eigenaufwandes des Bundes. Im Vergleich zur Rechnung 2012 sinkt der Bestand um eine Einheit, weil das Bundesamt für Metrologie per 1.1.2013 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechnung überführt wurde.

Die Abnahme um 15 Millionen im *übrigen Ertrag* spiegelt zwei gegenläufige Entwicklungen wider. Zum einen wachsen die Erträge, weil die EUMETSAT die in den vergangenen Jahren zu viel entrichteten Mitgliederbeiträge an die MeteoSchweiz zurückerstattete (+12 Mio.). Weitere Gründe sind die Eigentumsübertragung der Kantone an den Bund von Nationalstrassenteilstücken, die nach altem Recht fertiggestellt worden sind (+24 Mio. beim ASTRA) sowie die Zunahme des Münzumsatzes bei swissmint (+6 Mio.). Zum anderen wurden im Vergleich zum Vorjahr keine Rückstellungen für den Münzumsatz aufgelöst (-57 Mio.).

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten steigt gegenüber 2012 um 135 Millionen (+2,4%). Der Reduktion beim *Transferaufwand* steht die Zunahme im *übrigen Aufwand* und im *Funktionsaufwand* gegenüber, der um 98 Millionen ansteigt (+2,4%). Ohne armasuisse Immobilien (+97 Mio.) bleiben die Globalbudgets der FLAG-Einheiten allerdings mehr oder weniger stabil auf Vorjahresniveau. Wird auch der Sondereffekt aus der Auslagerung der Metas gestrichen, so würde der *Funktionsaufwand* um knapp 1 Prozent steigen. Der *Funktionsaufwand* setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 21 Prozent Personalaufwand, 38 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände, exklusiv Aufwände der Metas im Jahr 2012, verändern sich im Einzelnen wie folgt:

- Der Personalaufwand steigt um 24 Millionen (+2,7%). Mehr als 70 Prozent dieses Anstiegs entstehen beim ASTRA (5 Mio.), bei der MeteoSchweiz (+4 Mio.), beim Informatik Service Center EJPD (+3 Mio.), beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (+3 Mio.) und Bundesamt für Sport (+2 Mio.). Beim ASTRA ist die Zunahme (+20%) auf neue Aufgaben zurückzuführen: Umsetzung der Energiestrategie, des CO₂-Gesetzes sowie Vorarbeiten zur Umsetzung des geplanten Netzbeschlusses. Zur Abdeckung einer erhöhten Nachfrage (+25%) insbesondere für Wetterdienstleistungen bei der MeteoSchweiz sowie im Bundesamt für Sport in den Bereichen Unterkunft, Verpflegung und Leistungsdiagnostik stieg der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr. Diesen Mehraufwänden stehen entsprechende Mehrerträge gegenüber. Des Weiteren hatte das Informatik Service Center EJPD externe Dienstleistungen in interne, kostengünstigere Leistungserstellung umgewandelt und das Bundesamt für Zivilluftfahrt einmalige Umstellungskosten im Zusammenhang mit der Anpassung der Ruhestandsregelung zu tragen.
- Der Sach- und Betriebsaufwand steigt um 83 Millionen zu (+5,5%). Einerseits erhöhen sich die Aufwände für die Instandsetzung und den Betrieb von Liegenschaften bei armasuisse Immobilien (+83 Mio.) sowie für den Betrieb der Nationalstrassen beim Bundesamt für Strassen (+25 Mio.). Andererseits sinken die Aufwände für die Informatik (-13 Mio.) sowie für übrige Sach- und Betriebsaufwände (-12 Mio.).
- Die Abschreibungen nehmen um 30 Millionen (+1,8%) zu. Dies ist auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen. Zum einen steigen die Abschreibungen beim Bundesamt für Strassen auf dem Nationalstrassennetz (+16 Mio.), bei armasuisse Immobilien für Gebäude und Grundstücke (+13 Mio.) und bei den IKT-Leistungserbringern für immaterielle Anlagen (+9 Mio.). Zum anderen nehmen die Abschreibungen für Informatik und Mobilien ab (-8 Mio.).

Die Abnahme des *Transferaufwandes* um 36 Millionen (-2,7%) hat verschiedene Ursachen. Einerseits nehmen insbesondere die Wertberichtigungen beim Bundesamt für Strassen um 173 Millionen ab. Andererseits steigt der Aufwand hauptsächlich für Beiträge an die Europäischen Satellitennavigationsprogramme beim ASTRA (+72 Mio.), für Beiträge an Kantone und Dritte beim Bundesamt für Sport (+9 Mio.) sowie beim BAKOM (+50 Mio.), das neu die Beiträge für die Ermässigung der Transporte von Zeitungen und Zeitschriften entrichtet.

Der *übrige Aufwand* steigt um 73 Millionen, weil die swissmint zur Abdeckung des Münzumsatzes höhere Rückstellungen bilden muss.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* nehmen um 2 Millionen ab, weil die armasuisse Immobilien im Vergleich zum Vorjahr weniger Liegenschaften veräussert hat.

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung –

Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 20.11.2013 die Botschaft NFB zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Ziel ist es, die Planung des Haushalts verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen auszurichten, bei der Budgetierung auch die Leistungen transparent darzustellen sowie das Nebeneinander von Input- und FLAG-Steuerung zu überwinden. Das NFB umfasst im Kern folgende Instrumente:

- Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen, Messgrößen und Soll-Werten;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen.

Die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten orientieren sich am bestehenden FLAG-Modell. Mit Globalbudgets sowie der Möglichkeit der Reservebildung, Kreditverschiebung und Kreditüberschreitung bei leistungsbedingten Mehrerträgen sollen die betrieblichen Handlungsspielräume erhöht werden.

Das NFB ist eine Massnahme der Legislaturplanung 2011–2015: Die Einführung ist per 1.1.2017 geplant.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhen sich um 58 Millionen, wobei die *Investitionen im Eigenbereich* insgesamt rückläufig sind. Im Wesentlichen stehen tieferen Investitionen im ASTRA (-86 Mio.) für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen, bei den IKT-Leistungserbringern (-12 Mio.) für Informatiksysteme, Hardware und Software höhere Investitionen bei armasuisse Immobilien (+55 Mio.) in Liegenschaften und Einrichtungen gegenüber. Die *Investitionsbeiträge* nehmen um 9 Millionen zu. Höhere Beiträge leistet das BASPO für nationale Sportanlagen (+6 Mio.) und das ASTRA den Kantonen für die Hauptstrassen (+3 Mio.). Die *übrigen Investitionen* wachsen aufgrund einer höheren Einlage des ASTRA in den Infrastrukturfonds um 98 Millionen.

Entwicklung des Personalbestandes

Der Jahresdurchschnitt des Personalbestandes der FLAG-Einheiten, exklusiv der Metas, erhöht sich gegenüber 2012 auf umgerechnet 5611 Vollzeitstellen (+ 80 FTE). Der höhere Personalbestand ergibt sich insbesondere durch folgende Veränderungen:

- 63 FTE zur *Abdeckung erhöhter Nachfrage* nach Betriebs- und Entwicklungsleistungen der Leistungserbringer IKT (+7 FTE) und nach Flugwetterdaten der MeteoSchweiz (+13 FTE), einer besseren Auslastung der Kapazitäten (Belegungsgrad, Nutzung Dienstleistungsangebot) des BASPO (+18 FTE) sowie zur Abdeckung des Vollzugs als Folge einer grösseren Zahl an Zivildienstpflichtigen bei der Vollzugsstelle für Zivildienst (+15 FTE). Diesen Mehraufwänden stehen auch entsprechende Mehrerträge gegenüber.
- 28 FTE für *neue Aufgaben* beim ASTRA (Umsetzung der Energiestrategie 2050, des CO₂-Gesetzes sowie für Vorarbeiten zur Umsetzung des geplanten Netzbeschlusses).
- 12 FTE für *Instandsetzungsarbeiten* bei armasuisse Immobilien.

Diesen Aufstockungen stehen Reduktionen von 23 FTE in anderen FLAG-Einheiten gegenüber.

Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2013				Zweckgebundene Reserven FLAG 2013				
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	
Total	38,0	-	-10,0	27,9	184,9	91,5	82,9	193,5	
285 IT EDA	1,2	-	-	1,2	4,3	5,3	-1,7	7,9	
307 NB	-	-	-	-	1,5	1,0	-0,9	1,5	
311 MeteoSchweiz	1,2	-	-	1,2	8,5	2,5	-0,9	10,1	
485 ISC-EJPD	3,4	-	-	3,4	3,7	2,1	0,2	5,6	
504 BASPO	3,0	-	-	3,0	-	0,8	-	0,8	
506 BABS	1,8	-	-	1,8	0,5	0,5	-0,3	0,7	
542 ar W+T	1,1	-	-	1,1	2,4	0,5	-1,4	1,5	
543 ar Immo	10,0	-	-10,0	-	39,7	-	-24,7	15,0	
570 swisstopo	2,7	-	0,0	2,7	4,8	2,1	-1,9	5,0	
602 ZAS	-	-	-	-	2,4	-	-2,1	0,3	
603 Swissmint	-	-	-	-	0,9	-	-0,9	-	
609 BIT	10,0	-	-	10,0	17,7	6,0	-3,7	20,0	
710 Agroscope	-	-	-	-	0,7	-	-0,1	0,7	
735 ZIVI	0,7	-	-	0,7	2,6	-	-1,7	0,8	
740 SAS	0,3	-	-	0,3	1,1	0,8	-	1,9	
785 ISCeco	-	-	-	-	2,7	3,0	-2,7	3,0	
803 BAZL	2,0	-	-	2,0	1,6	0,5	-0,3	1,7	
806 ASTRA	-	-	-	-	88,2	64,1	-38,6	113,7	
808 BAKOM	0,5	-	-	0,5	1,5	2,5	-0,8	3,2	

Entwicklung der Reserven

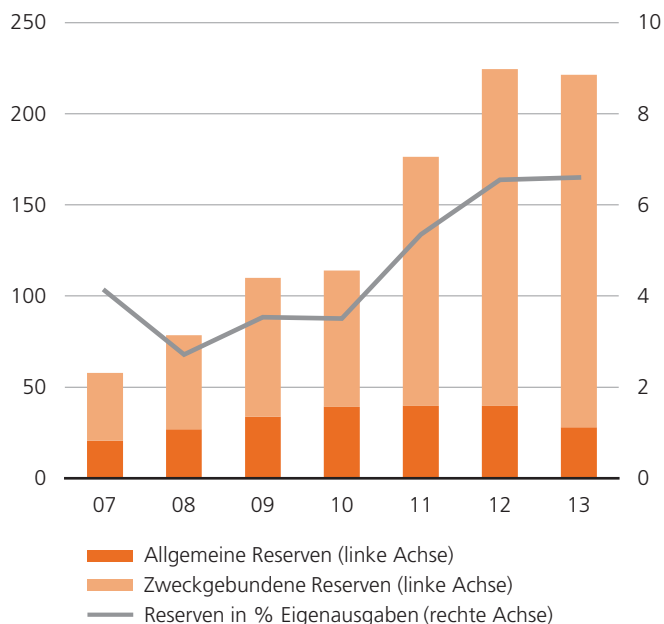
Im 2013 wurden zweckgebundene Reserven von 83 Millionen aufgelöst. Nur knapp die Hälfte (39,7 Mio.) wurde für Vorhaben eingesetzt; das Restguthaben von 43 Millionen wurde von den Einheiten ohne Verwendung zugunsten des Bundeshaushalts aufgelöst. Für 92 Millionen wurden in 14 Einheiten neue zweckgebundene Reserven gebildet. Der mit Abstand grösste Anteil (64 Mio.; 70 %) entfällt auf das ASTRA. 2013 wurden keine allgemeine Reserven gebildet und bei 2 Einheiten Reserven in der Höhe von rund 10 Millionen aufgelöst. Per Ende 2013 verfügen 12 von 20 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 28 Millionen.

Bildung von Reserven

Allgemeine Reserven können gebildet werden, wenn eine Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. *Zweckgebundene Reserven* können aus Kreditresten für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind, gebildet werden. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie.

Entwicklung der Reserven FLAG

in Mio. und % Eigenausgaben



Bis auf 2013 haben die Reserven in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Die Abnahme im vergangenen Jahr erfolgte bei den allgemeinen Reserven: Diese sind in Prozent der Eigenausgaben von 1,2 auf 0,8 Prozent gefallen. Insgesamt hat der Anteil der Reserven dennoch erneut leicht zugenommen. Der letztmalige Rückgang der Reserven in Prozent der Eigenausgaben erfolgte im Jahr 2008 und geht auf die NFA zurück (Erhöhung der Eigenausgaben).

38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung weist ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis aus. Die Differenz zur Finanzierungsrechnung (-1,3 Mrd.) ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Erhöhung diverser Rückstellungen die Erfolgsrechnung mit 1,6 Milliarden belasten. Demgegenüber weist die Erfolgsrechnung einen höheren Finanzertrag aus, da der Ertrag aus namhaften Beteiligungen höher ausfällt als in der Finanzierungsrechnung.

Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Rechnung 2013		Rechnung 2013	Differenz
Finanzierungsergebnis	2 638	Jahresergebnis	1 108	-1 531
Ordentliches Finanzierungsergebnis	1 332	Ordentliches Ergebnis	27	-1 305
Ordentliche Einnahmen	65 032	Ordentlicher Ertrag	65 136	104
Fiskaleinnahmen	60 838	Fiskalertrag	60 338	-500
Regalien und Konzessionen	922	Regalien und Konzessionen	845	-77
Übrige laufende Einnahmen	1 806	Übriger Ertrag	1 967	160
Investitionseinnahmen	286			-286
Finanzeinnahmen	1 179	Finanzertrag	1 892	713
Beteiligungseinnahmen	853			-853
Übrige Finanzeinnahmen	326	Zunahme von Equitywerten	1 457	1 457
		Übriger Finanzertrag	435	110
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	94	94
Ordentliche Ausgaben	63 700	Ordentlicher Aufwand	65 109	1 409
Eigenausgaben	10 456	Eigenaufwand	13 429	2 973
Personalausgaben	5 459	Personalaufwand	5 476	18
Sach- und Betriebsausgaben	4 030	Sach- und Betriebsaufwand	4 830	800
Rüstungsausgaben	968	Rüstungsaufwand	970	2
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 153	2 153
Laufende Transferausgaben	43 720	Transferaufwand	48 838	5 118
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 741	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 741	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 003	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 005	1
Beiträge an eigene Institutionen	2 950	Beiträge an eigene Institutionen	2 950	-
Beiträge an Dritte	15 237	Beiträge an Dritte	15 286	49
Beiträge an Sozialversicherungen	15 789	Beiträge an Sozialversicherungen	16 295	505
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 177	4 177
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	385
Finanzausgaben	2 167	Finanzaufwand	2 578	411
Zinsausgaben	2 125	Zinsaufwand	2 128	2
Übrige Finanzausgaben	41	Abnahme von Equitywerten	303	303
		Übriger Finanzaufwand	147	106
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	264	264
Investitionsausgaben	7 357			-7 357
Sachanlagen und Vorräte	2 693			-2 693
Immaterielle Anlagen	39			-39
Darlehen	423			-423
Beteiligungen	23			-23
Investitionsbeiträge	4 179			-4 179
Ausserordentliche Einnahmen	1 306	Ausserordentlicher Ertrag	1 081	-226
Ausserordentliche Ausgaben	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	-

Die nachfolgenden Einzelheiten zu den Differenzen zwischen den beiden Rechnungen beschränken sich auf wichtige Positionen.

Einnahmen gegenüber Ertrag (+104 Mio.)

Die *Fiskalerträge* liegen um 500 Millionen tiefer als die Fiskaleinnahmen, weil die Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer erhöht wurde. Diese Rückstellung beträgt neu total 9,2 Milliarden.

Die Differenz bei den *Regalien und Konzessionen* von minus 77 Millionen ist im Wesentlichen die Folge einer Erhöhung der Rückstellung für den Münzumsatz. Die Höhe der Rückstellung beträgt damit 2,1 Milliarden.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 160 Millionen zur Finanzierungsrechnung mehrheitlich aus Veräusserungsgewinnen aus dem Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken (58 Mio.), der Aktivierung von Eigenleistungen (50 Mio.), sowie aus der Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (44 Mio.).

Der *übrige Finanzertrag* beinhaltet periodengerechte Abgrenzungen des Zinsertrages, welche den grössten Teil der Differenz in der Höhe von 110 Millionen ausmachen.

Ausgaben gegenüber Aufwand (+1,4 Mrd.)

Die Abweichung beim *Personalaufwand* (+18 Mio.) kann wie folgt begründet werden: Der Rückstellungsbetrag im Bereich der Ruhegehälter für Magistratspersonen von Behörden und Richtern wird alle drei Jahre einer Neuberechnung unterzogen. Aus diesem Grund wurden die Rückstellungen per Ende 2013 um 25 Millionen auf nun total 300 Millionen erhöht. Weiter konnten Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben in der Höhe von 7 Millionen aufgelöst werden.

Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (+800 Mio.) handelt es sich zu einem grossen Teil um Rückstellungen im Bereich der Kernanlagen ETH (0,5 Mrd.). Weiter sind nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager, sowie Instandhaltungskosten und Abgrenzungen im Bereich der Liegenschaften Gegenstand der Differenz.

Bei den *Beiträgen an Dritte* stammt der Unterschied von 49 Millionen mehrheitlich aus der Bildung von Rückstellungen für Beiträge an den Eurocontrol Pension Fund und die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS (+76 Mio.). Dem gegenüber stehen Auflösungen von Rückstellungen im Bereich Jugend + Sport (-18 Mio.), sowie bei den allgemeinen und den ökologischen Direktzahlungen an die Landwirtschaft (-9 Mio.).

Die Differenz bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* beträgt 505 Millionen. Aufgrund von Neuberechnungen wurde bei der Militärversicherung die Rückstellung für zukünftige Rentenverpflichtungen um rund 644 Millionen erhöht. Die gesamten Rückstellungen im Bereich der Militärversicherung betragen neu 2,1 Milliarden. Aufgrund des Systemwechsels bei der Berechnung des Bundesbeitrages an die IV ab 2014 wurde die früher gebildete Abgrenzung für die individuellen Massnahmen in der IV – in der Höhe von 139 Millionen – per Ende 2013 vollständig aufgelöst.

Beim *übrigen Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den übrigen Finanzausgaben 106 Millionen, die sich aus dem Kapitalbeschaffungsaufwand (80 Mio.) und Aufwand für Passivzinsen (26 Mio.) zusammensetzt.

Ausserordentliche Transaktionen (-226 Mio.)

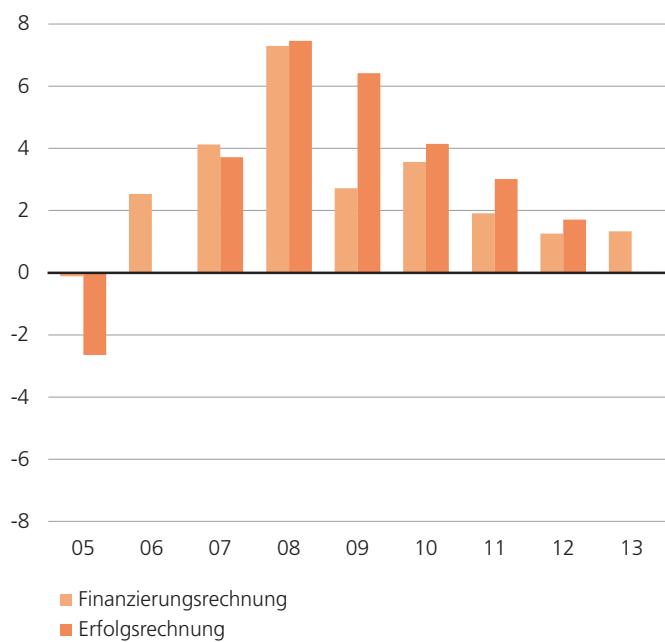
Mit dem Verkauf von Aktien der Swisscom AG wurden 1,3 Milliarden Investitionseinnahmen erzielt. In der Erfolgsrechnung wird dagegen nur der damit verbundene Buchgewinn in der Höhe von 1 Milliarde ausgewiesen. Die Differenz entspricht dem bilanzierten Wert der veräusserten Aktien in der Höhe von 228 Millionen. Eine von der Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA angeordnete Gewinneinziehung gegen die Basler Kantonalbank wird erst im 2014 zur Zahlung fällig und ist daher als nicht finanzierungswirksame Abgrenzung (-3 Mio.) verbucht.

Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden (mit unmittelbarem Mittelabfluss) werden daher in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen, vermögensverändernden Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung liegt in der Behandlung der Investitionen. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, weil sie das Vermögen nicht verringern. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig über den Transferaufwand wertberichtigt, weil die Aktivierung beim Empfänger erfolgt. Mit Wertberichtigungen wird zudem den eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Ebenso werden Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte) berücksichtigt.

Ergebnisse der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung in Mrd. Ordentlicher Haushalt



Die Erfolgsrechnung schloss in den vergangenen Jahren in der Regel besser als die Finanzierungsrechnung. Wesentliche Gründe sind das Wachstum der Investitionsausgaben, welches sich über die Abschreibungen nur verzögert in der Erfolgsrechnung niederschlägt, sowie wiederholt angefallene Bewertungsgewinne auf namhaften Beteiligungen. Das deutlich schlechtere Erfolgsergebnis im Jahr 2013 (knapp positiv) ist eine Folge hoher Rückstellungen.

39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Im Jahr 2013 betrug das Volumen der Leistungsverrechnung 2,56 Milliarden und lag damit leicht tiefer (-2,1%) als im Vorjahr. Zurückzuführen ist die Abnahme durch die aus der Evaluation zur Leistungsverrechnung hervorgegangene Anpassung des Leistungsbereichskatalog. Weiter trägt das rückläufige Verrechnungsvolumen der armasuisse Immobilien – bedingt durch den Abbau des Immobilienbestandes – sowie die geringere Nachfrage von Informatikleistungen zur Reduktion bei.

Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 620	2 566	2 566	-55	-2,1
Unterbringung	1 652	1 642	1 631	-21	-1,3
armasuisse Immobilien	1 187	1 163	1 162	-24	-2,1
Bundesamt für Bauten und Logistik	465	480	468	3	0,7
Informatik	595	506	572	-23	-3,9
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	398	333	376	-22	-5,6
Übrige IKT-Leistungserbringer	197	174	196	-1	-0,5
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	240	273	252	12	4,9
Übrige verrechnete Leistungen	133	145	112	-22	-16,4
Dienstleistungen	88	92	66	-22	-24,6
Verkäufe	46	52	46	0	-0,5

Die aus der Evaluation zur LV hervorgegangenen Anpassungen wirken sich mit der Rechnung 2013 erstmals aus. Neben prozessualen und fachlichen Optimierungen wurde der Leistungsbereichskatalog für verrechenbare Leistungen gestrafft. Durch die Fokussierung auf die wesentlichen zentralen Leistungen wurde die Anzahl der LE von 23 auf 14 reduziert.

Das geringere Verrechnungsvolumen bei der Unterbringung (-23 Mio.) ist vor allem eine Folge des kontinuierlichen Abbaus der Immobilien im Kernbestand bei der armasuisse Immobilien gemäss den politischen Vorgaben.

In der Informatik (BIT) ist das tiefere Verrechnungsvolumen im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund der geringeren Nachfrage von Projektleistungen und infolge von Preisreduktionen in einzelnen Leistungsbereichen zu begründen.

Die bedeutende Abweichung zum Voranschlag bei der Informatik (+66 Mio. bzw. +12%) ist – wie bereits in den Vorjahren – hauptsächlich auf unterjährig realisierte, jedoch nicht geplante Vorhaben und Projekte zurückzuführen. Die Konkretisierung und somit der Sourcing-Entscheid zugunsten des bundesinternen IKT-LE erfolgt zudem teilweise erst im Haushaltvollzug.

Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) 3 Millionen; für den einzelnen Leistungsbereich mindestens CHF 500'000.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Die im Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung vom 14.4.2010 definierten tiefgreifenden Massnahmen sind zu zwei Dritteln abgeschlossen. Unter den verbleibenden Reformvorhaben stechen die umfassende Revision der Altersvorsorge und die Weiterentwicklung der Armee heraus. Die ursprünglich anvisierten Entlastungen von 1,3 Milliarden erscheinen nach wie vor realistisch.

Ziele der Aufgabenüberprüfung

Mit der Aufgabenüberprüfung (AÜP) will der Bundesrat eine langfristig tragbare Finanzpolitik gewährleisten:

- Erstens sollen die Bundesausgaben vom Jahr 2008 bis ins Zieljahr 2015 höchstens im Umfang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wachsen, um dadurch die Staatsquote zu stabilisieren.
- Zweitens sollen sich die einzelnen Aufgabengebiete gemäss spezifischen Wachstumsraten entwickeln. Dies soll verhindern, dass gesetzlich stark gebundene und kurzfristig kaum beeinflussbare Ausgaben andere Bundesleistungen, die schwächer verankert, aber volkswirtschaftlich dennoch wichtig sind, schrittweise aus dem Budget verdrängen.

Beide Ziele hat der Bundesrat quantifiziert: Als Wachstumsziel für den Gesamthaushalt hat er das langjährige nominale Wirtschaftswachstum von 3 Prozent gewählt. Innerhalb dieses Rahmens hat er für die einzelnen Aufgabengebiete gestützt auf politische Schwerpunkte ein Prioritätenprofil mit einer spezifischen Zielwachstumsrate je Aufgabebereich abgeleitet.

Massnahmen und Umsetzung

Zur Erreichung seiner Ziele hat der Bundesrat das Aufgabenportfolio des Bundes systematisch auf Reform- und Abbaupotenziale durchleuchtet. Am 14.4.2010 hat er im Rahmen der Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm (KOP 12/13) den Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung mit rund 80 Massnahmen in Form von Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Strukturreformen vorgelegt. Darunter fanden sich zum einen gut 50 Massnahmen mit rascher Entlastungswirkung und geringem Rechtsänderungsbedarf, die in das KOP 12/13 integriert wurden. Diese Massnahmen wurden teilweise sistiert, nachdem das Parlament im Jahr 2011 beschlossen hatte, nicht auf das Konsolidierungsprogramm einzutreten. Zum Teil konnten die Massnahmen später in das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) aufgenommen werden.

Zum ändern wurde im Bericht ein Paket von 25 tiefgreifenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung beschrieben, die komplexere Reformen erfordern und mehr Zeit für die Detailplanung und Implementierung beanspruchen. Dieses zweite Paket wird mit separaten Vorlagen vorangetrieben. Über den Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet der Bundesrat jährlich im Rahmen der Staatsrechnung. Die

Berichterstattung über den Stand der Massnahmen im Jahr 2012 findet sich in der Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014; BBl 2013 823). Im Rahmen der Erarbeitung des KAP 2014 wurden zwei zusätzliche Massnahmen in das Paket aufgenommen: die Beschleunigung der Asylverfahren sowie die Überprüfung und Reduktion der Anzahl Statistiken.

Stand der Umsetzung per Ende 2013

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick und den Stand der Umsetzung der 27 tiefgreifenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung. Über zwei Drittel der Reformvorhaben sind mittlerweile abgeschlossen oder abgeschrieben. Als abgeschlossen gilt ein Vorhaben aus Sicht des Bundesrates, wenn er die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet hat oder die nötigen Rechtsänderungen beschlossen hat.

Acht Vorhaben sind noch nicht abgeschlossen. Darunter finden sich zum einen grosse Reformprojekte wie die umfassende Reform der Altersvorsorge oder die Weiterentwicklung der Armee, die zu ihrer Umsetzung noch einige Zeit benötigen werden. Zum ändern laufen auch noch Massnahmen, die als Daueraufgaben bezeichnet werden können, wie beispielsweise Effizienzsteigerungen in der IKT und die Straffung des Portfolios bei den zivilen Bauten.

Das ursprünglich anvisierte Entlastungsvolumen von 1,3 Milliarden erscheint nach wie vor realistisch. Es ist aber mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren: Viele Massnahmen – gerade jene mit grossem Entlastungspotenzial – dienen vor allem der Vermeidung von Mehrbelastungen und erlauben somit keine Einsparungen gegenüber der aktuellen Finanzplanung. Beispiele sind hier die Massnahmen im Verkehrsbereich (FABI, NEB) oder die Massnahmen in den Bereichen Sport und GWK, mit denen Mehrbelastungen von über 800 Millionen vermieden werden konnten. Solche Massnahmen tragen auch dazu bei, den Bundeshaushalt mittelfristig auf Kurs zu halten. Bei diversen Massnahmen resultierten aber auch effektive Einsparungen gegenüber der Finanzplanung, namentlich bei den Effizienzsteigerungen im Informatikbereich (52 Mio.), bei der Optimierung des Aussennetzes und bei den Priorisierungen in der Ressortforschung (je rund 10 Mio.) oder bei der Auslagerung von METAS (2 Mio.). Mit Blick auf den anhaltenden Druck auf den Bundeshaushalt hat der Bundesrat festgehalten, dass die realisierten Entlastungen im Regelfall zu Gunsten des Haushalts, das heisst für Einsparungen, und nur im Ausnahmefall für andere Aufgaben eingesetzt werden sollen.

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2013/Meilensteine 2014ff	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
1 Programm INSIEME Abgeschlossen. Auf Entscheid der Departementsvorsteherin des EFD wurde das Programm am 19.9.2012 abgebrochen. Aus INSIEME werden demnach keine Entlastungen resultieren. Es ist offen, in welchem Umfang mit dem Nachfolgeprojekt FISCAL-IT Ergebnisverbesserungen erzielt werden können.	10 Mio. (2015)	Keine
2 Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich Laufend. Mit dem Konsolidierungsprogramm 2012–2013 konnten im Informatikbereich Entlastungen von 51,9 Millionen erreicht werden. Zudem wurde die IKT-Führung und -Steuerung des Bundes mit der Revision der Bundesinformatikverordnung vom 9.12.2011 reorganisiert. Weitere Effizienzsteigerungen können in den kommenden Jahren in den Bereichen Telekommunikation und Büroautomation (u.a. externe Vergabe der Datentransportdienste, UCC) und mit dem Programm E-Government Finanzen erzielt werden.	20 Mio. (2014)	>51,9 Mio.
3 Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten Laufend. Die aus vier Teilprojekten bestehende Massnahme befindet sich im Umsetzungsstadium. Die Überprüfung der Laborstrukturen ist weitgehend abgeschlossen. Der Verkauf von Wohnbauten ist in die Wege geleitet (2013: 18 Objekte für ca. 7.5 Mio. verkauft) und die für die Übertragung der Immobilien der Schweizer Schulen in Rom und Catania nötige Gesetzesänderung wurde dem Parlament beantragt. Die beschlossenen Massnahmen werden in den kommenden Jahren weitergeführt.	12 Mio. (2015)	noch offen
4 Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz Abgeschlossen. Das Parlament hat die vom Bundesrat beantragte Auslagerung von MeteoSchweiz abgelehnt. Auf das Vorhaben musste daher verzichtet werden.	n.q.	Keine
5 Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten Abgeschrieben. Auf eine Änderung des GeoIG wurde verzichtet, weil die Kantone kein Interesse an einer finanziellen Beteiligung zeigten.	1,5 Mio. (2015)	Keine
6 Prüfung einer Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen Abgeschlossen. Bei den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2011 wurden 11 Kommissionen aufgehoben, 4 Kommissionen zu 3 zusammengelegt und 9 Kommissionen neu zugeordnet. Insgesamt betragen die Einsparungen knapp 100'000 Franken.	n.q.	0,1 Mio.
7 Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien Abgeschlossen. Die nötigen Verordnungsänderungen wurden per Mitte 2013 in Kraft gesetzt. Die Entlastungswirkung entsteht ab 2018 und erreicht ab 2021 jährlich 50–55 Millionen.	n.q.	50 Mio. (2021)
8 Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps Abgeschlossen. Im Vergleich zur ursprünglichen Forderung der Motion Fehr (08.3510), die vom Nationalrat gutgeheissen worden war, konnten Mehrbelastungen im Umfang von bis zu 40 Millionen vermieden werden.	30 Mio.*	30 Mio.*
9 Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR) Laufend. Der Bundesrat will dem Parlament im Jahr 2016 eine Botschaft zur Wiedereingliederung des SIR in die zentrale Bundesverwaltung vorlegen.	n.q.	noch offen
10 Optimierung des Schweizerischen Aussennetzes Abgeschlossen. Es konnten Einsparungen von 8.6 Millionen (ab 2014) bzw. 11.1 Millionen (ab 2016) in der Finanzplanung umgesetzt werden. Daneben konnten weitere Synergiegewinne erzielt werden; diese wurden u.a. für die Eröffnung oder Verstärkung von Vertretungen eingesetzt. Aufgrund einer von den eidg. Räten überwiesenen Motion musste auf die Schliessung der Botschaft in Guatemala verzichtet werden, was die Einsparungen um 1.3 Millionen pro Jahr reduziert.	30 Mio. (2014)	9,8 Mio. (2016)
11 Reform der Finanzierung von FIPOI-Darlehen Abgeschrieben. Die Massnahme erwies sich als ungeeignet, den Haushalt zu entlasten und wurde deshalb vom Bundesrat abgeschrieben.	n.q.	Keine
12 Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik Laufend. Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) wurde 2013 abgeschlossen. Gegenüber der aktuellen Finanzplanung dürften keine Entlastungen resultieren. Der Bundesrat hat beschlossen, die Ausgaben der Armee ab 2016 auf 5 Milliarden zu erhöhen; der Planungsbeschluss zum Armeebericht 2010 forderte demgegenüber eine Erhöhung auf 5 Milliarden bereits ab 2014. Die Botschaft zur WEA soll im Verlauf des Jahres 2014 verabschiedet werden.	n.q.	Keine

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2013/Meilensteine 2014ff	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
13 Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den Zivilen Nachrichtendiensten Abgeschlossen. Der Bundesrat hat entschieden, die Synergiegewinne aus dem Zusammenschluss von DAP und SND für einen erweiterten Leistungskatalog des NDB einzusetzt. Es resultierte somit keine Entlastung des Haushalts.	n.q.	Keine
14 Priorisierungen in der Ressortforschung Abgeschlossen. Im Rahmen des KAP 2014 konnten im Bereich der Ressortforschung Einsparungen im Umfang von insgesamt 10.6 Millionen umgesetzt werden. Der ursprünglich anvisierte Betrag wurde namentlich deshalb nicht erreicht, weil Einsparungen im Energiebereich mit Blick auf die Energiestrategie 2050 nicht opportun erschienen.	30 Mio. (2014)	10,6 Mio.
15 Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen Abgeschlossen. Die ergriffenen Massnahmen haben es erlaubt, die zu erwartenden Mehrbelastungen zu vermeiden.	8 Mio.*	8 Mio.*
16 Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung Abgeschlossen. Das Parlament hat die Gesetzesvorlage des Bundesrates zur Neuregelung der Prävention und der Gesundheitsförderung in der Herbstsession 2012 abgelehnt.	7,5 Mio. (2014)	Keine
17 Umfassende Reform in der Altersvorsorge Laufend. Die Vernehmlassung zur umfassenden Revision der Altersvorsorge wurde am 20.11.2013 eröffnet. Der Bundesrat will die Botschaft Ende 2014 verabschieden.	>500 Mio.* (2020)	noch offen
18 Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr Abgeschlossen. Mit der Vorlage konnten Mehrbelastungen des Haushalts im Umfang von rund 500 Millionen vermieden werden, die von den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern beigesteuert werden. Die Vorlage soll 2016 in Kraft gesetzt werden.	n.q.	500 Mio.*
19 Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands Abgeschlossen. Die Vorlage, die eine haushaltneutrale Ausgestaltung der Anpassung des Netzbeschlusses vorsah, wurde vom Volk abgelehnt.	305 Mio.*	305 Mio.*
20 Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus Abgeschlossen. Die Verordnungsänderung, die einen laufenden Prüfauftrag für die Umstellung von Bahn auf Bus vorsieht, wurde per 1.7.2013 in Kraft gesetzt. Ob Einsparungen realisiert werden können, wird von den konkreten Einzelfällen abhängen.	n.q.	n.q.
21 Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr Abgeschlossen. Bis 2016 wird auf die Inangriffnahme eines Investitionsprogramms zur Erhöhung der Sicherheit in Bahntunnels verzichtet. Vom Erlass von Fristen für die Sanierung wird abgesehen. Bisher konnten Mehrbelastungen vermieden werden. Der Teil der Massnahme, der sich auf die Behindertengleichstellung bezog, wurde auf Intervention des Parlaments fallen gelassen.	70 Mio.* (2015)	70 Mio.*
22 Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform Laufend. Die Auslagerung der Aufsicht in eine gebührenfinanzierte Organisationsform ist umstritten. Es wurde noch keine Vernehmlassung zu einer Änderung des Luftfahrtgesetzes durchgeführt. Der Bundesrat arbeitet weiter an der Konkretisierung des Reformbedarfs. Aufgrund der Verzögerungen bei der Gesetzesrevision dürften allfällige Entlastungen erst nach 2015 anfallen.	50 Mio. (2015)	noch offen
23 Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen Abgeschlossen. Die Botschaft zur Änderung des Gewässerschutzgesetzes wurde im Juni 2013 verabschiedet (BBl 2013 5549). Die vom Bundesrat vorgeschlagene Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen in Abwasseranlagen ist verursachergerecht und für den Bund haushaltneutral.	30 Mio.*	30 Mio.*
24 Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS) Abgeschlossen. METAS wurde per 1.1.2013 ausgelagert.	1 Mio. (2014)	2 Mio.
25 Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien Abgeschlossen. Die 2008 beschlossenen Aktionspläne wurden haushaltneutral umgesetzt. Im Rahmen der Energiestrategie 2050, die wesentlich weitergeht als die damalige Aktionspläne, kommt es allerdings zu Mehrbelastungen des Haushalts.	14 Mio.*	14 Mio.*

* Vermeidung von Mehrbelastungen

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2013/Meilensteine 2014ff	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
26 Überprüfung und Reduktion der Anzahl Statistiken Laufend. Die Inventarisierung und Bewertung der Statistiken ist abgeschlossen. Dabei wurden in einzelnen Bereichen Potenziale für Effizienzgewinne und Rationalisierungen geortet, die in der Folge zu konkretisieren sind. Der Bundesrat will das Statistiksystem der Schweiz weiterentwickeln und allfällige Massnahmen im Rahmen des nächsten statistischen Mehrjahresprogramms umsetzen.	n.q.	noch offen
27 Beschleunigung der Asylverfahren Laufend. Es wurde eine gemeinsame Erklärung der Asylkonferenz zur Neustrukturierung des Asylbereichs abgegeben. Das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Asylgesetzes (Neustrukturierung) wurde am 14.6.2013 eröffnet. Der Testbetrieb für das neue Bundeszentrum in Zürich läuft und soll 2015 abgeschlossen werden. Ab 2016/2017 soll das Asylwesen nach der neuen Struktur funktionieren, wobei die Ergebnisse des Testbetriebs berücksichtigt werden.	n.q.	noch offen

* Vermeidung von Mehrbelastungen



A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
2013	1 332	65 032	63 700	27	65 136	65 109	-24 008	111 638
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
		Ausserordentliche Einnahmen	21 987	Ausserordentliche Ausgaben
				21 724
2013	Gewinneinziehung FINMA	59	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	1 247		
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
		Ausserordentliche Einnahmen	Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	67 973	62 833	64 535	63 735	64 479	66 338	2 603	4,1
2 Ausserordentliche Einnahmen	7 024	–	290	738	–	1 306		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	60 949	62 833	64 245	62 997	64 479	65 032	2 034	3,2
4 Konjunkturfaktor	1,018	1,013	1,007	1,012	1,008	1,008	-0,004	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	62 046	63 650	64 695	63 753	64 995	65 552	1 799	2,8
6 Konjunkturrell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-1 097	-817	-450	-756	-516	-520		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	427	1 998	–	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	66	66		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	416	166	435	–	–		
11 Höchstzulässige Ausgaben [11=5+7-8-9-10]	62 046	63 662	66 527	63 319	64 929	65 486	2 167	3,4
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	58 228	59 693	64 331	61 736	64 929	63 700	1 964	3,2
13 Differenz (Art. 16 FHG) [13=11-12]	3 818	3 969	2 197	1 583	0	1 786		

A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	8 827	12 645	15 614	17 811	19 394		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	3 818	3 969	2 197	1 583	1 786		
17 Zwischentotal [17=14+15+16]	12 645	16 614	17 811	19 394	21 180	1 786	9,2
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	-1 000	–	–	–		
20 Stand Ausgleichskonto per 31.12. [20=17+18+19]	12 645	15 614	17 811	19 394	21 180	1 786	9,2

A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	–	–	416	-1 127	46		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	–	–	1 998	–	–		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	–	–	290	738	1 306		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=9]	–	–	–	–	66		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	–	416	166	435	–		
26 Stand Amortisationskonto per 31.12. [26=21-22+23+24+25]	–	416	-1 127	46	1 418	1 372	2 985,0

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
							absolut	%
Ordentliche Einnahmen	60 949	62 833	64 245	62 997	64 479	65 032	2 034	3,2
Fiskaleinnahmen	55 890	58 157	58 996	58 788	60 474	60 838	2 050	3,5
Direkte Bundessteuer	17 877	17 886	17 891	18 342	18 993	18 353	11	0,1
Verrechnungssteuer	4 380	4 723	4 861	4 335	4 811	5 942	1 607	37,1
Stempelabgaben	2 806	2 855	2 857	2 136	2 200	2 143	7	0,3
Mehrwertsteuer	19 830	20 672	21 642	22 050	22 630	22 561	511	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 602	7 341	7 543	7 398	7 414	-129	-1,7
Mineralölsteuern	5 183	5 134	5 020	5 033	4 985	5 005	-27	-0,5
Tabaksteuer	1 987	2 356	2 208	2 397	2 301	2 295	-102	-4,2
Biersteuer	110	112	113	113	112	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 114	2 210	2 323	2 293	2 326	2 242	-52	-2,3
Automobilsteuer	312	373	408	412	375	369	-43	-10,5
Nationalstrassenabgabe	351	347	360	352	371	356	4	1,1
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 490	1 555	1 529	1 580	1 517	-12	-0,8
Zölle	1 033	1 079	1 046	1 044	995	1 059	15	1,5
Spielbankenabgabe	415	381	376	329	380	308	-22	-6,6
Lenkungsabgaben	151	748	660	716	738	816	100	13,9
Lenkungsabgabe VOC	124	123	127	125	125	129	4	3,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	-	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	27	36	35	35	36	38	3	7,3
Lenkungsabgabe CO2	-	589	498	556	577	649	94	16,8
Übrige Fiskaleinnahmen	4	0	-	-	3	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 354	1 391	1 410	938	907	922	-15	-1,6
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	246	243	269	267	248	242	-25	-9,4
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	53	74	54	87	91	93	6	7,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	187	209	221	218	203	220	2	0,9
Übrige Regalien und Konzessionen	35	32	33	33	32	34	2	4,8
Finanzeinnahmen	1 608	1 233	1 601	1 328	1 137	1 179	-150	-11,3
Zinseinnahmen	535	360	369	353	269	237	-116	-32,8
Finanzanlagen	34	11	24	40	20	16	-24	-60,1
Darlehen	240	67	64	58	72	52	-7	-11,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	177	204	193	176	170	165	-11	-6,0
Übrige Zinseinnahmen	84	77	88	79	6	4	-75	-94,4
Kursgewinne	49	82	169	107	-	85	-22	-20,2
Beteiligungseinnahmen	771	790	838	867	867	853	-14	-1,7
Übrige Finanzeinnahmen	254	1	226	1	1	3	2	270,9
Übrige laufende Einnahmen	1 802	1 720	1 645	1 721	1 750	1 806	86	5,0
Entgelte	1 396	1 272	1 200	1 251	1 282	1 331	80	6,4
Wehrpflichtersatzabgabe	148	155	157	160	170	163	2	1,5
Gebühren	227	217	225	241	240	252	11	4,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	78	76	78	67	73	-4	-5,7
Verkäufe	148	128	101	91	80	95	4	4,4
Rückerstattungen	198	108	132	130	124	134	3	2,7
EU Zinsbesteuerung	166	120	97	114	141	139	25	21,6
Übrige Entgelte	430	466	411	436	460	475	38	8,8
Verschiedene Einnahmen	406	447	445	469	468	475	6	1,3
Einnahmen aus Liegenschaften	348	376	361	386	405	398	12	3,1
Übrige verschiedene Einnahmen	59	71	84	83	63	77	-6	-6,8
Investitionseinnahmen	295	333	593	222	212	286	64	28,7
Veräusserung von Sachanlagen	74	78	45	50	74	131	81	164,3
Rückzahlung von Darlehen	212	237	186	172	138	155	-18	-10,3
Übrige Investitionseinnahmen	9	18	362	1	-	1	0	23,2

B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,5	0,6
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,6	1,5
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	1,3
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	10,6
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-13,4
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	2,1
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	0,5
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	-0,1
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	1,9
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,3
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-1,8
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	-5,0
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	-0,5
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-1,2
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	0,6
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-9,5
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	11,2
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	0,9
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	3,5
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	14,2
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	1,2	-19,1
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-5,3
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-36,8
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	31,7
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-0,1
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	2,3
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	5,8	-14,2
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-19,8
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	-18,6
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	-10,6
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-7,3
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-77,5
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-29,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	0,9
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-88,1
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-1,8	4,8
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	5,3
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	1,7
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	5,9
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	-2,0
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	-2,8
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	0,7
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	19,4
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	7,5
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	3,4
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	5,0
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	-4,0
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	12,9	-30,5
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	70,2
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	-8,9
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-95,8

B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,0	93,4
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	28,7
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	8,0
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,3
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	34,8
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,7
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,8
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,7
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,2
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	0,9
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	–
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2	1,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4	2,0
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,5
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,0
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8	2,8
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,6	0,4
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	58 228	59 266	62 333	61 736	64 929	63 700	1 964	3,2
Eigenausgaben	9 533	9 487	9 789	9 940	10 566	10 456	516	5,2
Personalausgaben	4 828	4 894	4 945	5 070	5 379	5 459	389	7,7
Personalbezüge	3 954	3 998	4 024	4 111	4 311	4 213	102	2,5
Arbeitgeberbeiträge	752	781	804	842	932	1 127	285	33,9
Arbeitgeberleistungen	41	53	47	39	49	34	-5	-12,9
Übrige Personalausgaben	80	62	70	79	87	85	6	7,4
Sach- und Betriebsausgaben	3 611	3 592	3 682	3 873	4 128	4 030	157	4,1
Material- und Warenausgaben	41	46	39	39	48	40	1	2,5
Betriebsausgaben	3 164	3 126	3 233	3 371	3 604	3 516	145	4,3
Liegenschaften	288	287	282	292	315	311	19	6,5
Mieten und Pachten	151	149	176	170	178	172	2	1,1
Informatik	482	470	496	471	565	477	6	1,3
Beratung und Auftragsforschung	252	239	222	232	294	234	2	1,1
Betriebsausgaben der Armee	809	863	928	967	965	933	-34	-3,6
Verluste auf Forderungen	195	189	217	287	184	381	93	32,5
Übrige Betriebsausgaben	987	929	913	951	1 103	1 008	57	6,0
Betrieblicher Unterhalt	405	420	409	464	476	475	11	2,3
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 095	1 001	1 163	997	1 059	968	-29	-2,9
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	120	111	95	86	110	95	9	10,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	292	316	307	317	391	344	27	8,5
Rüstungsmaterial	683	575	761	594	558	529	-65	-10,9
Laufende Transferausgaben	38 194	39 536	42 494	42 882	44 264	43 720	838	2,0
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 116	7 705	8 549	8 687	8 826	8 741	54	0,6
Kantonsanteile	4 388	4 436	4 466	4 477	4 651	4 579	103	2,3
Anteile der Sozialversicherungen	2 596	2 694	3 519	3 734	3 820	3 811	77	2,1
Rückverteilung	132	576	564	477	356	351	-127	-26,5
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	780	801	856	1 036	1 099	1 003	-32	-3,1
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	2 850	2 971	3 093	2 941	2 950	-144	-4,6
Beiträge an Dritte	13 290	13 616	14 316	14 594	15 298	15 237	643	4,4
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 178	76	2,5
Internationale Organisationen	1 497	1 602	1 760	1 824	1 927	2 021	196	10,8
Übrige Beiträge an Dritte	8 985	9 114	9 507	9 668	10 194	10 039	370	3,8
Beiträge an Sozialversicherungen	14 285	14 564	15 802	15 472	16 099	15 789	317	2,1
AHV / IV / ALV	10 918	11 055	12 124	11 711	12 177	11 981	270	2,3
Übrige Sozialversicherungen	3 367	3 508	3 677	3 761	3 922	3 808	47	1,3
Finanzausgaben	3 255	2 972	2 605	1 906	2 290	2 167	260	13,7
Zinsausgaben	3 135	2 834	2 380	1 736	2 274	2 125	390	22,5
Anleihen	2 896	2 595	2 178	1 610	2 122	2 024	414	25,7
Geldmarktbuchforderungen	1	3	5	-	27	-	-	-
Übrige Zinsausgaben	238	236	196	126	126	101	-24	-19,3
Kursverluste	26	54	88	44	-	30	-14	-31,2
Kapitalbeschaffungsausgaben	78	83	137	53	16	10	-44	-81,9
Übrige Finanzausgaben	16	2	0	73	-	1	-72	-98,2

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
							absolut	%
Investitionsausgaben	7 245	7 270	7 444	7 007	7 810	7 357	350	5,0
Sachanlagen und Vorräte	2 512	2 585	2 270	2 359	2 659	2 693	334	14,2
Liegenschaften	635	596	637	659	733	765	106	16,1
Mobilien und Vorräte	378	283	230	239	349	284	45	18,8
Nationalstrassen	1 499	1 706	1 403	1 461	1 578	1 644	183	12,5
Immaterielle Anlagen	39	46	50	47	45	39	-8	-16,3
Darlehen	599	307	854	480	486	423	-57	-11,9
Beteiligungen	30	30	110	20	23	23	3	15,0
Investitionsbeiträge	4 065	4 302	4 160	4 101	4 596	4 179	78	1,9
Fonds für	1 548	1 604	1 401	1 282	1 561	1 487	205	16,0
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 518	2 699	2 759	2 819	3 035	2 692	-127	-4,5

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	1,1
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	3,7	3,4
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	5,1
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,3
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	18,4
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	-15,6
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	10,5
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	4,6
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	-3,7	0,1
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	4,3
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	5,0
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	-1,0
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	-1,9
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	2,8
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	0,2
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-0,8	32,4
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	5,1
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-	7,8
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-8,8
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	-0,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	5,9
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-16,6
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,8	1,4
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	1,1
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	1,3
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,2	4,1
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,0	-21,2
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	8,3
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	-0,4
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	3,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	2,1
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	7,1
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	2,8
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	0,0
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	-0,6
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	1,8
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-8,8
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-5,5
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-3,6
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	-100,0
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-28,1
Kursverluste	-	-	-	-	12,8	-41,3
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-73,4
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-75,1	487,8
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	4,4	-0,6
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	8,9
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	9,6
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	11,2
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	8,2
Immaterielle Anlagen	-	-	-	3,0	40,6	-11,4
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-29,6
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-54,5
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	0,2
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-	3,0
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	-1,2

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,0	16,3
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,4
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,6
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,3
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,5
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,9
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,6	69,0
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	13,9
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	6,0
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,7
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,8
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,8
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,1
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,7
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	24,9
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,9
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,0
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,2
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	3,1
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	2,9
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	–
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,2
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,1
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,1
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1	11,5
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,0
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,5
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,2
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,4

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
							absolut	%
Ordentliche Ausgaben	58 228	59 266	62 333	61 736	64 929	63 700	1 964	3,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 474	2 460	2 490	2 501	2 640	2 489	-13	-0,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 474	2 460	2 490	2 501	2 640	2 489	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	910	950	961	1 087	1 053	92	9,6
Allgemeines Rechtswesen	75	76	77	82	85	83	1	1,5
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	339	354	397	390	468	427	37	9,6
Grenzkontrollen	316	314	314	327	350	378	52	15,8
Gerichte	159	166	161	163	183	165	2	1,0
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 607	3 214	2 979	3 294	3 292	312	10,5
Politische Beziehungen	712	726	720	713	748	789	76	10,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 723	1 761	2 358	2 106	2 280	2 290	185	8,8
Wirtschaftliche Beziehungen	76	75	81	78	266	212	134	170,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	75	44	55	82	-	-	-82	-100,0
Landesverteidigung	4 515	4 395	4 533	4 428	4 808	4 789	362	8,2
Militärische Landesverteidigung	4 413	4 292	4 417	4 306	4 684	4 665	359	8,3
Nationale Sicherheitskooperation	102	103	116	122	124	124	2	1,9
Bildung und Forschung	5 715	6 067	6 509	6 664	6 972	6 894	229	3,4
Berufsbildung	628	691	751	844	884	845	2	0,2
Hochschulen	1 765	1 833	1 891	1 923	2 016	2 001	78	4,1
Grundlagenforschung	2 196	2 350	2 506	2 536	2 627	2 608	72	2,9
Angewandte Forschung	1 099	1 164	1 331	1 334	1 413	1 408	75	5,6
Übriges Bildungswesen	28	28	29	28	32	31	2	8,6
Kultur und Freizeit	395	413	429	450	484	502	52	11,6
Kulturerhaltung	92	106	104	116	120	122	6	5,2
Kulturförderung und Medienpolitik	170	169	172	190	195	189	-1	-0,4
Sport	134	138	153	143	169	190	47	32,9
Gesundheit	276	228	210	212	229	219	7	3,2
Gesundheit	276	228	210	212	229	219	7	3,2
Soziale Wohlfahrt	18 049	18 454	20 557	20 668	21 568	21 106	438	2,1
Altersversicherung	9 671	9 935	10 184	10 339	10 714	10 621	282	2,7
Invalidenversicherung	3 581	3 523	4 671	4 821	5 022	4 873	52	1,1
Krankenversicherung	1 847	2 008	2 150	2 186	2 271	2 215	28	1,3
Ergänzungsleistungen	1 312	1 271	1 305	1 366	1 441	1 389	23	1,7
Militärversicherung	195	216	221	213	224	217	4	2,0
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	406	439	941	456	464	476	21	4,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	144	126	84	80	110	95	15	18,8
Migration	842	885	937	1 145	1 252	1 159	14	1,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	53	51	64	61	69	59	-2	-3,0
Verkehr	8 099	8 225	8 062	8 130	8 614	8 224	94	1,2
Strassenverkehr	2 678	2 914	2 589	2 841	3 001	2 806	-34	-1,2
Öffentlicher Verkehr	5 325	5 215	5 341	5 129	5 420	5 262	133	2,6
Luftfahrt	96	96	132	160	193	156	-4	-2,8

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
							absolut	%
Umwelt und Raumordnung	753	1 164	1 151	1 132	1 060	1 007	-125	-11,1
Umwelt	340	792	762	696	598	605	-91	-13,0
Schutz vor Naturgefahren	283	262	271	290	305	265	-25	-8,6
Naturschutz	117	96	103	131	142	122	-9	-6,9
Raumordnung	13	14	14	16	15	15	-1	-3,7
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 666	3 663	3 711	3 718	3 706	-5	-0,1
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 666	3 663	3 711	3 718	3 706	-5	-0,1
Wirtschaft	534	568	608	519	533	505	-14	-2,6
Wirtschaftsordnung	109	119	120	137	139	126	-11	-8,1
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	247	168	234	138	141	133	-5	-3,3
Energie	179	280	254	244	254	246	2	0,8
Finanzen und Steuern	10 248	10 111	9 954	9 380	9 921	9 916	536	5,7
Anteile an Bundeseinnahmen	4 185	4 238	4 300	4 375	4 456	4 574	199	4,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 255	2 972	2 605	1 904	2 288	2 164	260	13,7
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 178	76	2,5

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	1,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	0,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	0,0
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	4,0	5,3
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	3,7
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	9,7
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	1,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	9,0	1,2
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	4,7
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	-1,5
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	61,5
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	1,2	2,8
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	2,8
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	3,6
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,9	2,9
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	6,1
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	2,9
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	2,0
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	2,8
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	3,5
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-1,7	8,1
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	8,5
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,6	5,0
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	11,3
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	1,9
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	1,9
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	5,0	1,3
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	2,1
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	2,1
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	1,5
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	3,2
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-0,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-28,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	6,3
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	11,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-3,7
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,3	1,0
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	4,1
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	-0,7
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	8,7
Umwelt und Raumordnung	-4,1	0,0	5,2	-2,1	13,4	-6,5
Umwelt	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	-10,9
Schutz vor Naturgefahren	-4,8	-3,3	8,2	-7,9	1,5	-1,2
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	8,7
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	3,2
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,6
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,6
Wirtschaft	-10,4	-3,7	4,6	-6,1	14,2	-8,9
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	2,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-24,6
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	-1,5
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	0,5	-0,2
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	3,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-8,9
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	2,1

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,6	5,0
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,5
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,6	7,3
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,2
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	10,0	10,8
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,1
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,2
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7	0,8
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,5	33,3
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,7
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,5	13,0
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,5
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,3
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Umwelt und Raumordnung	1,6	1,4	1,6	1,3	1,6	1,7
Umwelt	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,0
Schutz vor Naturgefahren	0,8	0,6	0,8	0,5	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,9
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,9
Wirtschaft	1,2	1,0	0,9	0,7	0,9	0,8
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,5	15,4
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2013	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	63 700	2 489	1 053	3 292	4 789	6 894	502
Eigenausgaben	10 456	2 120	859	789	4 145	247	124
Personalausgaben	5 459	1 350	734	631	1 624	147	91
Sach- und Betriebsausgaben	4 030	790	105	158	1 554	100	33
Rüstungsausgaben	968	–	–	–	968	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-21	21	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	43 720	16	149	2 478	154	6 351	339
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 741	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 003	–	61	–	16	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 950	–	4	–	–	2 421	128
Beiträge an Dritte	15 237	16	84	2 478	137	3 930	207
Beiträge an Sozialversicherungen	15 789	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 167	2	–	0	0	0	–
Investitionsausgaben	7 357	350	44	25	490	296	39
Sachanlagen und Vorräte	2 693	343	17	0	490	190	3
Immaterielle Anlagen	39	7	2	1	0	0	0
Darlehen	423	–	–	1	–	–	–
Beteiligungen	23	–	–	23	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 179	–	25	–	–	107	36

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	219	21 106	8 224	1 007	3 706	505	9 916
Eigenausgaben	133	495	714	164	121	176	369
Personalausgaben	64	317	187	106	89	119	–
Sach- und Betriebsausgaben	69	178	528	58	32	56	369
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	81	20 578	2 041	544	3 442	165	7 383
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 811	374	351	–	–	4 205
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	891	25	–	2	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	364	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	66	164	1 278	192	3 363	143	3 178
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 712	–	–	77	–	–
Finanzausgaben	–	–	0	–	–	0	2 164
Investitionsausgaben	4	32	5 469	299	143	165	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 645	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	3	23	1	1	–	–
Darlehen	–	29	341	1	52	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	3	0	3 461	295	88	164	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2012	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	61 736	2 501	961	2 979	4 428	6 664	450
Eigenausgaben	9 940	2 126	766	697	3 947	246	123
Personalausgaben	5 070	1 325	670	552	1 422	150	88
Sach- und Betriebsausgaben	3 873	796	101	147	1 532	96	36
Rüstungsausgaben	997	–	–	–	997	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	5	-4	-2	-4	0	–
Laufende Transferausgaben	42 882	29	146	2 205	109	6 169	294
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 687	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 036	–	61	–	15	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	–	–	–	–	2 375	126
Beiträge an Dritte	14 594	29	85	2 205	94	3 794	164
Beiträge an Sozialversicherungen	15 472	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	1 906	2	–	0	0	0	0
Investitionsausgaben	7 007	343	49	77	372	249	32
Sachanlagen und Vorräte	2 359	334	24	0	372	148	2
Immaterielle Anlagen	47	9	6	2	–	0	–
Darlehen	480	–	–	55	–	–	–
Beteiligungen	20	–	–	20	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 101	–	19	–	–	101	30

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	212	20 668	8 130	1 132	3 711	519	9 380
Eigenausgaben	125	450	714	171	121	178	274
Personalausgaben	62	302	179	106	89	126	–
Sach- und Betriebsausgaben	63	148	531	65	32	52	274
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	4	0	–	0	–
Laufende Transferausgaben	82	20 207	2 230	624	3 444	141	7 202
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 734	376	477	–	–	4 101
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	926	24	4	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	577	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	67	160	1 253	143	3 357	141	3 102
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 388	–	–	84	–	–
Finanzausgaben	–	0	0	–	–	0	1 904
Investitionsausgaben	4	11	5 186	337	146	200	–
Sachanlagen und Vorräte	2	1	1 468	2	4	3	–
Immaterielle Anlagen	0	4	24	0	0	0	–
Darlehen	–	7	362	2	55	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	0	3 332	333	87	197	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 009	1 190	1 234	170
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		259	262	265	6
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	125	125	129	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	1	3	1	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	-122	-125	-124	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds		-120	-30	56	176
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	368	347	428	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	-	1	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	0	-1	0	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-355	-231	-227	
810	A4300.0150 Einlage Technologiefonds	-	-25	-25	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		-50	-16	25	75
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	184	173	214	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	0	-	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	0	-	0	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-153	-93	-93	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-43	-46	-46	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Rückverteilung		3	3	3	0
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	1	-	0	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	0	0	0	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	3	-	-	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	0	-	0	
805	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	0	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	0	-	-	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Infrastrukturfonds		-	55	7	7
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	57	5	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	0	0	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	1	2	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-	0	0	
805	A2114.0001 (Teil) Informatik Sachaufwand	-	-1	-	
805	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	0	-	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	-	-1	-1	
Spielbankenabgabe		705	709	637	-68
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	329	380	308	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-381	-376	-376	
Altlastenfonds		169	163	144	-25
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	35	36	38	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-19	-41	-62	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-1	-1	-1	
Bundeskriegstransportversicherung		-	-	55	0
724	E1300.0010 (Teil) Entgelte	-	-	0	
724	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	-	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	0
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)		9	9	9	0
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	3	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-2	-2	-2	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	-1	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-	-1	

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Einlage (+) / Entnahme (-)
Filmförderung					
306 E1300.0146	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	1	0	–	0
306 A2310.0454	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	–	0	0	
Krankenversicherung					
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	886	913	908	0
606 E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	283	90	90	
316 A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1 169	-1 003	-998	
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung					
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 262	2 322	2 318	0
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 090	1 122	1 117	
605 E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	463	476	475	
606 E1100.0102	Tabaksteuer	2 397	2 301	2 295	
601 E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	267	248	242	
318 A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	}	-3 025	-3 012	
318 A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV				
318 A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV				
318 A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV				
318 A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605 A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 262	-2 322	-2 318	
605 A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 090	-1 122	-1 117	

Hinweise:

– Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

– Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 418	4 570	4 891	528
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 078	1 725	2 036	-42
Einnahmen	3 834	3 768	3 786	
Ausgaben	-3 784	-4 120	-3 828	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	2 256	2 764	2 805	549
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	545	508	549	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	31	26	51	20
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	20	22	20	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	28	29	27	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-26	-28	-21	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-1	-14	-6	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-14	0	
Bundeskriegstransportversicherung	55	55	0	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	-	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	-	

Hinweis:

– Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Einnahmen	3 803	3 768	3 786	-18	-0,5
606 A2111.0141 Aufwandsentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-31	-33	-32	0	1,3
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-5	-2	0	4,9
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 482	1 469	1 474	-8	-0,6
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 979	1 956	1 967	-12	-0,6
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	352	371	356	4	1,1
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	6	6	7	0	4,9
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	11	-	9	-1	-13,4
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	6	4	7	1	11,0
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
Ausgaben	3 784	4 120	3 821	37	1,0
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 542	1 644	1 461	-81	-5,3
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	329	363	353	24	7,3
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 213	1 281	1 108	-105	-8,7
Infrastrukturfonds	928	1 026	1 026	98	10,6
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	928	1 026	1 026	98	10,6
Hauptstrassen	168	171	172	4	2,5
806 A8300.0107 Hauptstrassen	168	171	172	4	2,5
Übrige werkgebundene Beiträge	445	561	477	33	7,3
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	154	175	166	12	7,7
802 A2310.0215 Autoverlad	2	3	3	0	12,4
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	7	14	15	8	124,8
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	2	2	2	0	0,0
802 A4300.0121 Anschlussgleise	10	22	12	3	27,9
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	265	301	277	12	4,6
802 A4300.0141 Terminalanlagen	5	45	1	-3	-68,0
Nicht werkgebundene Beiträge	376	374	374	-2	-0,5
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	-	366	367	367	-
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	-	7	7	7	-
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	368	-	-	-368	-100,0
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	-	-	-8	-100,0
Forschung und Verwaltung	160	170	148	-12	-7,4
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	158	163	147	-11	-7,0
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	7	1	-1	-42,0
Umweltschutz	102	108	108	6	5,7
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	46	46	50	4	8,4
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	19	23	20	1	4,3
810 A4300.0139 Lärmschutz	36	37	37	1	3,2

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
Heimat- und Landschaftsschutz	15	15	15	0	1,0
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	-0,8
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	50	52	41	-9	-18,4
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	50	52	41	-9	-18,4
Saldo	19	-352	-35	-54	
Neubeurteilung Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr 2012			6		
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 078	1 725	2 036	-41	-2,0

Hinweis:

– Die Abgeltung an den nicht-alpenquerenden Schienengüterverkehr wird der Spezialfinanzierung Strassenverkehr nur zu jenem Teil belastet, der in die Förderung des Kombinierten Verkehrs fliesst. Der Beitrag an den Einzelwagenladungsverkehr von SBB Cargo geht hingegen nicht zu Lasten der SFSV. Im Rechnungsjahr 2012 wurde der SFSV fälschlicherweise der gesamte Beitrag an SBB Cargo (also auch jener für deren KV-Angebote) nicht belastet, weshalb nun eine einmalige Nachbelastung von 6,5 Millionen erfolgt.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut %	
Ordentlicher Ertrag	64 146	63 523	65 693	64 041	64 435	65 136	1 095	1,7
Fiskalertrag	56 790	57 757	60 096	58 288	60 474	60 338	2 050	3,5
Direkte Bundessteuer	17 877	17 886	17 891	18 342	18 993	18 353	11	0,1
Verrechnungssteuer	5 280	4 323	5 961	3 835	4 811	5 442	1 607	41,9
Stempelabgaben	2 806	2 855	2 857	2 136	2 200	2 143	7	0,3
Mehrwertsteuer	19 830	20 672	21 642	22 050	22 630	22 561	511	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 602	7 341	7 543	7 398	7 414	-129	-1,7
Mineralölsteuer	5 183	5 134	5 020	5 033	4 985	5 005	-27	-0,5
Tabaksteuer	1 987	2 356	2 208	2 397	2 301	2 295	-102	-4,2
Biersteuer	110	112	113	113	112	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 114	2 210	2 323	2 293	2 326	2 242	-52	-2,3
Automobilsteuer	312	373	408	412	375	369	-43	-10,5
Nationalstrassenabgabe	351	347	360	352	371	356	4	1,1
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 490	1 555	1 529	1 580	1 517	-12	-0,8
Zölle	1 033	1 079	1 046	1 044	995	1 059	15	1,5
Spielbankenabgabe	415	381	376	329	380	308	-22	-6,6
Lenkungsabgaben	151	748	660	716	738	816	100	13,9
Lenkungsabgabe VOC	124	123	127	125	125	129	4	3,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	–	–	–	–	–	–	–
Altlastenabgabe	27	36	35	35	36	38	3	7,3
Lenkungsabgabe CO2	–	589	498	556	577	649	94	16,8
Übriger Fiskalertrag	4	0	–	–	3	–	–	–
Regalien und Konzessionen	1 350	1 383	1 403	995	908	845	-150	-15,0
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	246	243	269	267	248	242	-25	-9,4
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	333	333	333	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	53	74	54	144	91	19	-125	-87,0
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	182	199	213	217	203	216	-1	-0,4
Übrige Regalien und Konzessionen	36	33	34	34	33	35	2	4,6
Finanzertrag	3 075	2 446	2 136	2 842	1 175	1 892	-950	-33,4
Zinsertrag	477	375	376	359	307	246	-113	-31,4
Finanzanlagen	10	11	18	40	20	19	-21	-52,5
Darlehen	206	83	78	64	110	57	-7	-10,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	177	204	193	176	170	165	-11	-6,0
Übriger Zinsertrag	84	77	88	79	6	4	-75	-94,4
Kursgewinne	49	82	169	107	–	85	-22	-20,2
Beteiligungsertrag	0	0	1	0	0	0	0	-21,8
Zunahme von Equitywerten	2 179	1 840	1 256	2 285	867	1 457	-829	-36,3
Übriger Finanzertrag	370	149	334	92	1	104	13	13,9
Übriger Ertrag	2 893	1 803	1 880	1 852	1 871	1 967	115	6,2
Entgelte	1 354	1 259	1 192	1 255	1 282	1 325	70	5,6
Wehrpflichtersatzabgabe	148	155	157	160	170	163	2	1,5
Gebühren	227	217	225	243	240	253	10	3,9
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	80	79	76	78	67	73	-4	-5,5
Verkäufe	149	129	102	92	80	96	4	4,1
Rückerstattungen	173	104	118	131	124	133	1	1,0
EU Zinsbesteuerung	166	120	97	114	141	139	25	21,6
Übrige Entgelte	412	455	415	436	460	469	33	7,5
Verschiedener Ertrag	1 539	544	689	598	589	642	45	7,5
Liegenschaftenertrag	357	371	365	386	405	398	12	3,1
Übriger verschiedener Ertrag	1 181	173	323	211	185	244	33	15,4
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	37	135	178	64	6	94	30	46,3

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	57 726	59 385	62 680	62 336	64 797	65 109	2 773	4,4
Eigenaufwand	11 929	12 039	12 230	12 304	13 074	13 429	1 125	9,1
Personalaufwand	4 812	4 824	4 923	5 060	5 379	5 476	416	8,2
Personalbezüge	3 948	3 998	4 023	4 111	4 311	4 213	102	2,5
Arbeitgeberbeiträge	752	781	804	843	932	1 126	283	33,6
Arbeitgeberleistungen	42	78	47	38	49	59	20	53,2
Übriger Personalaufwand	70	-34	49	68	87	79	11	15,7
Sach- und Betriebsaufwand	4 120	4 071	3 983	4 029	4 430	4 830	801	19,9
Material- und Warenaufwand	237	259	192	138	286	150	11	8,1
Betriebsaufwand	3 470	3 399	3 386	3 424	3 668	4 201	777	22,7
Liegenschaften	552	531	465	414	352	512	98	23,8
Mieten und Pachten	150	149	160	164	178	169	5	2,9
Informatik	488	471	496	472	567	479	6	1,4
Beratung und Auftragsforschung	252	238	225	230	294	235	5	2,4
Betriebsaufwand der Armee	809	861	929	968	965	932	-36	-3,7
Abschreibungen auf Forderungen	205	200	190	221	184	409	188	85,1
Übriger Betriebsaufwand	1 014	948	921	955	1 129	1 465	510	53,3
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	412	413	404	467	476	480	13	2,9
Rüstungsaufwand	1 095	1 001	1 163	997	1 059	970	-27	-2,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	120	111	95	86	110	95	9	10,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	292	316	307	317	391	345	28	8,8
Rüstungsmaterial	683	575	761	594	558	530	-64	-10,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 902	2 143	2 162	2 218	2 206	2 153	-65	-2,9
Gebäude	359	487	528	555	540	509	-46	-8,3
Nationalstrassen	1 390	1 424	1 416	1 425	1 467	1 441	16	1,1
Übrige Abschreibungen	153	232	218	238	199	203	-35	-14,7
Transferaufwand	42 445	44 024	46 994	47 332	49 230	48 838	1 506	3,2
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	7 705	8 549	8 687	8 826	8 741	54	0,6
Kantonsanteile	4 388	4 436	4 466	4 477	4 651	4 579	103	2,3
Anteile der Sozialversicherungen	2 596	2 694	3 519	3 734	3 820	3 811	77	2,1
Rückverteilung	132	576	564	477	356	351	-127	-26,5
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	778	807	856	1 015	1 099	1 005	-10	-1,0
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	2 850	2 971	3 093	2 941	2 950	-144	-4,6
Beiträge an Dritte	13 279	13 608	14 317	14 619	15 297	15 286	666	4,6
Finanzausgleich	2 808	2 901	3 049	3 102	3 178	3 178	76	2,5
Internationale Organisationen	1 496	1 597	1 762	1 825	1 926	2 096	271	14,8
Übrige Beiträge an Dritte	8 976	9 110	9 506	9 692	10 194	10 012	319	3,3
Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	14 493	15 754	15 399	16 038	16 295	896	5,8
AHV / IV / ALV	10 915	11 053	12 126	11 712	12 191	11 842	130	1,1
Übrige Sozialversicherungen	3 365	3 439	3 628	3 687	3 847	4 452	765	20,8
Wertberichtigung	4 065	4 302	4 160	4 101	4 596	4 177	76	1,9
Investitionsbeiträge								
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	203	259	386	417	432	385	-32	-7,6

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012	
							absolut	%
Finanzaufwand	3 341	3 299	3 428	2 664	2 307	2 578	-86	-3,2
Zinsaufwand	3 042	2 902	2 669	2 406	2 197	2 128	-278	-11,6
Anleihen	2 785	2 679	2 481	2 297	2 052	2 039	-258	-11,2
Geldmarktbuchforderungen	9	2	6	0	28	–	0	-100,0
Übriger Zinsaufwand	248	221	182	109	116	89	-20	-18,0
Kursverluste	26	54	88	44	–	30	-14	-31,1
Kapitalbeschaffungsaufwand	128	122	116	104	110	90	-14	-13,8
Abnahme von Equitywerten	5	95	440	–	–	303	303	–
Übriger Finanzaufwand	140	126	116	110	–	28	-83	-75,0
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	11	22	27	37	187	264	227	622,6

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	2009-2013
Ordentlicher Ertrag	0,2	-1,0	3,4	-2,5	0,6	1,7	0,4
Fiskalertrag	-2,2	1,7	4,1	-3,0	3,7	3,5	1,5
Direkte Bundessteuer	2,1	0,0	0,0	2,5	3,5	0,1	0,7
Verrechnungssteuer	-8,3	-18,1	37,9	-35,7	25,5	41,9	0,8
Stempelabgaben	-5,7	1,8	0,1	-25,2	3,0	0,3	-6,5
Mehrwertsteuer	-3,3	4,2	4,7	1,9	2,6	2,3	3,3
Übrige Verbrauchssteuern	-3,2	4,4	-3,4	2,8	-1,9	-1,7	0,5
Verkehrsabgaben	-1,1	4,6	5,1	-1,3	1,4	-2,3	1,5
Zölle	1,6	4,5	-3,1	-0,2	-4,7	1,5	0,6
Verschiedener Fiskalertrag	-8,1	97,9	-8,3	1,0	7,2	7,5	18,5
Regalien und Konzessionen	5,1	2,5	1,5	-29,1	-8,7	-15,0	-11,1
Finanzertrag	12,2	-20,5	-12,7	33,1	-58,6	-33,4	-11,4
Beteiligungsertrag	-37,2	9,3	177,9	-70,8	-25,6	-21,8	-8,7
Zunahme von Equitywerten	20,6	-15,5	-31,8	82,0	-62,1	-36,3	-9,6
Übriger Finanzertrag	-3,9	-32,4	45,2	-36,6	-44,7	-21,8	-16,5
Übriger Ertrag	46,9	-37,7	4,3	-1,5	1,0	6,2	-9,2
Entgelte	-10,2	-7,0	-5,3	5,3	2,2	5,6	-0,6
Verschiedener Ertrag	233,3	-64,6	26,6	-13,2	-1,4	7,5	-19,6
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	1 978,9	262,0	31,7	-63,8	-90,3	46,3	26,1
Ordentlicher Aufwand	2,0	2,9	5,5	-0,5	3,9	4,4	3,1
Eigenaufwand	4,6	0,9	1,6	0,6	6,3	9,1	3,0
Personalaufwand	6,9	0,2	2,1	2,8	6,3	8,2	3,3
Sach- und Betriebsaufwand	9,5	-1,2	-2,2	1,2	10,0	19,9	4,1
Rüstungsaufwand	-10,9	-8,6	16,2	-14,3	6,3	-2,7	-3,0
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-0,7	12,7	0,9	2,6	-0,6	-2,9	3,1
Transferaufwand	2,9	3,7	6,7	0,7	4,0	3,2	3,6
Anteile Dritter an Bundeserträgen	-4,0	8,3	11,0	1,6	1,6	0,6	5,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	-0,9	3,7	6,1	18,6	8,3	-1,0	6,6
Beiträge an eigene Institutionen	5,8	4,7	4,2	4,1	-4,9	-4,6	2,0
Beiträge an Dritte	4,8	2,5	5,2	2,1	4,6	4,6	3,6
Beiträge an Sozialversicherungen	5,1	1,5	8,7	-2,3	4,2	5,8	3,4
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5,3	5,8	-3,3	-1,4	12,1	1,9	0,7
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-45,3	27,5	49,0	8,0	3,6	-7,6	17,3
Finanzaufwand	-13,6	-1,2	3,9	-22,3	-13,4	-3,2	-6,3
Zinsaufwand	-8,8	-4,6	-8,1	-9,9	-8,7	-11,6	-8,5
Abnahme von Equitywerten	-15,8	1 632,4	363,9	-100,0	-	-	172,8
Übriger Finanzaufwand	-43,9	2,9	5,9	-19,3	-57,4	-42,9	-15,8
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-82,1	97,3	22,1	35,2	412,3	622,6	120,3

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	88,5	90,9	91,5	91,0	93,9	92,6
Direkte Bundessteuer	27,9	28,2	27,2	28,6	29,5	28,2
Verrechnungssteuer	8,2	6,8	9,1	6,0	7,5	8,4
Stempelabgaben	4,4	4,5	4,3	3,3	3,4	3,3
Mehrwertsteuer	30,9	32,5	32,9	34,4	35,1	34,6
Übrige Verbrauchssteuern	11,3	12,0	11,2	11,8	11,5	11,4
Verkehrsabgaben	3,3	3,5	3,5	3,6	3,6	3,4
Zölle	1,6	1,7	1,6	1,6	1,5	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	0,9	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7
Regalien und Konzessionen	2,1	2,2	2,1	1,6	1,4	1,3
Finanzertrag	4,8	3,9	3,3	4,4	1,8	2,9
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	3,4	2,9	1,9	3,6	1,3	2,2
Übriger Finanzertrag	1,4	1,0	1,3	0,9	0,5	0,7
Übriger Ertrag	4,5	2,8	2,9	2,9	2,9	3,0
Entgelte	2,1	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	2,4	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	0,1	0,2	0,3	0,1	0,0	0,1
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	20,7	20,3	19,5	19,7	20,2	20,6
Personalaufwand	8,3	8,1	7,9	8,1	8,3	8,4
Sach- und Betriebsaufwand	7,1	6,9	6,4	6,5	6,8	7,4
Rüstungsaufwand	1,9	1,7	1,9	1,6	1,6	1,5
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,3	3,6	3,4	3,6	3,4	3,3
Transferaufwand	73,5	74,1	75,0	75,9	76,0	75,0
Anteile Dritter an Bundeserträgen	12,3	13,0	13,6	13,9	13,6	13,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,3	1,4	1,4	1,6	1,7	1,5
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,8	4,7	5,0	4,5	4,5
Beiträge an Dritte	23,0	22,9	22,8	23,5	23,6	23,5
Beiträge an Sozialversicherungen	24,7	24,4	25,1	24,7	24,8	25,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	7,0	7,2	6,6	6,6	7,1	6,4
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,4	0,4	0,6	0,7	0,7	0,6
Finanzaufwand	5,8	5,6	5,5	4,3	3,6	4,0
Zinsaufwand	5,3	4,9	4,3	3,9	3,4	3,3
Abnahme von Equitywerten	0,0	0,2	0,7	–	–	0,5
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,5	0,5	0,4	0,2	0,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,4

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013

Mio. CHF	Total Rechnung 2013	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	65 136	34	47	102	440	135	63 803	346	229
Fiskalertrag	60 338	–	–	–	308	–	59 985	–	45
Direkte Bundessteuer	18 353	–	–	–	–	–	18 353	–	–
Verrechnungssteuer	5 442	–	–	–	–	–	5 442	–	–
Stempelabgaben	2 143	–	–	–	–	–	2 143	–	–
Mehrwertsteuer	22 561	–	–	–	–	–	22 561	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 414	–	–	–	–	–	7 414	–	–
Verkehrsabgaben	2 242	–	–	–	–	–	2 242	–	–
Zölle	1 059	–	–	–	–	–	1 059	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 124	–	–	–	308	–	771	–	45
Regalien und Konzessionen	845	–	–	–	–	–	594	216	35
Finanzertrag	1 892	–	0	1	0	0	1 869	20	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 457	–	–	–	–	–	1 457	–	–
Übriger Finanzertrag	435	–	0	1	0	0	413	20	1
Übriger Ertrag	1 967	34	47	101	132	135	1 261	110	148
Entgelte	1 325	32	46	99	114	76	783	81	94
Verschiedener Ertrag	642	2	0	2	18	59	478	28	54
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	94	–	–	–	–	–	94	–	–
Ordentlicher Aufwand	65 109	363	2 859	16 708	2 053	4 858	16 965	11 724	9 579
Eigenaufwand	13 429	363	709	524	612	4 643	3 227	834	2 517
Personalaufwand	5 476	305	538	360	367	1 658	1 523	351	373
Sach- und Betriebsaufwand	4 830	58	168	159	193	1 789	1 313	472	678
Rüstungsaufwand	970	–	–	–	–	970	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 153	1	3	5	52	225	391	11	1 466
Transferaufwand	48 838	–	2 150	16 183	1 441	216	10 896	10 890	7 061
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 741	–	–	–	376	–	7 640	–	725
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 005	–	–	35	870	68	–	2	30
Beiträge an eigene Institutionen	2 950	–	–	92	27	–	–	2 417	414
Beiträge an Dritte	15 286	–	2 135	186	144	140	3 256	7 782	1 643
Beiträge an Sozialversicherungen	16 295	–	–	15 838	–	–	–	456	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 177	–	–	32	25	7	–	185	3 929
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	–	15	–	–	–	–	49	321
Finanzaufwand	2 578	–	0	–	–	0	2 578	0	0
Zinsaufwand	2 128	–	0	–	–	0	2 127	–	0
Abnahme von Equitywerten	303	–	–	–	–	–	303	–	–
Übriger Finanzaufwand	147	–	–	–	–	0	147	0	0
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	264	–	–	–	–	–	264	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012

Mio. CHF	Total Rechnung 2012	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	64 041	24	43	109	457	142	62 718	353	195
Fiskalertrag	58 288	–	–	–	329	–	57 920	–	39
Direkte Bundessteuer	18 342	–	–	–	–	–	18 342	–	–
Verrechnungssteuer	3 835	–	–	–	–	–	3 835	–	–
Stempelabgaben	2 136	–	–	–	–	–	2 136	–	–
Mehrwertsteuer	22 050	–	–	–	–	–	22 050	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	–	–	–	–	–	7 543	–	–
Verkehrsabgaben	2 293	–	–	–	–	–	2 293	–	–
Zölle	1 044	–	–	–	–	–	1 044	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 046	–	–	–	329	–	677	–	39
Regalien und Konzessionen	995	–	–	–	–	–	744	217	34
Finanzertrag	2 842	0	0	1	0	0	2 815	24	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	2 285	–	–	–	–	–	2 285	–	–
Übriger Finanzertrag	557	0	0	1	0	0	530	24	1
Übriger Ertrag	1 852	24	43	108	128	142	1 175	111	122
Entgelte	1 255	22	41	106	106	76	736	81	87
Verschiedener Ertrag	598	2	2	2	22	66	439	31	35
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	64	–	–	–	–	–	64	–	–
Ordentlicher Aufwand	62 336	354	2 583	20 611	1 986	4 736	16 004	6 382	9 683
Eigenaufwand	12 304	354	679	522	573	4 533	2 671	494	2 480
Personalaufwand	5 060	297	513	337	370	1 603	1 232	352	355
Sach- und Betriebsaufwand	4 029	56	160	179	164	1 698	965	133	675
Rüstungsaufwand	997	–	–	–	–	997	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 218	1	5	6	39	235	474	10	1 449
Transferaufwand	47 332	–	1 904	20 089	1 413	203	10 633	5 887	7 202
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 687	–	–	–	381	–	7 453	–	853
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 015	–	–	34	884	67	–	2	28
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	–	–	2 433	–	–	–	33	627
Beiträge an Dritte	14 619	–	1 880	2 564	129	135	3 180	5 236	1 496
Beiträge an Sozialversicherungen	15 399	–	–	14 965	–	–	–	433	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 101	–	–	92	19	1	–	122	3 867
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	417	–	24	–	–	–	–	61	332
Finanzaufwand	2 664	–	0	–	–	0	2 663	0	1
Zinsaufwand	2 406	–	0	–	–	0	2 405	–	1
Übriger Finanzaufwand	258	–	–	–	–	0	258	0	0
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	37	–	–	–	–	–	37	–	–

D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2009	2010	2011	2012	2013	Differenz zu 2012	
						absolut	%
Aktiven	100 220	104 222	104 526	108 968	111 183	2 214	2,0
Finanzvermögen	27 360	30 193	29 526	32 543	34 459	1 916	5,9
Umlaufvermögen	13 787	14 584	14 674	18 132	20 213	2 082	11,5
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	2 949	6 015	5 544	9 311	11 221	1 910	20,5
Kasse	6	5	5	5	5	0	-3,8
Post	187	135	136	161	176	15	9,5
Bank	2 756	995	4 873	8 396	10 096	1 700	20,2
Kurzfristige Geldanlagen	–	4 880	530	750	945	195	26,0
Forderungen	5 246	6 459	5 862	6 163	6 460	297	4,8
Steuer- und Zollforderungen	4 072	4 966	4 611	5 073	5 427	354	7,0
Kontokorrente	942	1 289	1 027	863	841	-22	-2,6
Andere Forderungen	181	156	192	197	164	-33	-17,0
Übrige Forderungen	51	48	32	29	28	-1	-3,7
Kurzfristige Finanzanlagen	4 212	414	1 959	1 504	1 551	47	3,1
Festgelder	4 100	400	1 800	1 400	1 475	75	5,4
Darlehen	80	–	–	–	–	–	–
Positive Wiederbeschaffungswerte	26	8	153	102	76	-25	-25,1
Übrige Anlagen	6	6	6	2	0	-2	-99,8
Aktive Rechnungsabgrenzung	1 379	1 696	1 308	1 153	981	-172	-14,9
Zinsen	30	30	29	23	20	-4	-15,6
Disagio	433	359	294	238	208	-30	-12,8
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	916	1 307	986	892	754	-138	-15,5
Anlagevermögen	13 573	15 609	14 852	14 411	14 245	-166	-1,1
Langfristige Finanzanlagen	13 573	15 576	14 683	14 241	14 245	4	0,0
Festverzinsliche Wertpapiere	50	–	–	–	–	–	–
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	5 600	7 400	6 000	5 000	4 200	-800	-16,0
Übrige Darlehen	470	570	920	1 220	1 870	650	53,3
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 453	7 606	7 763	8 021	8 175	154	1,9
Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital	–	32	170	170	–	-170	-100,0
Lenkungsabgaben	–	32	170	170	–	-170	-100,0
Verwaltungsvermögen	72 860	74 029	75 000	76 426	76 724	298	0,4
Umlaufvermögen	297	285	284	277	305	28	10,2
Vorräte	297	285	284	277	305	28	10,2
Vorräte aus Kauf	286	270	266	259	293	34	13,2
Vorräte aus Eigenfertigung	11	15	18	18	12	-6	-34,5
Anlagevermögen	72 564	73 745	74 716	76 149	76 419	270	0,4
Sachanlagen	51 094	51 194	52 176	52 325	52 642	317	0,6
Mobilien	332	321	321	314	332	18	5,7
Anlagen im Bau	8 267	9 401	10 096	11 616	11 439	-177	-1,5
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 428	1 263	1 709	1 362	1 321	-41	-3,0
Liegenschaften	12 975	13 024	12 752	12 505	12 426	-80	-0,6
Nationalstrassen	28 089	27 178	27 294	26 515	27 122	607	2,3
Anzahlungen auf Sachanlagen	2	6	4	13	3	-10	-75,3
Immaterielle Anlagen	130	148	204	210	201	-9	-4,4
Software	49	62	73	90	84	-6	-6,3
Anlagen im Bau	81	86	128	120	117	-3	-2,9
Übrige immaterielle Anlagen	0	–	3	–	–	–	–
Darlehen	3 411	3 536	3 621	3 482	3 372	-110	-3,2
Allgemeine Verwaltung	2	2	2	2	2	0	-5,2
Beziehungen zum Ausland	431	438	797	843	825	-17	-2,0
Soziale Wohlfahrt	1 739	1 967	1 865	1 783	1 720	-63	-3,5
Verkehr	7 575	7 665	7 934	8 282	8 714	432	5,2
Landwirtschaft	2 458	2 507	2 521	2 576	2 628	52	2,0
Übrige Volkswirtschaft	1 124	1 223	1 263	1 161	1 157	-3	-0,3
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 917	-10 265	-10 761	-11 164	-11 674	-510	-4,6

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2009	2010	2011	2012	2013	Differenz zu 2012	
						absolut	%
Beteiligungen	17 928	18 866	18 714	20 132	20 204	72	0,4
Namhafte Beteiligungen	17 889	18 845	18 692	20 110	20 182	72	0,4
Übrige Beteiligungen	1 122	1 230	890	942	952	9	1,0
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 083	-1 209	-867	-920	-929	-9	-1,0

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2009	2010	2011	2012	2013	Differenz zu 2012	
						absolut	%
Passiven	100 220	104 222	104 526	108 968	111 183	2 214	2,0
Kurzfristiges Fremdkapital	29 507	33 787	33 988	37 205	37 533	329	0,9
Laufende Verbindlichkeiten	12 659	14 024	14 151	15 096	15 980	885	5,9
Kontokorrente	9 143	10 361	10 102	10 208	4 116	-6 091	-59,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 368	1 420	1 467	1 580	1 350	-229	-14,5
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	–	–	6 369	6 369	–
Verwaltete Stiftungen	95	80	73	75	62	-13	-17,3
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 054	2 164	2 509	3 234	4 084	850	26,3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	10 310	13 064	14 333	16 435	15 556	-879	-5,3
Geldmarkt	6 947	9 181	10 610	13 006	12 377	-629	-4,8
Sparkasse Bundespersonal	2 955	3 106	3 155	3 030	2 955	-75	-2,5
Negative Wiederbeschaffungswerte	397	777	568	399	225	-174	-43,6
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	11	–	–	–	–	–	–
Passive Rechnungsabgrenzung	6 094	6 377	5 203	5 377	5 696	318	5,9
Zinsen	2 013	1 954	1 885	1 841	1 659	-183	-9,9
Agio	1 556	1 624	1 932	2 603	2 763	160	6,1
Abgrenzung Subventionen	–	265	267	271	105	-166	-61,1
Abgrenzung Verrechnungssteuer	2 123	2 397	863	424	783	359	84,7
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	402	137	256	239	386	148	62,0
Kurzfristige Rückstellungen	443	321	301	297	301	4	1,4
Rückstellungen Restrukturierungen	142	26	20	20	24	4	18,7
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	279	277	263	252	245	-7	-2,8
Übrige kurzfristige Rückstellungen	22	18	18	25	32	7	29,8
Langfristiges Fremdkapital	104 582	99 938	97 939	96 763	97 658	895	0,9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	87 955	83 473	82 032	80 876	80 101	-775	-1,0
Bundeseigene Unternehmungen	1 740	1 840	1 880	1 370	770	-600	-43,8
Anleihen	86 119	81 538	80 049	79 290	79 105	-184	-0,2
Eidg. Technische Hochschulen ETH	95	95	94	99	104	5	5,3
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	9	28	35	6	22,0
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	–	89	87	-2	-2,0
Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen	1 793	1 599	2 133	1 754	1 610	-144	-8,2
Infrastrukturfonds	1 793	1 599	2 133	1 754	1 610	-144	-8,2
Langfristige Rückstellungen	13 107	13 572	12 478	12 862	14 528	1 666	13,0
Rückstellungen Verrechnungssteuer	8 900	9 300	8 200	8 700	9 200	500	5,7
Übrige langfristige Rückstellungen	4 207	4 272	4 278	4 162	5 328	1 166	28,0
Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK	1 727	1 294	1 296	1 272	1 419	147	11,6
Lenkungsabgaben	712	256	255	262	355	94	35,8
Spezialfonds im Fremdkapital	–	75	90	93	185	92	99,2
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	1 015	964	952	917	878	-39	-4,3
Eigenkapital	-33 869	-29 502	-27 400	-24 999	-24 008	991	4,0
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	2 934	4 048	3 803	4 418	4 891	473	10,7
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 848	2 783	2 028	2 078	2 036	-42	-2,0
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FH/LWTO	–	1 178	1 711	2 256	2 805	549	24,4
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	87	87	64	85	51	-35	-40,5
Spezialfonds im Eigenkapital	1 258	1 287	1 301	1 278	1 256	-22	-1,7
Reserven aus Globalbudget	111	114	176	225	221	-3	-1,4
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	35	39	40	40	28	-12	-29,6
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	76	75	137	185	193	9	4,6
Übriges Eigenkapital	0	0	–	0	–	0	-100,0
Bilanzfehlbetrag	-38 173	-34 951	-32 681	-30 920	-30 377	543	1,8
Bilanzfehlbetrag	-38 173	-34 951	-32 681	-30 920	-30 377	543	1,8

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

CHF	2012			2013		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Darlehen	14 645 660 099-11	163 774 857	3 481 885 242	15 045 521 915-11	673 598 672	3 371 923 244
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	413 646 174	-157 547 000	256 099 174	399 516 595	-150 025 662	249 490 933
Darlehen an die FIPOI	409 109 913	-157 547 000	251 562 913	395 412 113	-150 025 662	245 386 451
Darlehen Weltpostverein	3 006 075	–	3 006 075	2 630 315	–	2 630 315
Darlehen für Ausrüstung	1 530 186	–	1 530 186	1 474 167	–	1 474 167
420 Bundesamt für Migration	28 042 252	–	28 042 252	24 898 300	–	24 898 300
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	28 042 252	–	28 042 252	24 898 300	–	24 898 300
606 Eidgenössische Zollverwaltung	52 000	-20 800	31 200	26 000	-10 400	15 600
Indoor-Schiessanlage Schüpfen AG	52 000	-20 800	31 200	26 000	-10 400	15 600
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	1 520 092 892	-503 610 400	1 016 482 492	1 514 217 219	-525 861 195	988 356 024
Regionalentwicklung	858 528 185	-150 255 429	708 272 756	839 296 351	-157 137 160	682 159 191
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	131 989 000	-131 989 000	–	148 625 000	-148 625 000	–
Indonesien, Mischkredit	25 500 000	-10 200 000	15 300 000	22 383 334	-8 953 334	13 430 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	18 200 555	-18 205 555	-5 000	18 200 555	-18 200 555	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4 065 000	–	4 065 000	3 940 000	–	3 940 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	–	3 323 100	-3 323 100	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	–	3 269 625	-3 269 625	–
Kolumbien, Mischkredit	–	–	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	–	851 220	-851 220	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	–	841 577	-841 577	–
China, Mischkredit	–	–	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	419 895	-167 958	251 937	381 723	-152 689	229 034
Darlehen SIFEM	374 444 018	-96 000 000	278 444 018	374 444 018	-96 000 000	278 444 018
708 Bundesamt für Landwirtschaft	2 575 983 415	-2 575 983 415	–	2 627 538 571	-2 627 538 571	–
Kanton Bern	424 838 582	-424 838 582	–	427 839 169	-427 839 169	–
Kanton Luzern	279 118 091	-279 118 091	–	279 124 073	-279 124 073	–
Kanton St. Gallen	216 464 195	-216 464 195	–	218 468 833	-218 468 833	–
Kanton Freiburg	209 209 329	-209 209 329	–	209 221 784	-209 221 784	–
Kanton Waadt	194 386 581	-194 386 581	–	209 787 532	-209 787 532	–
Kanton Zürich	171 418 313	-171 418 313	–	178 620 330	-178 620 330	–
Kanton Graubünden	170 179 444	-170 179 444	–	170 619 812	-170 619 812	–
Kanton Thurgau	120 463 335	-120 463 335	–	126 366 041	-126 366 041	–
Kanton Aargau	119 649 006	-119 649 006	–	123 035 775	-123 035 775	–
Kanton Wallis	77 605 080	-77 605 080	–	77 618 954	-77 618 954	–
Kanton Jura	69 086 196	-69 086 196	–	71 539 087	-71 539 087	–
Kanton Schwyz	71 314 810	-71 314 810	–	71 320 873	-71 320 873	–
Kanton Solothurn	76 519 782	-76 519 782	–	81 721 590	-81 721 590	–
Kanton Neuenburg	64 378 083	-64 378 083	–	65 635 773	-65 635 773	–
Kanton Basel-Land	47 660 652	-47 660 652	–	49 165 159	-49 165 159	–
Kanton Tessin	37 699 507	-37 699 507	–	37 706 164	-37 706 164	–
Kanton Schaffhausen	39 279 360	-39 279 360	–	40 583 953	-40 583 953	–
Kanton Appenzell A.Rh.	34 917 039	-34 917 039	–	36 523 822	-36 523 822	–
Kanton Obwalden	30 023 384	-30 023 384	–	30 025 751	-30 025 751	–
Kanton Appenzell I.Rh.	27 744 547	-27 744 547	–	27 746 194	-27 746 194	–
Kanton Uri	19 833 264	-19 833 264	–	19 838 640	-19 838 640	–
Kanton Zug	20 639 384	-20 639 384	–	21 464 359	-21 464 359	–
Kanton Nidwalden	21 189 701	-21 189 701	–	21 193 535	-21 193 535	–
Kanton Glarus	19 493 780	-19 493 780	–	19 498 567	-19 498 567	–
Kanton Genf	12 871 970	-12 871 970	–	12 872 800	-12 872 800	–

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

CHF	2012			2013		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
725 Bundesamt für Wohnungswesen	1 754 741 530	-227 826 673	1 526 914 857	1 695 092 881	-206 669 613	1 488 423 268
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	618 491 766	-9 993 506	608 498 260	593 267 226	-9 846 122	583 421 104
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	468 846 291	-14 429 280	454 417 011	495 296 561	-9 913 712	485 382 849
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	377 152 068	-139 283 087	237 868 981	332 175 584	-127 253 212	204 922 372
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	177 230 429	–	177 230 429	174 182 514	–	174 182 514
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WEG BBVM	104 792 780	-64 120 800	40 671 980	92 879 982	-59 656 567	33 223 415
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	8 228 196	–	8 228 196	7 291 014	–	7 291 014
802 Bundesamt für Verkehr	7 101 257 545	-6 529 976 569	571 280 976	7 534 498 657	-6 994 683 231	539 815 426
SBB AG	3 246 431 891	-3 245 398 556	1 033 335	3 462 627 444	-3 461 669 804	957 640
Rhätische Bahn RhB	1 125 212 237	-978 370 278	146 841 959	1 192 275 646	-1 045 808 656	146 466 990
BLS Netz AG	375 792 115	-375 792 115	–	427 199 535	-427 199 535	–
BLS AG	274 058 519	-213 489 830	60 568 689	268 133 869	-213 489 830	54 644 039
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	245 639 962	-223 411 211	22 228 751	267 997 899	-247 609 420	20 388 479
Zentralbahn zb	222 628 811	-220 459 841	2 168 970	232 792 514	-230 917 372	1 875 142
Schweizerische Südostbahn SOB	194 430 032	-176 943 708	17 486 324	194 850 574	-179 465 354	15 385 220
Transports Publics Fribourgeois TPF	144 611 875	-132 319 341	12 292 534	150 398 871	-139 099 715	11 299 156
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	122 866 022	-95 754 425	27 111 597	124 417 245	-99 601 711	24 815 534
Appenzeller Bahnen AB	94 587 029	-65 921 793	28 665 236	99 246 614	-72 732 373	26 514 241
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	70 000 000	-70 000 000	–
Transports Publics du Chablais SA, TPC	67 526 104	-51 690 935	15 835 169	69 377 770	-54 543 096	14 834 674
Montreux-Oberland-Bahn MOB	77 153 340	-66 130 197	11 023 143	84 915 214	-74 894 571	10 020 643
Baselland Transport AG	58 850 519	-46 832 112	12 018 407	62 615 034	-51 638 336	10 976 698
Aare Seeland Mobil AG	71 727 332	-63 447 249	8 280 083	75 255 732	-67 646 101	7 609 631
Berner Oberland-Bahnen BOB	33 259 681	-29 887 018	3 372 663	41 146 451	-38 168 548	2 977 903
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	52 614 957	-45 409 434	7 205 523	59 933 085	-53 187 196	6 745 889
Chemin de fer du Jura CJ	34 199 453	-24 652 237	9 547 216	39 272 223	-30 479 742	8 792 481
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	38 123 423	-35 211 039	2 912 384	48 764 788	-46 187 725	2 577 063
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	26 939 930	-20 672 106	6 267 824	26 461 781	-20 942 106	5 519 675
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	21 304 526	-10 034 798	11 269 728	20 587 176	-10 034 798	10 552 378
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	22 267 747	-17 428 537	4 839 210	22 339 385	-17 904 537	4 434 848
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	23 012 781	-18 691 570	4 321 211	26 545 581	-22 472 709	4 072 872
Travys SA	19 033 282	-15 198 394	3 834 888	23 495 080	-20 008 479	3 486 601
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	18 459 493	-11 872 764	6 586 729	17 861 997	-11 872 764	5 989 233
BDWM Transport AG	16 121 782	-16 121 782	–	16 121 782	-16 121 782	–
Ferrovie Luganesi SA	15 270 199	-14 120 361	1 149 838	15 097 373	-14 120 361	977 012
ÖBB 20 000 000	-20 000 000	–	23 724 200	-23 724 200	–	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	15 980 173	-13 034 971	2 945 202	21 916 762	-19 380 816	2 535 946
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	15 757 477	-13 252 574	2 504 903	16 479 155	-14 279 425	2 199 730
Thurbo AG	28 619 110	-28 389 414	229 696	28 601 261	-28 389 414	211 847
Diverse KTU	158 157 671	-120 986 039	37 171 632	158 962 101	-122 040 814	36 921 287
Termi SA	107 723 563	-37 356 000	70 367 563	104 005 670	-37 356 000	66 649 670
Übriger öffentlicher Verkehr	42 896 510	-11 695 941	31 200 569	41 078 845	-11 695 941	29 382 904
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	1 180 122 023	-1 168 810 000	11 312 023	1 178 950 729	-1 168 810 000	10 140 729
Darlehen Swissair	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Basel: Objekt 2+4	1 247 159	–	1 247 159	944 568	–	944 568
Basel: Objekt 21	1 743 807	–	1 743 807	1 625 021	–	1 625 021
Basel: Objekt 10	1 529 170	–	1 529 170	1 355 919	–	1 355 919
Basel: Objekt 1	1 083 548	–	1 083 548	994 504	–	994 504
Basel: Objekt 8	1 014 211	–	1 014 211	1 014 211	–	1 014 211
Basel: Objekt 3	1 006 316	–	1 006 316	933 168	–	933 168
Basel: Objekt 22	778 797	–	778 797	714 797	–	714 797
Basel: Objekt 7	644 125	–	644 125	596 099	–	596 099
Birrfeld	303 781	–	303 781	245 407	–	245 407
Basel: Objekt 23	344 206	–	344 206	315 920	–	315 920
Bern: Objekt 2	242 955	–	242 955	222 989	–	222 989

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

CHF	2012			2013		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Basel: Objekt 11	196 880	–	196 880	181 957	–	181 957
Sion	141 449	–	141 449	114 268	–	114 268
Montricher I	166 500	–	166 500	152 000	–	152 000
Amlikon	83 482	–	83 482	42 154	–	42 154
Schänis I	182 974	–	182 974	179 974	–	179 974
Courtelary	101 199	–	101 199	82 241	–	82 241
Schänis II	128 000	–	128 000	126 000	–	126 000
Basel: Objekt 9	95 039	–	95 039	88 565	–	88 565
Ecuwillens I	47 667	–	47 667	25 235	–	25 235
Bern: Objekt 1	68 573	–	68 573	59 349	–	59 349
Ecuwillens II	40 415	–	40 415	27 209	–	27 209
Ecuwillens III	51 134	–	51 134	45 176	–	45 176
Basel: Objekt 17	49 812	–	49 812	46 342	–	46 342
Montricher II	12 554	–	12 554	–	–	–
Basel: Objekt 18	8 273	–	8 273	7 657	–	7 657
806 Bundesamt für Strassen	760 000	–	760 000	560 000	–	560 000
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	760 000	–	760 000	560 000	–	560 000
810 Bundesamt für Umwelt	70 962 268	–	70 962 268	70 222 964	–	70 222 964
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	70 962 268	–	70 962 268	70 222 964	–	70 222 964

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

	31.12.2012		31.12.2013			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
Beteiligungen	20 132 142 986	12 193 758 510	-929 018 929	8 939 658 917	20 204 398 498	
Namhafte Beteiligungen	20 109 636 986	11 242 233 580		8 939 658 917	20 181 892 498	
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	20 109 636 986	11 242 233 580		8 939 658 917	20 181 892 498	
SBB	10 586 900 000	9 000 000 000		1 920 100 000	10 920 100 000	100,0
Die Schweizerische Post	5 449 000 000	1 300 000 000		3 666 000 000	4 966 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	842 800 000	340 000 000		482 400 000	822 400 000	100,0
BLS Netz AG	339 800 000	335 172 078		4 227 922	339 400 000	50,1
Skyguide	324 400 000	139 913 750		199 686 250	339 600 000	99,9
Swisscom	2 408 824 733	26 535 500		2 629 244 745	2 655 780 245	51,2
SIFEM AG	157 912 253	100 612 253		38 000 000	138 612 253	100,0
Übrige Beteiligungen	22 506 000	951 524 929	-929 018 929		22 506 000	
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	–	16 422 250	-16 422 250		–	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit	–	515 862 895	-515 862 895		–	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	280 875 653	-280 875 653		–	1,7
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	34 927 347	-34 927 347		–	0,6
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	56 139 572	-56 139 572		–	1,8
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	82 020 356	-82 020 356		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	31 056 730	-31 056 730		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
301 Generalsekretariat EDI	9 600 000	9 600 000	–		9 600 000	
Swissmedic	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	100 000	100 000	–		100 000	100,0
316 Bundesamt für Gesundheit	–	1 000	-1 000		–	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
525 Verteidigung	51 000	51 000	–		51 000	
Tätsch	51 000	51 000	–		51 000	100,0
543 armasuisse Immobilien	10 000	49 000	-39 000		10 000	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	1 061 000	8 044 100	-6 983 100		1 061 000	
Hotel Bellevue Palace	–	6 382 100	-6 382 100		–	1,0
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	0,1
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittgikofen	–	1 000	-1 000		–	n.a.
SAPOMP Wohnbau AG	1 061 000	1 061 000	–		1 061 000	1,0
606 Eidgenössische Zollverwaltung	36 000	36 000	–		36 000	
Wohnbaugenossenschaft a lEn, Samedan	36 000	36 000	–		36 000	20,4
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	–	1 777 917	-1 777 917		–	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Kiinteistö Oy, Helsinki	–	330 000	-330 000		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus	–	3 600	-3 600		–	

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2012	31.12.2013			Kapitalanteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaffungswert/ Nominalkapital	Wertberichtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	–	233 399 505	-233 399 505		–
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	227 399 505	-227 399 505		–
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		–
708 Bundesamt für Landwirtschaft	160 000	7 097 800	-6 937 800		160 000
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		–
Identitas AG	160 000	160 000	–		160 000
710 Agroscope	–	1 700	-1 700		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll.	–	600	-600		–
Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–				–
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Gunterhausen	–	100	-100		–
725 Bundesamt für Wohnungswesen	11 588 000	11 713 000	-125 000		11 588 000
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		3 544 000
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		5 399 000
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		500 000
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		1 000 000
Soc. Coop. Rom. de Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		600 000
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		100 000
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG (WFG)	180 000	180 000	–		180 000
GEWO ZH Ost	125 000	250 000	-125 000		125 000
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		140 000
802 Bundesamt für Verkehr	–	147 448 763	-147 448 763		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		–
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		–
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		–
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		–
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		–
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		–
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		–
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		–
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		–
Aare Seeland mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		–
Transports Publics Fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		–
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		–
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		–
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		–
BDWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		–
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		–
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		–
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		–
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		–
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		–
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		–
Transports Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		–
Travys SA	–	1 131 580	-1 131 580		–
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		–
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		–
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	–	913 250	-913 250		–
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		–
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	780 000	-780 000		–
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	166 750	-166 750		–

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2012	31.12.2013			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
Eisenbahngesellschaft Spiez-Erlenbach	–	–	–		–	
Brienz Rothorn Bahn	–	200	-200		–	
805 Bundesamt für Energie	–	20 000	-20 000		–	
Anteilscheine Genossenschaft Nagra	–	20 000	-20 000		–	16,7

n.a.: nicht ausgewiesen

D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2009	2010	2011	2012	2013	Differenz zu 2012	
						absolut	%
Bruttoschulden	110 924	110 561	110 516	112 406	111 638	-768	-0,7
Kurzfristige Schulden	22 970	27 088	28 484	31 530	31 537	6	0,0
Laufende Verbindlichkeiten	12 659	14 024	14 151	15 096	15 980	885	5,9
Kontokorrente	9 143	10 361	10 102	10 208	4 116	-6 091	-59,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 368	1 420	1 467	1 580	1 350	-229	-14,5
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	–	–	6 369	6 369	–
Verwaltete Stiftungen	95	80	73	75	62	-13	-17,3
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 054	2 164	2 509	3 234	4 084	850	26,3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	10 310	13 064	14 333	16 435	15 556	-879	-5,3
Geldmarkt	6 947	9 181	10 610	13 006	12 377	-629	-4,8
Sparkasse Bundespersonal	2 955	3 106	3 155	3 030	2 955	-75	-2,5
Negative Wiederbeschaffungswerte	397	777	568	399	225	-174	-43,6
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	11	–	–	–	–	–	–
Langfristige Schulden	87 955	83 473	82 032	80 876	80 101	-775	-1,0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	87 955	83 473	82 032	80 876	80 101	-775	-1,0
Bundeseigene Unternehmungen	1 740	1 840	1 880	1 370	770	-600	-43,8
Anleihen	86 119	81 538	80 049	79 290	79 105	-184	-0,2
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	95	95	94	99	104	5	5,3
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	9	28	35	6	22,0
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	–	89	87	-2	-2,0

E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2013	92 252	2,3	12 377	-0,1	79 875	2,7
2012	93 666	2,5	13 006	-0,2	80 660	2,9
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2013	Marktwert 2013
Total				13 146,5	13 159,7
Geldmarktbuchforderungen				12 376,5	12 375,9
03.01.2014	3618038	03.10.2013	100,022	594,4	594,4
09.01.2014	3618000	10.01.2013	100,152	1 188,1	1 188,1
16.01.2014	3618040	17.10.2013	100,023	713,1	713,1
23.01.2014	3618041	24.10.2013	100,023	772,6	772,6
30.01.2014	3618042	31.10.2013	100,024	999,8	999,8
06.02.2014	3618043	07.11.2013	100,025	631,7	631,7
13.02.2014	3618044	14.11.2013	100,025	1 064,1	1 064,1
20.02.2014	3618032	22.08.2013	100,032	697,2	697,2
27.02.2014	3618046	28.11.2013	100,026	573,6	573,5
06.03.2014	3618047	05.12.2013	100,030	744,5	744,4
13.03.2014	3618048	12.12.2013	100,035	877,4	877,4
20.03.2014	3618049	19.12.2013	100,050	545,9	545,9
27.03.2014	3618050	27.12.2013	100,025	505,2	505,1
10.04.2014	3618039	10.10.2013	100,035	631,5	631,4
22.05.2014	3618045	21.11.2013	100,031	783,2	783,0
10.07.2014	3618026	11.07.2013	100,080	1 054,5	1 054,1
Festgelder				770,0	783,8
SERV					
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	30,5
15.01.2014		14.07.2010	0,52%	100,0	100,5
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	51,1
15.05.2014		14.01.2009	1,50%	100,0	101,5
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	30,5
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	20,3
30.09.2014		27.02.2009	1,10%	40,0	40,4
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	51,1
15.10.2014		13.10.2010	0,63%	50,0	50,3
15.01.2015		13.01.2010	1,00%	50,0	51,0
14.04.2015		14.04.2010	1,20%	100,0	102,2
13.07.2016		13.07.2011	0,84%	100,0	101,9
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	52,6

E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2013	Marktwert 2013
Eidgenössische CHF Anleihen					4 092	79 105,3	89 995,4
06.01.2014	148008	4,25%	1994–2014	–	–	4 608,4	4 803,3
09.11.2014	2313981	2,00%	2005–2014	–	215	1 691,3	1 728,0
10.06.2015	1238558	3,75%	2001–2015	–	70	4 469,3	4 813,3
12.03.2016	1563345	2,50%	2003–2016	–	190	6 713,8	7 233,5
12.10.2016	2285961	2,00%	2005–2016	–	300	2 666,8	2 828,2
05.06.2017	644842	4,25%	1997–2017	–	160	5 600,1	6 525,8
08.01.2018	1522166	3,00%	2003–2018	–	200	6 836,0	7 736,1
12.05.2019	1845425	3,00%	2004–2019	–	155	5 844,1	6 749,6
06.07.2020	2190890	2,25%	2005–2020	–	105	4 595,9	5 113,9
28.04.2021	11199981	2,00%	2010–2021	–	250	3 768,3	4 137,9
25.05.2022	12718101	2,00%	2011–2022	–	60	2 796,8	3 056,8
11.02.2023	843556	4,00%	1998–2023	–	–	4 557,7	5 869,8
11.06.2024	12718117	1,25%	2012–2024	–	300	2 141,9	2 155,1
24.07.2025	18424999	1,50%	2013–2025	–	300	762,7	778,3
27.06.2027	3183556	3,25%	2007–2027	–	365	1 663,9	2 045,0
08.04.2028	868037	4,00%	1998–2028	–	–	5 612,5	7 528,0
22.06.2031	12718102	2,25%	2011–2031	–	182	1 436,4	1 582,6
08.04.2033	1580323	3,50%	2003–2033	–	40	3 592,7	4 738,3
08.03.2036	2452496	2,50%	2006–2036	–	300	3 203,0	3 717,5
27.06.2037	12718119	1,25%	2012–2037	–	300	2 330,6	2 133,1
30.04.2042	12718116	1,50%	2012–2042	–	300	3 145,3	3 009,0
06.01.2049	975519	4,00%	1999–2049	–	300	1 068,0	1 712,4

E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2013	2,9	1 888	2 125	237
2012	2,2	1 382	1 736	353
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Derivative Finanzinstrumente	4 564	3 377	-298	-149	102	76	-399	-225
Zinsinstrumente	1 450	1 050	-198	-125	5	2	-202	-128
Zinsswaps	1 450	1 050	-198	-125	5	2	-202	-128
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Devisen	3 114	2 327	-100	-24	97	74	-197	-97
Terminkontrakte	3 114	2 327	-100	-24	97	74	-197	-97
Optionen	–	–	–	–	–	–	–	–

F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG- Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2013	5 033	33 892	3 934	27 528	131	672	890	5 611	78	81
2012	4 898	33 309	3 819	26 873	120	690	883	5 666	76	81
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Rechnung 2013	Differenz zu R 2012 absolut	%
Personalaufwand	4 824	4 923	5 060	5 379	5 476	416	8,2
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 698	4 804	4 940	5 239	5 345	405	8,2
Legislative	70	71	72	76	74	2	2,8
Entschädigungen für Parlamentarier	36	36	36	39	37	1	2,8
Personalaufwand	34	35	35	36	36	1	2,8
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–	–	–
Judikative	137	135	138	149	140	2	1,3
Bezüge Bundesrichter	37	38	39	40	40	1	1,5
Personalaufwand	99	96	98	108	99	1	1,1
Übriger Personalaufwand	1	1	1	2	1	0	18,3
Exekutive	4 462	4 498	4 621	4 788	4 752	131	2,8
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 346	4 383	4 494	4 634	4 616	122	2,7
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	57	54	60	73	64	4	6,6
Übriger Personalaufwand	55	56	61	76	67	5	9,0
Global- und Spezialkredite	71	51	57	163	322	266	470,1
Globalkredite	–	–	–	43	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	–	–	49	250	250	–
Arbeitgeberleistungen	71	51	57	71	72	16	27,6
Umstrukturierungen	-42	48	53	63	58	5	9,9
Sozialplan	-76	7	4	7	3	-1	-33,3
Vorruhestandsurlaub	34	42	49	56	55	7	13,4
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	126	119	120	140	131	11	8,7
Aufwand für befristet angestelltes Personal	126	119	120	140	131	11	8,7
Personalausgaben	4 894	4 945	5 070	5 379	5 459	389	7,7

Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2013 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: VLVA, AGZL VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene.

F03 Höchstbezüge 2013 nach Lohnklassen

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2013 in Fr.
1	2	3	4
1	61 068	4 698	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	62 059	4 774	
3	63 060	4 851	Beurteilungsstufen
4	64 062	4 928	
5	65 919	5 071	4 = 4,0 % - 5,0 %
6	68 986	5 307	3 = 2,5 % - 3,5 %
7	72 043	5 542	2 = 1,0 % - 2,0 %
8	75 069	5 775	1 = -2,0 % - 0,0 %
9	78 169	6 013	
10	81 256	6 250	
11	84 308	6 485	
12	87 435	6 726	
13	90 616	6 970	
14	93 887	7 222	
15	97 781	7 522	
16	101 732	7 826	
17	105 969	8 151	
18	111 015	8 540	
19	116 035	8 926	
20	121 065	9 313	
21	126 090	9 699	
22	131 131	10 087	
23	137 534	10 580	
24	145 932	11 226	
25	153 568	11 813	
26	161 229	12 402	
27	168 880	12 991	
28	176 561	13 582	
29	185 338	14 257	
30	198 866	15 297	
31	207 926	15 994	
32	216 999	16 692	
33	235 223	18 094	
34	253 664	19 513	
35	272 277	20 944	
36	291 093	22 392	
37	310 094	23 853	
38	372 421	28 648	

Hinweis: Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.